

82. Sitzung

am Donnerstag, dem 14. Juli 2011, 09.00 Uhr,
in München

Geschäftliches..... 7340

Bekanntgabe des Ergebnisses der namentlichen
Abstimmung zum GRÜNEN-Dringlichkeitsantrag
16/8525 betr. "Plan B für den Fall des Scheiterns
des Projekts 2. Münchner S-Bahn-Röhre" (s. a.
Anlage 1) 7340

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten
Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.
a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN),
Markus Rinderspacher, Hans-Ulrich Pfaffmann,
Christa Steiger u. a. und Fraktion (SPD),
Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ Lima)
Dr. Peter Bauer u. a. und Fraktion (FREIE WÄH-
LER)

**Finanzierung der Altenpflegeschulen nachhal-
tig sichern! (Drs. 16/9255)**

Renate Ackermann (GRÜNE)..... 7340 7343 7347
7351

Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD)..... 7341 7343 7346

Hermann Imhof (CSU)..... 7342

Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter

Bauer (FREIE WÄHLER)..... 7344

Walter Taubeneder (CSU)..... 7345 7346 7347

Prof. Dr. Georg Barfuß (FDP)..... 7347 7349

Ulrike Gote (GRÜNE)..... 7348

Florian Ritter (SPD)..... 7349

Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle..... 7350 7351

Namentliche Abstimmung..... 7351

Bekanntgabe des Ergebnisses der namentlichen
Abstimmung (s. a. Anlage 2) 7355

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Karsten
Klein, Dr. Franz Xaver Kirschner, Dr. Andreas
Fischer u. a. und Fraktion (FDP)

**Maßnahmen zur Steuervereinfachung umset-
zen (Drs. 16/9256)**

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus
Rinderspacher, Volkmar Halbleib, Susann
Biedefeld u. a. und Fraktion (SPD)

**Solide Finanzpolitik statt unseriöser Steuerver-
sprechen (Drs. 16/9270)**

Karsten Klein (FDP)..... 7351 7352 7359

Volkmar Halbleib (SPD)..... 7353 7354 7356

Dr. Franz Xaver Kirschner (FDP)..... 7354

Philipp Graf von und zu

Lerchenfeld (CSU)..... 7355 7356

Mannfred Pointner (FREIE WÄHLER)..... 7356

Eike Hallitzky (GRÜNE)..... 7358 7359

Staatsminister Georg Fahrenschon..... 7359 7361

Thomas Mütze (GRÜNE)..... 7361

Beschluss zum SPD-Dringlichkeitsantrag 16/9270...
7361

Namentliche Abstimmung zum FDP-Dringlichkeits-
antrag 16/9256..... 7361

Bekanntgabe des Ergebnisses der namentlichen
Abstimmung (s. a. Anlage 3) 7372

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten
Georg Schmid, Reserl Sem, Albert Füracker u. a.
und Fraktion (CSU),
Tobias Thalhammer, Thomas Dechant, Dr.
Andreas Fischer u. a. und Fraktion (FDP)
**Wald- und Forstwirtschaft haben zentrale Be-
deutung bei der Energiewende (Drs. 16/9257)**

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Maria Noichl, Horst Arnold u. a. und Fraktion (SPD)

Wald und Forstwirtschaft nachhaltig in die Energiewende mit einbeziehen (Drs. 16/9271)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Leopold Herz u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Wald- und Forstwirtschaft in Bayern mit konkreten Maßnahmen unterstützen (Drs. 16/9272)

Klaus Steiner (CSU).....	7362
Tobias Thalhammer (FDP).....	7364
Maria Noichl (SPD).....	7364 7370
Dr. Leopold Herz (FREIE WÄHLER).....	7365
Dr. Christian Magerl (GRÜNE).....	7367
Thomas Dechant (FDP).....	7368
Staatsminister Helmut Brunner.....	7369 7370 7371
Eberhard Sinner (CSU).....	7371

Beschluss zum Dringlichkeitsantrag 16/9272 der FREIEN WÄHLER..... 7372

Namentliche Abstimmung zum CSU/FDP-Dringlichkeitsantrag 16/9257..... 7372

Namentliche Abstimmung zum SPD-Dringlichkeitsantrag 16/9271..... 7372

Bekanntgabe des Ergebnisses der namentlichen Abstimmung 16/9257 (s. a. Anlage 4) 7380

Bekanntgabe des Ergebnisses der namentlichen Abstimmung 16/9271 (s. a. Anlage 5) 7380

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Hans-Ulrich Pfaffmann, Christa Steiger u. a. und Fraktion (SPD)

Arbeitsmarktpolitik an den Herausforderungen der Zeit orientieren - Weichen für gute Arbeit, Vollbeschäftigung und Fachkräftesicherung stellen! (Drs. 16/9258)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Georg Schmid, Reserl Sem, Joachim Unterländer u. a. und Fraktion (CSU),

Jörg Rohde, Brigitte Meyer und Fraktion (FDP)

Arbeitsmarktpolitische Instrumente zeitgerecht weiterentwickeln (Drs. 16/9273)

Dr. Thomas Beyer (SPD).....	7372 7376
Joachim Unterländer (CSU).....	7374
Jörg Rohde (FDP).....	7375 7376 7378

Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter

Bauer (FREIE WÄHLER)..... 7377

Maria Scharfenberg (GRÜNE)..... 7377 7379

Staatsministerin Christine Haderthauer..... 7379

Namentliche Abstimmung zum CSU/FDP-Dringlichkeitsantrag 16/9273..... 7380

Namentliche Abstimmung zum SPD-Dringlichkeitsantrag 16/9258..... 7380

Bekanntgabe des Ergebnisses der namentlichen Abstimmung 16/9258 (s. a. Anlage 7) 7389

Bekanntgabe des Ergebnisses der namentlichen Abstimmung 16/9273 (s. a. Anlage 6) 7389

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Eva Gottstein u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Neueinstellung von Lehrkräften (Drs. 16/9259)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Harald Güller, Martin Güll u. a. und Fraktion (SPD)

Schule besser machen - jungen Lehrerinnen und Lehrern eine Perspektive bieten (Drs. 16/9274)

Eva Gottstein (FREIE WÄHLER)..... 7380 7382

Martin Güll (SPD)..... 7382 7384

Walter Taubeneder (CSU)..... 7383 7384 7385

Eike Hallitzky (GRÜNE)..... 7385

Thomas Gehring (GRÜNE)..... 7385

Prof. Dr. Georg Barfuß (FDP)..... 7386 7387

Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle..... 7388

Beschluss zum SPD-Dringlichkeitsantrag 16/9274... 7389

Namentliche Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag 16/9259 der FREIEN WÄHLER..... 7389

Bekanntgabe des Ergebnisses der namentlichen Abstimmung 16/9259 (s. a. Anlage 8) 7394

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Fahrplan zur Einrichtung und Ausgestaltung der Bayerischen Pflegekammer vorlegen!

(Drs. 16/9260)

Verweisung in den Umweltausschuss 7389

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Joachim Hanisch u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention im bayerischen Schulwesen - Finanzielle Auswirkungen für die bayerischen Kommunen prüfen (Drs. 16/9261)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Helga Schmitt-Bussinger, Inge Aures u. a. u. Fraktion (SPD)

Finanzielle Auswirkungen der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention im bayerischen Schulwesen (Inklusion) für die Kommunen evaluieren (Drs. 16/9275)

Verweisung in den Kommunalausschuss 7389

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Keine Kürzung der Städtebauförderung (Drs. 16/9262)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Annette Karl, Dr. Thomas Beyer u. a. u. Fraktion (SPD)

Städtebaufördermittel auf hohem Niveau erhalten (Drs. 16/9276)

Verweisung in den Kommunalausschuss 7389

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Tobias Thalhammer, Dr. Franz Xaver Kirschner, Karsten Klein u. a. und Fraktion (FDP)

Energiewende gestalten: Strom, der zur Speicherung verwendet wird, von der EEG-Umlage befreien (Drs. 16/9263)

Verweisung in den Wirtschaftsausschuss 7389

Schlussworte

vor der Sommerpause und Urlaubswünsche

Präsidentin Barbara Stamm..... 7389

Markus Rinderspacher (SPD)..... 7391

Ministerpräsident Horst Seehofer..... 7392

Schluss der Sitzung..... 7394

(Beginn: 9.02 Uhr)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich eröffne die 82. Vollsitzung des Bayerischen Landtags. Presse, Funk und Fernsehen sowie Fotografen haben um Aufnahmegeheimung gebeten. Die Genehmigung wurde erteilt.

Bevor ich in die Tagesordnung eintrete, möchte ich Sie davon in Kenntnis setzen, dass wir die Sitzung auch heute im Handbetrieb abwickeln müssen, da die Mikrofonanlage nach wie vor nur eingeschränkt funktionsfähig ist. Wir geben aber unser Bestes, damit die Sitzung nach den Regeln, die wir uns selbst gesetzt haben, ablaufen kann.

Ich gebe jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote und anderer und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Plan B für den Fall des Scheiterns des Projekts 2. Münchner S-Bahn-Röhre", Drucksache 16/8525, bekannt. Mit Ja haben 32 und mit Nein 106 Abgeordnete gestimmt. Es gab keine Stimmenthaltungen. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 1)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 35 auf:

Beratung der zum Plenum eingereichten Dringlichkeitsanträge

Ich rufe zunächst auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Markus Rinderspacher, Hans-Ulrich Pfaffmann, Christa Steiger u. a. und Fraktion (SPD), Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ Lima) Dr. Peter Bauer u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Finanzierung der Altenpflegeschulen nachhaltig sichern! (Drs. 16/9255)

Bevor ich die Aussprache eröffne, weise ich darauf hin, dass zu diesem interfraktionellen Dringlichkeitsantrag der Fraktionen des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der FREIEN WÄHLER namentliche Abstimmung beantragt wurde. Ich eröffne die Aussprache. Die erste Rednerin ist Frau Kollegin Ackermann. Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

Renate Ackermann (GRÜNE): Herr Präsident, meine Damen und Herren! In diesem noch nicht besonders voll besetzten Saal gibt es sicherlich keinen Abgeordneten und keine Abgeordnete, der oder die sagen

würde, dass es nicht wichtig sei, viele gut ausgebildete Altenpflegerinnen und Altenpfleger zu haben. Wenn dies die einhellige Meinung ist, müssen wir aber auch etwas dafür tun, um dieses Ziel zu erreichen. Seit einem Jahr sieht es allerdings nicht so aus, als ob etwas getan würde. Vor über einem Jahr erreichte uns ein Brief des Kultusministeriums, in dem angekündigt wurde, dass der Schulgeldersatz für Altenpflegeschulen von 200 Euro auf 100 Euro im Monat gekürzt wird.

Ich kürze diese Geschichte ab, die noch viele Ecken und Wendungen hat. Man hat sich schließlich gnädigerweise bereit erklärt, diesen Betrag wieder auf 150 Euro zu erhöhen und wollte dafür auch noch Dank. Schließlich wurde eine Kürzung um 50 Euro erreicht. Dann hieß es, dass eine Lösung gesucht werde, man aber dazu die Schülerzahlen brauche. Diese Schülerzahlen würden jedoch erst im Oktober 2010 vorliegen. Im Oktober 2010 wurde dann gesagt, dass die Schülerzahlen leider nicht aussagekräftig seien und deshalb bis April 2011 gewartet werden müsse. Im April 2011 wurde gesagt, dass die Schülerzahlen jetzt erhoben würden. Bis jetzt haben wir keine aussagekräftigen Schülerzahlen der Altenpflegeschulen in Bayern. Zum Vergleich: Bei einer Bundestagswahl steht das Ergebnis am Abend fest. Die Ermittlung von Schülerzahlen in Bayern dauert hingegen über ein Jahr, und danach stehen die Schülerzahlen immer noch nicht fest.

Wie das üblich ist, wurde dann ein Arbeitskreis gegründet. Dieser Arbeitskreis musste das unlösbare Problem lösen, bei einem gedeckelten Haushaltsansatz mit einem feststehenden Schulgeldersatz herauszufinden, wie die Schulen kostendeckend arbeiten können, wenn kein Schulgeld erhoben werden kann. Dieses Problem ist unlösbar. Das ist ungefähr so, wie wenn zehn Kinder sieben Äpfel bekommen und ihnen gesagt wird, dass sie zusehen müssten, dass jedes Kind einen Apfel erhält. Ich weiß nicht, ob dies gelingen kann. Der Schulgeldausgleich ist jedenfalls nicht gelungen. Das war zu erwarten.

Gestern haben wir das vorläufige Ergebnis des Arbeitskreises bekommen. Daraus geht hervor, dass der Schulgeldausgleich in Höhe von 150 Euro bestehen bleibt. Der gedeckelte Haushalt in Höhe von 10,8 Millionen Euro - 12 Millionen Euro minus Haushaltsvorbehalt - bleibt bestehen. Das ist eine ganz große Errungenschaft. Es erfolgte eine Umstellung von einer schüler- auf eine klassenbezogene Förderung. Dazu muss ich sagen: Das wird den Schulen wegen des gedeckelten Haushaltsansatzes nicht weiterhelfen.

Gefordert ist hier nicht der Arbeitskreis, der aus Vertretern der Wohlfahrtspflege und des Kultusministe-

riums zusammengesetzt wurde. Gefordert sind hier die Haushälter. Diese haben dem Anliegen einen Tag nach einem einstimmigen Beschluss des Sozialausschusses, wonach an Altenpflegeschulen kein Schulgeld erhoben werden und der Haushaltsansatz entsprechend angepasst werden sollte, eine Absage erteilt. Bei dieser Absage ist es bis heute geblieben. Wir können das Problem drehen und wenden, wie wir wollen, und wir können noch viele Arbeitskreise einrichten. Es wird sich nichts verändern, solange man nicht bereit ist, die von den Schulen erbrachte Leistung zu honorieren und den Haushaltsansatz zu erhöhen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Ein pikantes Detail am Rande: Heute Morgen hat uns die Mitteilung erreicht, dass die Wohlfahrtsverbände eine Änderung der Niederschrift des gestrigen Ergebnisses verlangt haben. Ich zitiere:

Die Träger streben auch weiterhin eine Erhöhung der Bemessungsgrenze des gesetzlichen Betriebskostenzuschusses wie bei den Fachschulen auf 100 % an. Außerdem wird von den Verbandsvertretern ausgedrückt, dass es lediglich mit einer Änderung des Verteilungsmodus

- also von Schülern auf Klassen -

wohl bei den meisten Schulen nicht gelingen wird, auf die Erhebung von Schulgeld zu verzichten.

Voilà. Das ist genau das, was wir gestern bei der Sondersitzung des Ausschusses bereits gesagt haben. Man kann die Mittel verteilen, wie man will, es wird dabei bleiben: Die Altenpflegeschulen müssen Schulgeld erheben - jedenfalls in den meisten Fällen. Ich möchte noch einen Satz aus dem gestrigen Protokoll zitieren, weil ich es rührend finde, was man hier als Erfolg verkaufen will: "Die staatlichen Vertreter nehmen zur Kenntnis, dass die Träger auch weiterhin eine Erhöhung des gesetzlichen Betriebskostenzuschusses auf 100 % anstreben." Das ist doch ein toller Erfolg, wenn staatliche Vertreter etwas zur Kenntnis nehmen. Was dann passiert, steht nicht in diesem Protokoll. Ich garantiere Ihnen: Solange sich die Haushälter, die sich hier in der ersten Reihe hervorragend unterhalten, nicht bewegen und bereit sind, den Haushaltsansatz zu erhöhen, wird sich nichts tun.

Dies alles steht vor dem Hintergrund einer Vereinbarung mit dem Namen "Bündnis für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs in der Altenpflege", die vom Staatsministerium mit den Wohlfahrtsverbänden getroffen wurde. Darin wird festgelegt, dass die Altenpflegeschülerzahl jährlich um 10 % gesteigert werden

soll. Ich frage Sie, wie man dieses Ziel erreichen will, wenn man gleichzeitig den Haushaltsansatz deckelt und sich finanziell nicht bewegt? Welche Schule wird mehr Schüler aufnehmen wollen, wenn von vornherein klar ist, dass sie dafür nicht mehr Geld bekommt?

So geht das nicht. So werden wir der Altenpflege in Zukunft nicht gerecht werden. Ich freue mich, dass es gelungen ist, gemeinsam einen Antrag der Opposition zu stellen. Ich glaube, das Thema geht uns alle an, auch diejenigen, die heute dagegen reden werden, denn auch sie werden alt und brauchen irgendwann Pflege. Ich wünsche Ihnen gute und gut ausgebildete Altenpfleger und Altenpflegerinnen.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Von der Fraktion der GRÜNEN sind siebeneinhalb Minuten verbraucht, so viel zu Ihrer Information. Nun hat Herr Kollege Pfaffmann das Wort. Bitte schön.

Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Ackermann hat bereits dargestellt, worum es geht. Ich will es wiederholen: Altenpflege ist eine hochqualifizierte Arbeit. Altenpflege hat steigenden Bedarf; dieser ist allein in den nächsten Jahren durch die demografische Entwicklung bedingt. Liebe Kolleginnen und Kollegen, Altenpflege ist ein hochqualifizierter Beruf.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Wir sind es den älteren Menschen schuldig, alles zu tun und die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die Altenpfleger und Altenpflegerinnen ihre Arbeit für die älteren Menschen machen können, und zwar hochqualifiziert. Das ist auch ein politischer Auftrag. Das ist nicht nur ein Auftrag der Verbände, nicht nur ein Auftrag der Verwaltung, das ist auch ein politischer Auftrag hier im Parlament. Wenn es uns nicht gelingt, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dann haben wir gerade im Sinne der älteren Bevölkerung, die Pflege braucht, schlichtweg versagt. Liebe Kolleginnen und Kollegen von den Fraktionen der CSU und der FDP, Sie sind gerade auf dem besten Wege, zu versagen,

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

wenn es darum geht, die pflegerische Versorgung sicherzustellen. Wenn gerade in diesem Bereich ein Defizit besteht, dann muss es doch unser Ziel sein, nachhaltig für qualifizierte Pflegekräfte zu sorgen, und zwar für die nächsten Jahre.

Dieser Beruf ist für diejenigen, die ihn ausüben, sowohl psychisch als auch physisch schwierig. Das heißt, wir müssen den Beruf attraktiver machen. Wie macht man einen Beruf attraktiver? - Indem man finanzielle und qualitative Anreize setzt. Finanzielle Anreize kann man ganz einfach dadurch setzen, dass man auf Schulgeld verzichtet. Damit beginnt es.

(Beifall bei der SPD)

Wie attraktiv ist nach Ihrer Auffassung eigentlich ein Beruf, bei dem die jungen Menschen wissen, dass sie später nicht viel verdienen, Schichtdienst arbeiten müssen und eine hoch anspruchsvolle Tätigkeit ausüben? Außerdem müssen die jungen Menschen auch für die Ausbildung Schulgeld bezahlen. Mein lieber Mann, da werden die einen oder anderen jungen Menschen sagen: Nein, das mache ich lieber nicht. Das gilt, zumal sich viele die Ausbildung gar nicht leisten können, wenn sie bis zu 270 Euro Schulgeld bezahlen müssen. Vor diesem Hintergrund ist es doch unsere Aufgabe, alles zu tun, um auf Schulgeld für die Ausbildung verzichten zu können. Das ist ganz einfach. Es gibt einen Haushaltsansatz mit 12 Millionen Euro, der den Bedarf schon lange nicht mehr deckt. Nun gibt es auch noch eine gestiegene Nachfrage, das heißt, die einzige Chance, die Attraktivität zu erhöhen und mehr junge Menschen in diese Ausbildung zu bringen besteht darin, auf Schulgeld zu verzichten. Die Konsequenz müsste sein, den Haushaltsansatz zu erhöhen.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, Sie machen aber genau das Gegenteil. Sie deckeln die 12 Millionen Euro auf 10,8 Millionen Euro. Das ist eine Streichung der Ausgaben für die Altenpflegerische Versorgung. Außerdem decken Sie den gestiegenen Bedarf damit überhaupt nicht. Somit sind Sie die Partei, die dafür sorgt, dass die Altenpflege in Bayern nachhaltig verschlechtert wird! Das will ich hier doch einmal feststellen.

(Beifall bei der SPD)

Ihre schönen Reden, wie wichtig die Altenpflege doch ist, laufen ins Leere vor dem Hintergrund, dass Sie sich nach wie vor weigern, die Altenpflegeschulen so auszustatten, dass diese auf Schulgeld verzichten können. Genau das wollen Sie nicht. Da nützt eine Vereinbarung zwischen der Verwaltung und den Trägern gar nichts. Es nützt nichts, dass Sie irgendwelche Systeme umstellen. Die entscheidende Frage ist doch: Sind Sie heute bereit - und diese Möglichkeit haben Sie jetzt -, den 12-Millionen-Euro-Ansatz für die Altenpflegeschulen zu erhöhen, um die Versorgung sicherzustellen, um die Attraktivität zu erhöhen, um

unseren älteren Menschen in Bayern zu helfen, um die Qualität zu verbessern? - Wenn Sie dazu bereit sind, dann müssen Sie dem hier vorliegenden Dringlichkeitsantrag zustimmen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Wenn sie dazu nicht bereit sind, dann sind Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen der Regierungsfraktion, dafür verantwortlich, dass sich immer weniger junge Menschen um die ältere Generation in diesem Lande kümmern. Es ist bezeichnend, dass Herr Kollege Barfuß aus dem Haushaltsausschuss in der Sondersitzung erklärt hat, es würde nicht am Geld scheitern, wenn man operationalisierte Zahlen hätte. Das ist eine Bankrotterklärung für diese Staatsregierung, Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN)

Es ist ein Trauerspiel, wenn die Verbesserung unserer Altenpflegerischen Versorgung daran scheitert, dass die Verwaltung nicht in der Lage ist, Zahlen auf den Tisch zu legen. Frau Ackermann hat das bereits angedeutet.

(Prof. Dr. Georg Barfuß (FDP): Die Verbände, Herr Kollege!)

- Auch die Verbände nehme ich nicht aus. Eine Verbesserung der pflegerischen Versorgung scheitert offensichtlich daran, dass wir nicht in der Lage sind, Zahlen auf den Tisch zu legen, und dass wir nicht bereit sind, im Gesamtansatz mehr Haushaltsmittel zu Verfügung zu stellen.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege Pfaffmann, Herr Kollege Imhof hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. Bitte schön, Herr Kollege.

Hermann Imhof (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Verehrter Herr Kollege Pfaffmann, wir waren gemeinsam in dieser Sitzung. Ich möchte Sie und Frau Kollegin Ackermann einfach einmal fragen, ob mich und auch alle anderen Kollegen der Eindruck getäuscht hat, dass der Vertreter der Landesarbeitsgemeinschaft der freien und öffentlichen Wohlfahrtspflege, Herr Mück, von einer außerordentlich konstruktiven, bereiten und offenen Atmosphäre sprach, die er im Kultusministerium vorfand.

(Lachen und Unruhe bei den GRÜNEN - Unruhe bei der CSU)

Kolleginnen und Kollegen, ich habe Ihnen zugehört, jetzt hören Sie mir bitte auch zu. - Die potenten Gesprächspartner haben in jeder Weise bekundet, dass sie diesen konstruktiven Weg weitergehen wollen. Die Trägerlandschaft, vertreten durch Herrn Mück, hat mit allergrößter Wahrscheinlichkeit hier ein Einvernehmen mit dem Ministerium hergestellt. Sie können uns also durchaus unterstellen, dass wir den politischen Willen haben, die Pflege so auszustatten, dass es den Einrichtungen nicht an adäquaten Pflegekräften mangelt, sondern dass im Gegenteil die notwendigen Haushaltsmittel vorhanden sind, wenn sich potenzielle Pflegekräfte melden. Das Ministerium wird diesem politischen Willen der CSU-Fraktion, der Mehrheitsfraktion, folgen. Kollege Barfuß, der das für den Haushaltsausschuss vertreten hat, hat das ganz klar und deutlich erwähnt.

Kolleginnen und Kollegen der Opposition, ich habe das Gefühl, dass Sie das nicht wahrhaben wollen, sondern dass Sie, bevor Sie in die Sommerpause gehen, draußen bei den Trägern Unruhe stiften wollen. Sie wollen nicht verinnerlichen, dass dieser Weg so gegangen wird.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege Pfaffmann, Sie haben das Wort für eine Antwort. Dafür sind zwei Minuten vorgesehen. Außerdem hat sich noch Frau Kollegin Ackermann für eine Zwischenbemerkung gemeldet; sie kommt dann nachher dran. Bitte schön, Herr Kollege Pfaffmann.

(Margarete Bause (GRÜNE): Der sorgt jetzt gleich für Unruhe!)

Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): (Vom Redner nicht autorisiert) Lieber Herr Kollege Imhof, ich schätze Sie sehr. Wenn Sie das Kämpfen um eine verbesserte Situation in der Altenpflege, das Kämpfen um den Verzicht auf Schulgeld, das Kämpfen dafür, dass unsere älteren Menschen besser versorgt werden, als Unruhestiftung betrachten wollen, dann sage ich Ihnen: Wir stiften gerne Unruhe.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Vielleicht darf ich Ihre etwas schwierigen Äußerungen mit einer Gegenfrage beantworten. Ist Ihnen entgangen, dass Herr Mück auf meine Frage in der Sondersitzung, ob man mit dieser neuen Regelung - der Begriff "konstruktiv" ist ja wunderbar - auf Schulgeld verzichten könnte, erklärt hat, das könne man nicht? Ist Ihnen bewusst und noch geläufig, dass Herr Mück auf meine Frage, ob das alles in Ordnung wäre, erklärt hat, dazu müsse er erst seine Verbände befra-

gen, das wisse er nicht? Ist Ihnen das auch bekannt? Wenn ja, dann behaupte ich, dass Sie hier versuchen, die Verbände zu missbrauchen, indem Sie eine Äußerung von Herrn Mück hier als Zustimmung deuten.

Die Kernfrage bleibt: Sind Sie bereit, heute den Haushaltsansatz von 12 Millionen zur Verbesserung der Altenpflegerischen Versorgung in unseren Einrichtungen zu erhöhen, ja oder nein?

(Beifall bei der SPD)

Beantworten Sie die Frage mit Ja, dann müssen Sie dem Antrag zustimmen. Lehnen Sie den Antrag hingegen ab, sind Sie dafür verantwortlich, dass die Qualität der Versorgung in den Altenpflegeeinrichtungen in den nächsten Jahren schlechter wird.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege Pfaffmann, Frau Kollegin Ackermann hat sich auch zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. Dafür hat sie jetzt das Wort. Bitte schön.

Renate Ackermann (GRÜNE): Herr Kollege Pfaffmann, stimmen Sie mir darin zu, dass sich die Koalitionsfraktionen in der gestrigen Sitzung, in der Nebelkerzen geworfen wurden, über den Tisch haben ziehen lassen? Könnten Sie Herrn Kollegen Imhof bitte mitteilen, dass der Brief heute vorliegt, in dem die von ihm genannten Verbandsvertreter schreiben, dass es nicht gelingen wird, mit der derzeitigen Regelung auf die Erhebung von Schulgeld zu verzichten; Ziel der Verbandsvertreter sei eine Finanzierung, die es den Schulen im Regelfall ermöglicht, auf die Erhebung von Schulgeld zu verzichten? Wenn Sie ihm das mitteilen, nimmt Herr Kollege Imhof vielleicht zur Kenntnis, dass nach wie vor Schulgeld erhoben werden muss.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke, Frau Kollegin Ackermann. Herr Kollege Pfaffmann, Sie haben das Wort für weitere zwei Minuten.

Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Lieber Herr Kollege Imhof, Frau Ackermann hat mich beauftragt, Ihnen mitzuteilen,

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

dass die Verbände erklärt hätten, mit der Vereinbarung, die gestern getroffen wurde und die Sie als konstruktiv bezeichnet haben, könne auf Schulgeld nicht verzichtet werden.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege Pfaffmann, für die Übernahme der Botenfunktion. Die Fraktion der SPD hat von Ihrer Gesamtredezeit 6,5 Minuten verbraucht. Dabei sind die Antworten auf die Zwischenbemerkung nicht angerechnet worden. - Jetzt hat Kollege Professor Dr. Bauer das Wort, bitte schön, Herr Kollege.

Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst muss ich mit äußerstem Erstaunen feststellen, dass bei der Beratung dieses wichtigen Dringlichkeitsantrags, der lange auf der Tagesordnung stand, weder die Ministerin noch der Staatssekretär anwesend ist.

(Widerspruch bei der CSU - Zurufe von der CSU:
Der ist doch da!)

- Wo denn?

(Zurufe von der CSU)

- Ich habe die Sozialministerin gemeint, weil der Sozialausschuss dieses Thema gestern in einer Sondersitzung behandelt hat.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Das ist ein sehr wichtiges sozialpolitisches Thema. Deshalb halte ich es für befremdlich, wenn das hier nicht ministeriumsübergreifend gehandhabt wird. Wir hatten gestern die Sondersitzung des sozialpolitischen Ausschusses, um die es heute geht. Deswegen stelle ich fest: Die zuständige Ministerin und der Staatssekretär sind nicht vertreten. Auch die Vorsitzende und der stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses sind hier nicht vertreten. Ich stelle das mit einem gewissen Befremden fest. Wenn Sie bei Ihrer Meinung bleiben, wie sie gestern zutage getreten ist, dass Sie nämlich das Recht des Parlaments beschneiden, eine Ministerbefragung durchzuführen, wird es jedes Mal so enden: Keiner wird mehr da sein, und dann brauchen wir hier nicht mehr mit ganz aktuellen Themen anzutreten. Dann steht kein richtiger Ansprechpartner mehr zur Verfügung. Das möchte ich an dieser Stelle ganz klar zu Protokoll geben und kritisieren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Lieber Herr Imhof, Sie haben von dieser Vereinbarung berichtet. Ich habe auch einige positive Aspekte festgestellt; das war einvernehmlich. Die Aussage, dass es dazu einen neuen Brief gibt, überrascht mich vollkommen. Ich habe diesen Brief nicht. Ich bin davon

ausgegangen, dass das, was schriftlich vereinbart worden ist, auch weiterhin Gültigkeit haben wird.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Wenn dem nicht so ist, ist es umso wichtiger, weiterhin über dieses Thema zu sprechen. Wir kommen dann nicht umhin, einmal das Selbstverständnis des sozialpolitischen Ausschuss infrage zu stellen. Was nützen uns denn einstimmige Beschlüsse, wenn sie dann mir nichts, dir nichts im Haushaltsausschuss gekippt werden? Dem sozialpolitischen Ausschuss ist ein gewisser Respekt entgegenzubringen. Wir sollten uns hier ein bisschen kollegialer verhalten. Wenn ein einstimmiger Beschluss des sozialpolitischen Ausschusses vom Haushaltsausschuss gekippt wird, dann erwarte ich zumindest, dass man uns vorher informiert.

Über die Bedeutung der Altenpflegeschulen möchte ich mich nicht weiter äußern, weil jeder weiß, was hier für unsere Jugend wichtig ist. Mit unseren Debatten, die sich jetzt schon über ein Jahr hinziehen, haben wir unserer Jugend ein schlechtes Beispiel gegeben und ein schlechtes Signal gesetzt. Wir haben gezeigt, dass in dieser Frage keine Einigkeit besteht und immer wieder Querschüsse vom Haushaltsausschuss mit der fadenscheinigen Begründung kommen, dass keine Zahlen vorliegen. Die Zahlen kann der Ausschuss nicht liefern; das muss schon die Ministerialbürokratie tun. Wenn sie dazu nicht in der Lage ist, sollte man einmal die Organisation in diesem Hause unter die Lupe nehmen.

Herr Imhof, die Unwägbarkeiten sind nicht beseitigt; das ist ganz klar geworden. Der springende Punkt: Es gibt den Haushaltsvorbehalt und pauschale Kürzungen. Wir können den Schülerinnen und Schülern, die mit ihrer Schule einen langfristigen Vertrag eingehen - sie unterschreiben schließlich, dass sie für zwei bis drei Jahre eine Ausbildung machen -, nicht zumuten, dass während des Spiels wesentliche Spielregeln geändert werden! Das geht nicht! Wir haben es bei der Fußballweltmeisterschaft der Frauen und auch bei anderen sportlichen Ereignissen gesehen. Wenn man gravierende Vorgaben während des Spiels ändert - plötzlich hatte eine Spielerin im Strafraum den Ball ein paar Sekunden in der Hand und das Spiel ging trotzdem weiter -, dann verliert alles seine Gültigkeit. Während des Spiels die Spielregeln zu ändern, das geht nicht. Das darf man nicht machen. Oder aber man muss so ehrlich sein und den Schülern, die sich für diese Schule bewerben, sagen: Wir können nicht garantieren, dass in den drei Jahren nichts passiert. Es kann sein, dass sie Schulgeld zahlen müssen, seien es 100 Euro pro Monat oder aber auch 200 Euro. Das wäre die Alternative und es wäre ein offenes Wort.

Aber dazu findet sich offensichtlich keine Bereitschaft. Während des Spiels Spielregeln zu ändern, das geht nicht; das kann ich nur kritisieren. So kommen wir nicht weiter.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich möchte es an dieser Stelle bei meinen Ausführungen belassen. Ich verzichte auf das nochmalige Aufrollen der Sachverhalte. Sie sind ausreichend bekannt. Ich bitte Sie aber noch einmal eindringlich darum: Gehen Sie den Weg mit, der im Dringlichkeitsantrag aufgezeigt wird. Stimmen Sie dem Dringlichkeitsantrag zu; denn dann haben wir eine gesicherte Basis für unsere Schülerinnen und Schüler und die Schüler wiederum haben die Sicherheit, dass während ihrer dreijährigen Ausbildung nichts Unerwartetes passiert und sie mit gesicherten Zahlen rechnen können.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke sehr, Herr Kollege Professor Bauer. Die Fraktion der FREIEN WÄHLER hat fünfeinhalb Minuten ihrer Redezeit verbraucht.

Jetzt hat als nächster Redner Kollege Taubeneder das Wort für die CSU. Bitte sehr, Herr Kollege.

Walter Taubeneder (CSU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Mich überrascht der Dringlichkeitsantrag. Aus meiner Sicht hätte sich dieser Dringlichkeitsantrag heute erübrigt. Ich war gestern bei der Sondersitzung dabei. Wir haben eine Arbeitsgruppe eingesetzt und haben jetzt ein einvernehmliches und positives Ergebnis. Aber auch das passt augenscheinlich erneut nicht.

Ich muss Ihnen fast unterstellen, dass Sie sich möglicherweise gefreut hätten, wenn die Einsetzung der Arbeitsgruppe gescheitert wäre.

(Beifall bei der CSU)

Ich glaube, dass ist die Wahrheit so nach dem Motto, was nicht sein darf, das kann einfach nicht sein. Es geht Ihnen nicht um die Sache. Das war auch jetzt bei den Redebeiträgen deutlich zu erkennen. Sie wollen lediglich negative Stimmung verbreiten.

(Beifall bei der CSU - Lachen und Widerspruch der Abgeordneten Ulrike Gote (GRÜNE))

Die Verhandlungen haben sich hingezogen; das muss man eingestehen. Aber es hat drei Gespräche gege-

ben, die zu einem guten Ergebnis geführt haben. Das ist für mich das Wichtigste.

In diesem Zusammenhang möchte ich mich herzlich bei den Vertretern des Kultusministeriums bedanken, namentlich bei den Herren Denneborg und Pangerl, aber vor allen Dingen auch bei Herrn Mück von der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege. Wie er die Angelegenheit gestern sachlich dargestellt hat, verdient den höchsten Respekt.

(Beifall bei der CSU)

Im vergangenen Jahr hat sich durch die Absenkung des Schulgeldausgleichs von 200 auf 100 Euro eine heftige Diskussion ergeben. In diesem Zusammenhang ist aber auch noch einmal deutlich festzustellen, dass es eine genaue Überprüfung dahin gab, dass die Finanzierung Mängel aufweist und grundsätzlich neu zu ordnen ist.

Die Finanzierung geschieht in drei Ebenen. Grundlage ist das Schulfinanzierungsgesetz mit den Betriebskostenzuschüssen, die mit 79 % vergütet werden. Übrigens zeigt allein die Zahl von 15 Millionen Euro, was man alles für die Altenpflegesschulen tut. Dazu kommt der Schulgeldersatz in Höhe von fünf Millionen Euro für die Altenpflege. Allein die rückwirkende Erhöhung von 75 Euro auf 80 Euro zum 01.01.2011 hat eine weitere dreiviertel Million Euro für die Altenpflegesschulen gebracht. Im kommenden Jahr kommt eine weitere Million hinzu.

Und nun kommt noch das Element des Schulgeldausgleichs. Da wird so getan, als wäre das eine Selbstverständlichkeit. Nein, es ist ein Privileg der Altenpflegesschulen. Nur diese Berufsfachschulen haben dieses Privileg. Warum? Man will diesen Beruf noch attraktiver gestalten, um mehr Schüler zu gewinnen. Das ist auch gelungen. Und darum haben im letzten Jahr diese 12 Millionen plötzlich als Ansatz nicht mehr gereicht, und es galt, zu handeln.

Dieser Ausgleich ist schülerbezogen und führt damit letztlich auch zu Ungerechtigkeiten. Auf einen einfachen Nenner gebracht: Mehr Schüler bedeuten mehr Geld, weniger Schüler bedeuten weniger Geld. Das hat die Arbeitsgruppe durchaus erkannt und ein neues System erarbeitet, ein Mischmodell. Dabei gibt es erstens eine klassenbezogene Förderung. Es handelt sich dabei zum einen um Klassen von 13 und mehr Schülern mit einem Festbetrag von 19.000 Euro im Jahr. Und zum anderen gibt es - das ist mir besonders wichtig - auch Minderklassen mit Schülern mit mehr als 6 und weniger als 13 Schülern. Diese Klassen erhalten abgestufte Beiträge. Damit kann der Fortbestand dieser kleinen Schulen vor allen Dingen

in den ländlichen Räumen gesichert werden. Auch das ist ein wichtiges Ergebnis.

Das zweite Element ist die freiwillige Finanzierung. Dabei handelt es sich um die Einführung des schülergeldbezogenen Förderbetrages von 21 %, um die 100 % der Betriebskosten zu erreichen. Von September bis Dezember 2011 bewegt sich dieser Satz bei 150 Euro. Es ist aber schon angekündigt worden, dass dann, wenn Reste entstehen sollten - dies wird wahrscheinlich der Fall sein -, diese an die Schulen weitergegeben werden. Der Haushaltsvoranschlag bleibt bei 12 Millionen Euro.

Ziel ist natürlich - da hat die Kollegin Ackermann recht -, den hundertprozentigen Betriebskostenzuschuss gesetzlich zu sichern. Dazu könnten wir vielleicht gemeinsame Vorschläge machen.

(Demonstrativer Beifall der Abgeordneten Renate Ackermann (GRÜNE))

- Nein, Frau Ackermann. Sie müssen sich das System genau ansehen. Sie reden doch immer über das System hinweg. Wir reden hier über den hundertprozentigen Betriebskostenzuschuss; er ist bisher über die freiwilligen Leistungen gesichert.

Fazit: Die Altenpflegeschulen sind finanziell gut ausgestattet. Dies bietet den Trägern die Grundlage, vom Schulgeld Abstand zu nehmen. Viele machen es. Es ist nicht so, Kollege Pfaffmann, dass nicht schon früher Schulgeld verlangt worden wäre. Das wissen Sie ganz genau. Das ist ganz unterschiedlich gehandhabt worden. Und auch jetzt nach der Absenkung haben manche Schulen Schulgeld verlangt, andere aber nicht. Das wird auch in Zukunft so sein. Das können wir den Trägern nicht vorschreiben.

Abschließend möchte ich mich herzlich bei allen Trägern bedanken, die die Schulen so gut ausstatten, und beim Lehrpersonal für deren großes Engagement in der Altenpflege, verbunden mit der Bitte, dieses Engagement weiterhin zu zeigen. Meine Damen und Herren, in der Altenpflege wissen Sie uns auf Ihrer Seite.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege Taubeneder, bleiben Sie kurz am Redepult. Es haben sich zwei Kollegen für Zwischenbemerkungen zu Wort gemeldet. Der Erste ist Kollege Pfaffmann; ihm folgt Kollegin Ackermann. Herr Kollege Pfaffmann, Sie haben das Wort.

Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Kollege Taubeneder, ich wollte nur

kurz bemerken, dass diese wunderbare Vereinbarung im Binnenverhältnis möglicherweise eine Verbesserung des Abrechnungssystems darstellt. Das will ich nicht abstreiten.

Ich will nur noch einmal klarstellen: Insgesamt kann auf Schulgeld nicht verzichtet werden. Die interessante Feststellung ist Folgende: In der Sondersitzung gestern wurde uns nicht mitgeteilt, dass - Vereinbarung hin, Vereinbarung her - sowohl das Ministerium als auch die Verbände trotz dieser von Ihnen so hochgelobten Vereinbarungen von vornherein festgestellt haben, dass auf Schulgeld nicht verzichtet werden kann. Ist Ihnen das bekannt? Ist Ihnen bekannt, dass dies im Ausschuss weder von den Vertretern der Regierung noch von den Vertretern der Verbände dargestellt worden ist? Das halte ich schon für sehr bemerkenswert.

Ich kann da gerne aus einem gestern vorliegenden Schreiben zitieren. Es hieß darin, der Ausschuss wurde nicht darüber informiert, dass auf Schulgeld nicht verzichtet werden kann, obwohl es eine durchaus positive Vereinbarung gibt.

Das Letztere will ich überhaupt nicht kritisieren. Aber ich würde mich freuen, wenn Sie zu meiner Bemerkung Stellung nehmen würden.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Pfaffmann. Herr Kollege Taubeneder, Sie haben das Wort.

Walter Taubeneder (CSU): Herr Kollege Pfaffmann, Sie wissen doch, dass jeder Träger auf einer wirtschaftlichen Basis arbeiten muss. Wenn Sie wünschen, dass sozusagen jedes Defizit ausgeglichen wird, dann ist das schon fast naiv. Das hat mit Haushaltsverantwortung nichts mehr zu tun. Es muss definierte Betriebskostenzuschüsse geben, auf die sich jeder berufen kann und mit denen er arbeiten kann. Daran muss er seine Situation bewerten. Wenn er meint, er bräuchte Schulgeld, dann muss er es verlangen.

Im Übrigen schreckt das Schulgeld die Schüler nicht ab, in eine solche Schule zu gehen. Das wissen Sie doch.

(Zuruf des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

Wir haben in der letzten Zeit mehr Schüler, die die Altenpflegeschulen besuchen; es sind nicht weniger geworden.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege Taubeneder. Jetzt hat Kollegin Ackermann das Wort.

Renate Ackermann (GRÜNE): Herr Kollege Taubeneder, Sie kennen die Imagekampagne des Sozialministeriums, die sich "Herzwerker" nennt, und Ihnen ist vermutlich auch klar, dass damit mehr Altenpfleger und Altenpflegerinnen geworben werden sollen. Ich habe vorhin zitiert, es gibt auch noch das "Bündnis für Ausbildung", das jährlich 10 % mehr Altenpflegerinnen in die Schule bringen will.

Was würden Sie als Schulleiter machen, wenn Sie einen gedeckelten Betrag haben und jährlich 10 % mehr Schüler kommen? Glauben Sie, dass die Schulen das auf Dauer leisten können, ohne dass der Haushaltsansatz erhöht wird?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Kollegin. - Herr Kollege Taubeneder, Sie haben das Wort.

Walter Taubeneder (CSU): Frau Ackermann, was in Zukunft ist bzw. zu sein hat, das müssen wir dann bewerten, wenn es soweit ist. Derzeit kommen die Schulen mit der bestehenden Förderung aus.

(Beifall bei der CSU - Zuruf der Abgeordneten Renate Ackermann (GRÜNE))

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege Taubeneder. - Die CSU-Fraktion hat insgesamt fünf Minuten und 15 Sekunden von ihrer Gesamtredzeit verbraucht. - Als Nächster hat Herr Kollege Prof. Dr. Barfuß das Wort; bitte schön.

Prof. Dr. Georg Barfuß (FDP): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Präsident, meine geschätzten Kolleginnen und Kollegen! Kollege Pfaffmann, ich gehe gleich einmal auf Ihre Kernfrage ein,

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

ob wir bereit sind, die Mittel zu erhöhen. Dazu sage ich: Ja, wenn es notwendig ist, aber nicht, weil Sie heute einen Antrag stellen.

(Renate Ackermann (GRÜNE): Bravo! - Demonstrativer Beifall und Heiterkeit bei den GRÜNEN)

Die CSU und die FDP haben noch nie etwas anderes gesagt, und ich wiederhole hier: Das Geld, das in der Altenpflege benötigt wird, werden wir zur Verfügung stellen. Aber ich bitte um Verständnis, wenn ich sage:

Dann zeigt uns doch bitte mal Zahlen, und zwar beide Seiten.

Ich war gestern bei dem Gespräch dabei und gebe gern zu, dass ich vielleicht auch nur selektiv wahrnehme; aber das unterstelle ich Ihnen jetzt auch einmal.

(Alexander König (CSU): Sehr richtig!)

Herr Mück hat sich ausdrücklich für diesen Kompromiss bedankt, oder wollen Sie das in Abrede stellen? Er hat sich bedankt und gesagt, er werde dies mit seinen Verbänden besprechen und noch vor der Sommerpause eine Rückmeldung liefern. Die Kollegen, die gewerkschaftlich organisiert sind, werden wissen, dass es auch bei Tarifaueinandersetzungen ganz normal ist, dass sich zum Beispiel die Tarifkommission der IG Metall und die Arbeitgeberverbände über etwas einigen und dann ihre Basis fragen müssen. Das ist das Normalste auf der Welt, also konnte Herr Mück gestern nur sagen: Ich bin erst einmal damit zufrieden, will jetzt aber an die Basis.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Dies warten wir ab. Dann haben wir gesagt - nun hören Sie bitte gut zu! -: Wenn bei der Spitzabrechnung herauskommen sollte, dass es so nicht reicht, dann werden wir das korrigieren. Aber Sie erinnern mich ein wenig an die DDR, wo es geheißen hat, das Gesundheitssystem ist umsonst, kostenlos. - Das stimmt schon, aber irgendjemand musste es bezahlen, und wo die DDR heute ist, wissen wir.

(Zurufe von der SPD und der Abgeordneten Claudia Stamm (GRÜNE))

- Das hören Sie nicht so gern, weil das teilweise Ihre Kollegen waren; aber ich sehe das ein wenig anders. Irgendeiner muss es immer bezahlen, und wir haben schon genügend Populisten, die fordern, die Studiengebühren müssten erlassen oder das Schulgeld müsse gestrichen werden. Wir haben genügend Populisten, die das fordern.

(Widerspruch bei der SPD und den GRÜNEN)

Aber dann sage ich dazu:

(Anhaltende Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Sagt mir bitte auch, womit dies finanziert wird.

Als Haushälter ist es mir wichtig - Herr Kollege, Sie sind selbst der Stellvertretende Vorsitzende des Haushaltsausschusses -, dass wir alles finanzieren können. Wenn Sie mir sagen, ein Kredit sei nicht mehr möglich, dann müssen Sie reduzieren.

(Natascha Kohnen (SPD): Steuersenkung! - Zuruf des Abgeordneten Tobias Thalhammer (FDP))

Ich komme zum Thema zurück. Nun nehme ich die Caritas als Beispiel, das hat Herr Mück gestern so gesagt. Wenn wir beim selben Träger unterschiedliche Ansätze haben - die einen verlangen Schulgeld und die anderen nicht -, dann, sagte Herr Mück, ist dies unterschiedlichen Kalkulationen geschuldet. Das heißt, unterschiedliche Strukturen bedingen dann unterschiedliche Ansätze; und wir sind nochmals bereit, dort nachzusteuern. Aber zu sagen: Uns kann eigentlich jeder vorlegen, was er will, wir bezahlen das immer - das geht so nicht. CSU und FDP stehen für solide Finanzen. Davon rücken wir nicht ab,

(Beifall bei der CSU und der FDP - Widerspruch bei der SPD)

egal, wie oft Sie dazwischenrufen.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Meine Kollegin Frau Will könnte auch jeden Tag an die Presse gehen und sagen, sie brauche Geld für Inklusion. Kollegin Meyer würde dies sicher unterstützen. Aber ich sage Ihnen eines: Sie hat die Verantwortung zu sagen: So geht es nicht. Wir sehen den gesamten Haushalt, und dabei bleibt es auch.

(Beifall der Abgeordneten Dr. Otto Bertermann (FDP) und Tobias Thalhammer (FDP))

Fazit: Herr Mück hat sich bedankt. Wir warten ab, was dabei herauskommt. Wenn die Verbände so einverstanden sind, dann kommt die Spitzabrechnung. Sollte sich dann ergeben, dass das Geld nicht reicht, werden wir nachsteuern. So einfach ist das. Alles andere ist Illusion. Aber diese Illusion - -

(Zuruf von den FREIEN WÄHLERN: Steuersenkung oder kostenfreie Bildung?)

- Die Generalsekretärin ist hier nicht gewählt. Sie soll schauen, dass sie ihre Arbeit in Berlin gescheit macht. Dort hat sie genügend Arbeit.

(Heiterkeit bei der SPD und den GRÜNEN - Zuruf des Abgeordneten Markus Rinderspacher (SPD))

Wir sind hier in Bayern ins Parlament gewählt und haben die Verantwortung für Bayern. Die Berliner sollen für ihren Bereich schauen. So wie die SPD heute ihre Bundes- und Fraktionsvorsitzenden auswechselt, könnte ich mir vorstellen, dass wir auch einmal so etwas tun sollten.

(Heiterkeit bei der SPD - Beifall der Abgeordneten Tobias Thalhammer (FDP) und Alexander König (CSU) - Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Wenn wir uns abgeregt haben, können wir weitermachen.

Herr Kollege Dr. Barfuß, es gibt eine Wortmeldung von Frau Kollegin Gote. Bitte schön, Frau Kollegin.

(Prof. Dr. Georg Barfuß (FDP): Das war zu erwarten!)

Ulrike Gote (GRÜNE): Danke schön, Herr Präsident. - Herr Kollege, Bildung ist *die* soziale Frage des 21. Jahrhunderts, -

(Prof. Dr. Georg Barfuß (FDP): Richtig!)

sagt Frau Miriam Gruß.

(Prof. Dr. Georg Barfuß (FDP): Richtig!)

Sie kündigt an, dies bis zur Landtagswahl 2013 zum Thema zu machen. Wir haben 2011, und es ist nicht mehr lange bis dahin. Frau Gruß will gemeinsam mit Ministerpräsident Seehofer die Studiengebühren abschaffen. Wir finden das super, dafür kämpfen wir seit Jahren.

(Beifall bei der SPD)

Das finden wir gut und wir werden sie dabei unterstützen. Habe ich Sie eben richtig verstanden, dass Sie sagen, es gebe einige Populisten, die die Studiengebühren abschaffen wollen?

(Prof. Dr. Georg Barfuß (FDP): So ist es!)

Haben Sie damit Frau Gruß und den Herrn Ministerpräsidenten gemeint? Sind das Populisten?

(Heiterkeit bei den GRÜNEN und der SPD)

Ich muss Ihnen sagen: Mit dem, was ich hier von Ihnen gehört habe, lösen Sie die Zukunftsaufgabe Bildung nicht. Soeben habe ich gehört, dass es ein Privileg für die Altenpflegeschulen sei, dass sie überhaupt Schulgeldausgleich bekommen. Das empfinde ich als Hohn: denjenigen, die diesen Beruf lernen wollen, zu sagen: Ihr müsst Schulgeld zahlen, und auf der anderen Seite zu sagen - was wir richtig finden -, Bildung müsse grundsätzlich kostenfrei sein. Wie passt das zusammen?

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Mit Ihrer Populismuserklärung kommen Sie dabei nicht weiter.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Kollegin Gote. - Herr Kollege Dr. Barfuß, Sie haben das Wort; bitte schön.

Prof. Dr. Georg Barfuß (FDP): (Vom Redner nicht autorisiert) Wenn die FDP eine bildungsfreie Welt schaffen will - wir haben jetzt auch energiefrei -, dann könnten wir das auch tun.

(Heiterkeit bei der SPD)

Dann müssten wir überall alles abschaffen, denn dann kann jeder alles werden. Ich bin dann aber auch dafür, dass der Meister nichts mehr bezahlen muss, wenn er Meister wird.

(Beifall bei der FDP und den FREIEN WÄHLERN)

Ich bin dann auch dafür, dass eine Operationschwester, wenn sie sich weiterbildet, nichts bezahlen muss. Das kann man machen, aber das ist eine andere Diskussion. Als wir fälschlicherweise den Hoteliers die Steuern erlassen haben, haben Sie von Klientelpolitik - zu Recht - geschrien.

(Zuruf der Abgeordneten Ulrike Gote (GRÜNE))

Sie sollten dies bitte auch einmal im Gesamtkontext diskutieren und nicht so tun, als wären Sie für Altenpflege und wir würden das nicht kapieren. Wir begreifen das ebenso wie Sie, und ich sage es noch einmal langsam zum Mitschreiben: Wenn das Geld nicht reicht, dann werden wir nachsteuern. Aber was wir hoffentlich nie tun werden - man weiß ja nicht, ob es morgen noch gilt -, ist zu sagen: Verlangt, was ihr wollt, wir bezahlen es. Nicht Sie bezahlen oder ich bezahle, sondern die Herrschaften auf der Tribüne bezahlen es, und wir sind Sachwalter der Bürgerinnen und Bürger und nicht einfach das Parlament.

(Beifall bei der FDP)

Es ist sehr leicht, mit anderer Leute Geld anzugeben, wenn man es nicht selbst verdienen muss. 40 Millionen verdienen in diesem Land und zahlen keinen Euro Steuern. Das ist Ihre Klientel. Insofern betreiben auch Sie Klientelpolitik.

(Beifall bei der FDP - Widerspruch bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege Barfuß, Kollege Ritter hat sich noch zu einer Zwischenbemerkung gemeldet.

Prof. Dr. Georg Barfuß (FDP): (Vom Redner nicht autorisiert) Bitte.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich bitte die Kolleginnen und Kollegen, sich zu beruhigen, damit Kollege Ritter zu Wort kommen kann. Bitte schön.

Florian Ritter (SPD): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrter Kollege Barfuß, sind Sie nicht auch der Meinung, dass diese Verantwortung, die wir den Steuerzahlern entgegenbringen, auch den Menschen gegenüber wahrgenommen werden muss, die in den letzten vierzig, fünfzig Jahren Steuern gezahlt haben und jetzt oder in den nächsten Jahren Pflegefälle werden bzw. pflegebedürftig sind?

(Beifall bei der SPD)

Außerdem eine Frage: Sie sprachen mehrfach von Spitzabrechnung. Ist es nicht vielmehr so, dass beim Betriebskostenzuschuss imaginäre Zahlen verwendet werden und nicht die realen Zahlen, die in den Betrieben anfallen? Wenn Sie weiter darauf bestehen, dass eine Spitzabrechnung vorgenommen wird, dann erklären Sie mir bitte einmal, wo das in der Vereinbarung steht, die zwischen den Schulen bzw. den Trägern und dem Kultusministerium ausgehandelt worden ist.

(Beifall der Abgeordneten Claudia Stamm (GRÜNE))

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege Ritter. - Herr Kollege Prof. Barfuß, Sie haben das Wort.

Prof. Dr. Georg Barfuß (FDP): (Vom Redner nicht autorisiert) Das ist sehr interessant. Vorhin hat mich Herr Pfaffmann gerügt, weil ich von beiden Seiten operationalisierbare Zahlen gefordert habe. Sie verlangen jetzt genau das. Insofern haben Sie auch völlig recht; auch ich will nicht imaginäre, sondern handfeste, robuste Zahlen. Wenn sie von beiden Seiten vorgelegt werden, kann man eine Abschätzung treffen.

Zurück zur Pflegeversicherung: Wenn ich mich richtig erinnere, ist sie von einem CDU-Minister eingeführt worden. So viel zu der Frage, wer sich für den Pflegebereich zuständig fühlen sollte.

Sie bringen mich übrigens auf eine Idee: Kann man nicht die Finanzierung der Altenpflegesschulen ähnlich regeln wie die der Krankenpflegesschulen? Die Mittel für Letztere werden nämlich der Krankenversicherung entnommen. Über all das können wir miteinander reden.

Ich will Folgendes festhalten: Wir stimmen dem Dringlichkeitsantrag nicht etwa deshalb nicht zu, weil wir zu

doof seien, die Problematik zu erkennen, sondern weil wir heute keinen Handlungsbedarf sehen. Wenn sich im Ergebnis der Auswertung operationalisierbarer, nicht imaginärer, Zahlen herausstellt, dass Handlungsbedarf gegeben ist, werden wir nachsteuern. Dabei bleibt es. Wir müssen Ihren Antrag leider ablehnen.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Professor Barfuß. Die FDP-Fraktion hat vier Minuten Redezeit in Anspruch genommen. - Als letzter Redner hat Herr Staatsminister Dr. Spaenle das Wort. Bitte schön, Herr Staatsminister.

Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle (Kultusministerium): Herr Präsident! Hohes Haus! Die Sicherung einer qualitativ hochwertigen Ausbildung im Altenpflegebereich ist ein zentrales Thema der Bildungs- und der Sozialpolitik im Freistaat Bayern.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Die Träger der Altenpflegesschulen, die Verantwortlichen der Verbände und das Sozialministerium unter Verantwortung von Kollegin Christine Haderthauer haben eine gemeinsame Initiative mit dem Ziel der langfristigen Sicherung qualifizierten Nachwuchses gestartet. Es geht insbesondere darum, mehr junge Menschen für die Altenpflege zu gewinnen. Die kontinuierlich steigenden Schülerzahlen zeigen den guten bis sehr guten Erfolg dieser politischen Initiative zur Gewinnung von jungen Menschen für ein gesellschaftspolitisch und sozialpolitisch wichtiges Berufsfeld. Das Ergebnis ist rundum positiv.

Es gab und gibt den Auftrag, die Finanzierungssituation der Träger von Berufsfachschulen für Altenpflege neu zu regeln und weiterzuentwickeln. Dieser Auftrag ist zu einem guten Ende gebracht worden; das Ergebnis liegt dem Hohen Haus vor.

Zwei wichtige Ziele sollten erreicht werden: zum Ersten eine deutliche Verbesserung der Planungssicherheit für die Träger, zum Zweiten die Verbesserung der finanziellen Ausstattung. Die Planungssicherheit soll dadurch verbessert werden, dass ein Systemwechsel vollzogen wird. Bisher war der einzelne Schüler für den Träger die Bezugsgröße für den Zuschuss. Insbesondere für Träger von Schulen mit kleinen Schülerzahlen waren dadurch hohe Ausschläge nach oben oder nach unten möglich, je nachdem, ob Schüler weggingen oder hinzukamen. Das beeinflusste die Planungsbasis für das jeweils folgende Schuljahr. Die Vermeidung solch hoher Schwankungen war Kernpunkt des Auftrags an die Arbeitsgruppe, die sich gestern zu ihrer vorläufig abschließenden Sitzung getroffen

hat. Es gilt festzuhalten, dass der Systemwechsel - weg vom einzelnen Schüler als Bezuschussungsgrundlage hin zu der wesentlich schwankungsunabhängigeren klassenbezogenen Förderung - gelungen ist und weiter erfolgreich umgesetzt wird.

Zu beantworten war auch folgende wichtige Frage: Wie können Trägern von Schulen mit relativ kleiner Schülerzahl weiterhin Entwicklungsmöglichkeiten geboten werden? Es ist sichergestellt, dass an den entsprechenden Berufsfachschulen Minderklassen eingerichtet und gefördert werden können. Mit Zustimmung der Träger wird eine entsprechende Regelung auf den Weg gebracht.

Die zweite Säule der freiwilligen Finanzierung ist ein schulbezogener Förderbetrag, dessen Höhe sich am Betriebskostenzuschuss laut Bayerischem Schulfinanzierungsgesetz orientiert. 79 % sind quasi gesetzlich abgestützt. Wir leisten künftig weitere Betriebskostenzuschüsse aus dem Gesamtpf der zur Verfügung stehenden 10,8 Millionen Euro. Dieser Sockelbetrag entspricht letztlich den fehlenden 21 Prozentpunkten. In jedem Fall wird die Planungssicherheit der Träger deutlich erhöht.

Dritter Punkt: Erhöhung des Schulgeldersatzes für die beruflichen Schulen. Diese erfolgt in zwei Stufen. In der ersten Stufe geht es um 750.000 Euro zusätzliche Mittel für die Träger der Altenpflegesschulen. Kollege Taubeneder hat schon auf die im kommenden Jahr vorgesehene Steigerung um 1 Million Euro hingewiesen.

Das alles ist im Haushalt abzusichern. Ungekürzt stehen uns 12 Millionen Euro allein für den Schulgeldausgleich zur Verfügung. Mit der neuen Form der Finanzierung ergibt sich, wie gesagt, eine deutlich verbesserte, planungssichere Finanzierungsgrundlage für die Altenpflegesschulen. Wünschenswert ist eine Weiterentwicklung, wie sie von den Verbandsvertretern gefordert wurde. Darüber sind wir im Gespräch. Wir stehen vor Haushaltsverhandlungen und werden auch über weitere gewünschte Instrumente zu sprechen haben.

Ich bin sehr dankbar, dass dieses Ergebnis in einem konstruktiven Dialog zwischen den Trägern, dem Kultusministerium und weiteren Fachleuten erzielt werden konnte. Die Qualität der Debatte, insbesondere die der Kollegen der Opposition, spricht für sich. Ich bitte Sie, dieses positive Ergebnis erstens zur Kenntnis zu nehmen und zweitens den damit verbundenen Antrag abzulehnen.

(Beifall bei der CSU und des Abgeordneten Tobias Thalhammer (FDP))

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Staatsminister, bleiben Sie bitte am Redepult. Frau Kollegin Ackermann hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Renate Ackermann (GRÜNE): Herr Minister, in der gestrigen Sondersitzung wurde uns eine Niederschrift über die dritte Sitzung der Arbeitsgruppe ausgehändigt. Unter Punkt 6 war dort zunächst nur zu lesen: Die staatlichen Vertreter nehmen zur Kenntnis, dass die Träger auch weiterhin eine Erhöhung des gesetzlichen Betriebskostenzuschusses auf 100 % anstreben.

Heute bekomme ich eine weitere Niederschrift über die dritte Sitzung der Arbeitsgruppe, unterschrieben von Maximilian Pangerl, German Denneborg und Wilfried Mück. In dieser Version geht es unter Punkt 6 komischerweise weiter. Im Anschluss an die bisher von mir vorgelesene Passage heißt es nunmehr:

Außerdem wird von den Verbandsvertretern ausgedrückt, dass es lediglich mit einer Änderung des Verteilungsmodus wohl bei den meisten Schulen nicht gelingen wird, auf die Erhebung von Schulgeld zu verzichten. Das Ziel der Verbandsvertreter wäre eine Finanzierung, die es den Schulen im Regelfall ermöglicht, auf die Erhebung von Schulgeld zu verzichten.

Leider war dieser Zusatz zu Punkt 6 in der gestrigen Niederschrift nicht enthalten, obwohl das Ergebnis gestern schon vorlag; die Niederschrift datiert vom 13. Juli. Wie erklären Sie sich, dass den Teilnehmern der Sondersitzung eine nicht vollständige Niederschrift ausgehändigt wurde, die den Eindruck erweckt, als ob für die Träger damit alles abgehandelt sei, obwohl sie klar zum Ausdruck gebracht haben, dass sie weiterhin eine Vereinbarung anstreben, nach der kein Schulgeld erhoben wird? Hat man uns das bewusst vorenthalten, oder ist das nur ein Fehler der Verwaltung gewesen?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle (Kultusministerium): Ich verweise Sie gern auf den letzten Teil meiner Ausführungen. Ich habe genau diese strategischen Ziele, die von den Trägern der Altenpflegeschulen formuliert worden sind, im Visier. Im Dialog werden wir die Ziele weiterverfolgen. Als mögliche Ansatzpunkte habe ich die Haushaltsverhandlungen und weitere Veränderungen des Instrumentariums genannt.

(Beifall bei der FDP - Renate Ackermann (GRÜNE): Das ist doch keine Antwort!)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Staatsminister. - Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung, die in namentlicher Form durchgeführt werden soll. Für die Stimmabgabe sind Urnen auf beiden Seiten des Sitzungssaals und auf dem Stenografentisch bereitgestellt. Mit der Stimmabgabe kann begonnen werden. Hierfür stehen fünf Minuten zur Verfügung.

Ich darf noch zur Information bekannt geben, dass die Staatsregierung fünfeinhalb Minuten gesprochen hat.

(Namentliche Abstimmung von 10.00 bis 10.05 Uhr)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Die fünf Minuten sind um. Die Abstimmung ist geschlossen. Das Abstimmungsergebnis werden wir Ihnen später bekannt geben.

Ich rufe zur gemeinsamen Beratung auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Karsten Klein, Dr. Franz Xaver Kirschner, Dr. Andreas Fischer u. a. und Fraktion (FDP)
Maßnahmen zur Steuervereinfachung umsetzen (Drs. 16/9256)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Volkmar Halbleib, Susann Biedefeld u. a. und Fraktion (SPD)
Solide Finanzpolitik statt unseriöser Steuerversprechen (Drs. 16/9270)

Wir arbeiten, wie Sie wissen, hier oben unter etwas erschwerten Bedingungen. Wir stoppen die Zeit mit und geben Ihnen am Ende einer Runde die Restredezeit pro Fraktion bekannt.

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Ich bitte um Aufmerksamkeit für Herrn Kollegen Dr. Klein. Bitte schön.

Karsten Klein (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Den Dokortitel besitze ich nicht.

(Jörg Rohde (FDP): Und er ist nicht aberkannt!)

Das ist in diesen Zeiten etwas heikel.

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Ich wollte Sie nicht diskriminieren, Herr Kollege.

Karsten Klein (FDP): Ein Großteil der weltweiten Steuerliteratur besteht aus Steuerliteratur der Bundesrepublik Deutschland. Das ist eine über alle Parteigrenzen hinweg bekannte Tatsache. Darüber haben wir immer wieder diskutiert. Wenn man eine tatsächliche Steuervereinfachung herbeiführen will, dann stellt sich die Frage, wie sich die einzelnen Parteien dazu verhalten. Es ist wichtig, dass wir aus dem Bayerischen Landtag ein Signal in Richtung Steuervereinfachung senden. Der Deutsche Bundestag hat 37 Steuervereinfachungen beschlossen, die leider von der Mehrheit im Bundesrat blockiert worden sind. Deshalb kann ich nur alle Kolleginnen und Kollegen hier im Hause auffordern, diese Beschlüsse zur Steuervereinfachung zu unterstützen. Man darf Steuervereinfachungen nicht nur in Sonntagsreden fordern, sondern man muss sie auch tatkräftig umsetzen.

(Beifall bei der FDP)

Diese 37 Maßnahmen - einige sind beispielhaft aufgeführt - sind sinnvolle Maßnahmen, die vor allem die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, insbesondere die unteren Einkommensschichten, entlasten und von Bürokratie befreien. Ich möchte in diesem Zusammenhang auf die Anhebung des Arbeitnehmerpauschbetrags hinweisen, aber auch auf die Beseitigung von Steuerungerechtigkeiten im Hinblick auf die verbindliche Auskunft. Hier soll eine Bagatellgrenze von 10.000 Euro eingeführt werden. All das sind Maßnahmen, die wir unterstützen sollten. Ich fordere daher die Kolleginnen und Kollegen der Opposition auf, von hier aus ein entsprechendes Signal zu senden.

(Beifall bei der FDP)

Wenn wir nicht in der Lage sind, solche kleinen Veränderungen im Steuerrecht der Bundesrepublik Deutschland durchzusetzen, dann werden wir große Probleme bekommen.

Lassen Sie mich ein Wort zum SPD-Antrag sagen. Die Diskussion, die über den Kirchhof-Vorschlag stattfindet, ist eine Geisterdebatte und völlig übertrieben. Es gibt für diesen Vorschlag nirgendwo eine politische Mehrheit. Wir wollen uns nicht verzetteln. Lassen Sie uns lieber über die 37 Vorschläge reden, die auf dem Tisch liegen und die mit der SPD-Mehrheit im Bundesrat abgelehnt worden sind.

(Beifall bei der FDP)

Das Wachstums- und Beschleunigungsgesetz findet die FDP-Fraktion nach wie vor richtig. Damit haben wir Familien und die Mittelständler entlastet.

(Markus Rinderspacher (SPD): Und die Hoteliers!)

Sie von Rot-Grün haben hingegen in Ihrer Regierungszeit über 19 Steuererhöhungen beschlossen und damit die Bevölkerung belastet. Wir haben mit unserer Steuerpolitik eine andere Richtung eingeschlagen. Wir entlasten die Leistungsträger. Ihr Argument, dass es zu einer Belastung der öffentlichen Haushalte komme, ist de facto falsch. Vor der Verabschiedung des Wachstums- und Beschleunigungsgesetzes haben wir Einnahmen von 28 Milliarden Euro für das Jahr 2010 eingeplant, es sind aber 1,5 Milliarden Euro mehr geworden. Auch die Kommunen und der Bund haben mehr eingenommen. Durch das Wachstums- und Beschleunigungsgesetz sind in der gesamten Bundesrepublik Steuermehreinnahmen realisiert worden. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der FDP)

Das schlägt sich auch in den Wachstumszahlen nieder. Als Rot-Grün regiert hat, war Deutschland beim Wirtschaftswachstum das Schlusslicht in Europa. Heute ist Deutschland die Wachstumslokomotive. Deutschland verzeichnet 2 % mehr Wachstum als beispielsweise Großbritannien oder Frankreich. Das ist unter Schwarz-Gelb mit dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz erreicht worden. Nehmen Sie die Tatsachen endlich einmal zur Kenntnis.

(Beifall bei der FDP)

Wenn man über weitere Steuersenkungen spricht, dann muss man auch auf eines hinweisen: Wir reden ausdrücklich über nicht eingeplante Steuermehreinnahmen. Bund und Länder haben jetzt schon 17 Milliarden Euro mehr eingenommen als 2010. Das haben die Bürgerinnen und Bürger erwirtschaftet. Die haben sich angestrengt und dafür gesorgt, dass die Wirtschaft läuft. Deshalb ist es legitim, dass sie einen Teil der Steuermehreinnahmen zurückbekommen.

(Beifall bei der FDP)

Bei den Steuereinnahmen bewegen wir uns auf ein Rekordniveau zu. Wahrscheinlich wird es schon in diesem Jahr erreicht, spätestens aber im nächsten. Es ist richtig, dass wir dieses Thema jetzt angehen.

Ich hätte heute gern eine klare Aussage seitens der Oppositionsparteien, vor allem der SPD. Wir haben in diesem Jahr ein durchschnittliches Lohnwachstum von 2,7 % bei einer Inflation von 2,4 %. Wenn Sie sich angesichts dieser Zahlen hier heute gegen die Bekämpfung der kalten Progression aussprechen, dann greifen Sie damit den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in die Tasche. Die haben am Ende weniger in der Tasche als vorher. Dafür tragen Sie die Mitverantwortung. Man wird Sie draußen dafür stellen.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Lassen Sie mich noch ein Argument anführen. Wir sind hier in Deutschland die klaren Energiewendema-cher.

(Lachen bei den GRÜNEN)

- Ich warte, bis Sie ausgelacht haben. - Zur Ehrlichkeit gehört eines dazu: Wenn wir die Energiewende schul-tern wollen, wird das nicht nur mit staatlichen Ausga-ben gehen, sondern die Privaten müssen einbezogen werden. Das geht nur, wenn man den Menschen die-ses Geld belässt. Auch aus diesem Grund ist eine Steuersenkung vor dem Hintergrund der kalten Pro-gression absolut geboten.

Ich bin gespannt, ob Sie nun Ihre alten Argumente wiederholen oder sich endlich zu den Tatsachen in dieser Republik bekennen.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Der nächste Redner ist Herr Kollege Halbleib.

Volkmar Halbleib (SPD): Herr Präsident, liebe Kolle-ginnen und Kollegen! Geschätzter Kollege Klein, Ihr Antrag zur Steuerpolitik kommt ganz merkwürdig daher. Er enthält kleinteilige Vorschläge zur Steuer-vereinfachung, statt im Sinne des großen FDP-Mantra tiefgreifende Entlastungen anzustreben. Über Vor- und Nachteile kann man natürlich durchaus streiten. Wer ist denn gegen Steuervereinfachung?

In dem Antrag ist - hört, hört! - von Entlastung der Ar-beitnehmer und der Familien die Rede. Das klingt ganz gut. Dann ist von einer - für die FDP ist das wirk-lich eine vernünftige Formulierung - Begrenzung der finanziellen Auswirkungen von Steueränderungen mit Blick auf die Situation der öffentlichen Haushalte die Rede. Dadurch wird dieser FDP-Antrag ein bisschen merkwürdig.

Bei genauer Betrachtung erkennt man in dieser ver-meintlichen Harmlosigkeit ein ausgesprochenes politi-sches Ärgernis. Der Beitrag des Kollegen Klein zur Begründung des Antrags verstärkt diesen Eindruck.

Was hier stattfindet, Herr Kollege Klein, ist der Aus-weis politischer Scheinheiligkeit. Ihre wohlfeilen Worte passen nicht zu den Taten. Ich meine Ihre Worte, dass die Gesamtbelastung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern reduziert werden müsse. Was haben Sie zum Jahresanfang gemacht? Mehr Brutto vom Netto für Arbeitnehmer - das ist genau das Ge-genteil dessen, was Sie versprochen haben. Verspro-chen haben Sie mehr Netto vom Brutto. Seit dem 1.

Januar dieses Jahres haben Sie das Gegenteil ge-macht. Sie haben nämlich die Sozialversicherungsbei-träge der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer er-höht. Das ist Ihre Politik. Ihr Antrag steht dem fundamental entgegen.

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Herr Kollege Halbleib, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kolle-gen Thalhammer?

Volkmar Halbleib (SPD): Vielleicht zum Ende meiner Rede. - Die Arbeitnehmer zahlen 8,2 % an Sozialver-sicherungsbeiträgen einschließlich Krankenversiche-rung. Die Arbeitgeber zahlen nur 7,3 %. Die Zusatz-belastung summiert sich auf insgesamt 3 Milliarden Euro pro Jahr. Auch die Beiträge zur Arbeitslosenver-sicherung sind gestiegen. Ein Arbeitnehmer mit einem Einkommen von 2.500 Euro im Monat zahlt im Jahr durchschnittlich rund 120 Euro mehr Sozialabgaben, von dem Damoklesschwert der steigenden Zusatzbei-träge ganz abgesehen.

Aber Sie stellen hier einen Antrag auf Anhebung des Arbeitnehmerpauschbetrags, wodurch dem durch-schnittlichen Arbeitnehmer höchstens drei Euro zu-rückgegeben werden. Wenn der um 120 Euro höhe-ren Abgabenbelastung drei Euro pro Monat Steuerentlastung gegenüberstehen, dann ist das keine seriöse Finanz- und Abgabenpolitik, sondern Volksverdummung. Davon haben die Bürgerinnen und Bürger draußen im Lande genug.

(Beifall bei der SPD)

Wo haben Sie sich in Ihrer Steuerpolitik denn um die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gekümmert? Sie haben mit dem Wachstumsbeschleunigungsge-setz Privileg- und Klientelpolitik betrieben. Das war keine Politik für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, sondern für Hoteliers, die wohlhabenden Erben und die Großunternehmen. Das waren Ihre Kernbotschaf-ten. Das war Ihre Kernarbeit in der schwarz-gelben Koalition. Für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitneh-mer haben Sie nichts zustande gebracht. Das ist Fakt; das muss man an dieser Stelle deutlich sagen.

(Beifall bei der SPD)

Ihr Antrag ist ein Ablenkungsmanöver zur Tarnung der eigentlichen steuerpolitischen Absichten. Ihr Ziel ist gar nicht die Entlastung der Arbeitnehmer oder der Abbau unnötiger Bürokratie.

(Jörg Rohde (FDP): Unverschämtheit!)

Sie wollen - dazu sollten Sie sich im Bayerischen Landtag ehrlicherweise bekennen - eine radikale Um-gestaltung unseres Steuersystems erreichen.

(Jörg Rohde (FDP): Richtig!)

Sie fressen auch in diesem Antrag Kreide und sind der Wolf im Schafspelz, weil Sie mit Ihrer bisherigen Steuerpolitik und mit Ihrem bisherigen Parteivorsitzenden, der diese Steuerpolitik permanent in den Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion gestellt hat, absoluten politischen Schiffbruch erlitten haben.

Aber die Tarnung Ihrer Steuerpolitik wird Ihnen nicht helfen. Die FDP ist weiterhin eine politische Vertretung radikaler Steuermodelle. Sie sind im Bayerischen Landtag die Vertretung Paul Kirchhofs. Der Name Paul Kirchhof steht dafür: Besserverdienende und Wohlhabende zahlen weniger Steuern, und die Arbeitnehmer zahlen mehr. Aber das ist mit uns nicht zu machen.

(Beifall bei der SPD)

Sie hinterlassen völlige Unklarheit bei der finanzpolitischen Gretchenfrage: Wollen Sie Steuersenkungen großen Umfangs auf Pump finanzieren? Wenn Sie nicht auf uns hören, Herr Kollege Klein - das sei Ihnen ja zugestanden -, dann hören Sie wenigstens auf den Präsidenten der Deutschen Bundesbank, der ganz klar sagt: Diese Art von Steuerpolitik ist nicht zielführend. Von dieser Art Steuerpolitik sollten wir Abstand nehmen. Sie sollten einmal nachlesen, was der Präsident Ihnen ins steuerpolitische Lehrbuch schreibt, wenn Sie uns schon nicht vertrauen.

(Beifall bei der SPD)

Zu den einzelnen inhaltlichen Punkten nehme ich kurz Stellung. Durch den Arbeitnehmerpauschbetrag haben nur 1,6 % der Steuerpflichtigen weniger Bürokratieaufwand. Die Auskunft- und Gebührenpflicht sind keine echten Vereinfachungen; das ist ganz klar. In der Behandlung der Kinderbetreuungskosten, so wie Sie es vorschlagen und es die schwarz-gelbe Bundesregierung will, sind steuersystematische Brüche.

Mit uns ist auch nicht zu machen, dass privilegiert wird, wenn Söhne reicher Eltern zukünftig Kapitaleinkünfte ohne Probleme sozusagen abschreiben können. Demgegenüber wollen Sie, dass Kinder armer Eltern Beschränkungen beim Zuverdienst haben. Auch das ist mit uns nicht zu machen.

Wir wollen eine solide Finanzpolitik an die Stelle unseriöser Steuerversprechen setzen. Sie sollten sich endlich von Ihrer unseriösen Steuerpolitik verabschieden. Versprechen haben die Bürger satt.

Gegen eine Steuerpolitik als politische Stützungsmaßnahme - so kommt es einem ja wirklich vor - für das

Überleben der FDP und einer maroden schwarz-gelben Koalition wehren wir uns. Derartiges hat im Bayerischen Landtag nichts zu suchen.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Herr Kollege Kirschner hat sich zu einer Intervention gemeldet.

Dr. Franz Xavier Kirschner (FDP): Lieber Kollege Halbleib, ich könnte jetzt ein Korreferat über drei Stunden halten, um Sie zu überzeugen, dass Sie die Dinge sehr oberflächlich angeschnitten haben. Aber darüber können wir einmal ein Vieraugengespräch führen.

Ich beschränke mich jetzt auf drei Dinge: Was die Sozialversicherungsbeiträge betrifft, so wissen Sie, dass die demografische Entwicklung eine wesentliche Rolle spielt. Wenn Sie meiner diesbezüglichen Auffassung nicht folgen, sagen Sie es bitte. Die Belastung durch den Gesundheitsfonds hat wesentlich dazu beigetragen, dass wir hier nachsteuern müssen.

Was die Erbschaftsteuer betrifft, hätten die Vorstellungen der SPD zu einer massiven Belastung von Betrieben und damit auch von Arbeitnehmern geführt. Da haben wir nachkorrigiert und gegengesteuert.

Der dritte Punkt, und damit komme ich zu einem Thema, über das ich mich maßlos ärgere. Es ist die verbindliche Auskunft. Der Staat hat die Pflicht, Steuergesetze zu erlassen, mit denen der Bürger etwas anfangen kann. In den letzten 30 Jahren hatten wir eine ungeheure Rechtsunsicherheit, weil der Staat nicht in der Lage war, ordentliche Gesetze zu erlassen. Damit der Bürger Rechtssicherheit bekommt, muss er beim Finanzamt Auskünfte einholen und für ein verbindliches Nein der Steuerverwaltung bis zu 95.000 Euro Auskunftsgebühren bezahlen.

(Beifall bei der FDP)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Herr Halbleib, bitte.

Volkmar Halbleib (SPD): Danke schön, Herr Kollege Kirschner, für Ihre Bestätigung, dass die FDP das, was sie propagiert hat - mehr Netto vom Brutto -, in ihrer Regierungspolitik bislang nicht eingehalten hat.

(Jörg Rohde (FDP): Dazu mussten wir erst den Haushalt konsolidieren!)

Im Gegenteil, Sie haben die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer belastet. Danke schön für diese Bestätigung.

Zu den vielfältigen Steuervereinfachungen. Im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens gab es im Deutschen Bundestag eine Anhörung. Die Auffassung vieler Fachleute war, dass viele Vorschläge - der Kollege Klein hat sie genannt, es waren 30 oder 32 an der Zahl - die Überschrift "Vereinfachung" zu Unrecht tragen und zum Teil sogar zu Verkomplizierungen führen. Bei der Auskunftspflicht widerspreche ich Ihnen nicht grundsätzlich. Ich sage nur: Wenn Sie das zu einem entscheidenden Punkt der Entlastung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer machen und es als einen Punkt unter vier Spiegelstrichen aufführen, dann geht es völlig an der Dimension dieser Frage vorbei.

(Jörg Rohde (FDP): Das ist nicht der entscheidende Punkt!)

Sie sollten sich auf die Schwerpunkte konzentrieren, Ihre Steuerpolitik ändern und mehr für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und weniger für Ihre Klientel tun. Ich bin dem Kollegen Barfuß ausdrücklich dafür dankbar, dass er das Steuergeschenk für die Hoteliers als solches auch bezeichnet und es als Fehlentscheidung eingeschätzt hat.

(Jörg Rohde (FDP): Das war Ihr Wunsch, wenn Sie sich erinnern!)

Das hat Kollege Barfuß heute im Landtag gesagt, und insofern darf ich mich für die Zwischenfrage bedanken.

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Bei dieser Gelegenheit darf ich Sie darauf aufmerksam machen, dass die Fraktion der FDP zu ihrem Dringlichkeitsantrag namentliche Abstimmung beantragt hat. Sie wird nach der Aussprache stattfinden.

In dem Zusammenhang gebe ich das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Bause, Dr. Runge, Gote und anderer und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), der Abgeordneten Rinderspacher, Pfaffmann, Steiger und anderer und Fraktion (SPD) sowie der Abgeordneten Aiwanger, Streibl, Prof. Dr. Bauer und anderer und Fraktion (FREIE WÄHLER) zur Finanzierung von Altenpflegeschulen, Drucksache 16/9255, bekannt. Mit Ja haben 69 Mitglieder des Hauses gestimmt, mit Nein 88. Es gab eine Stimmenthaltung. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Wir fahren in der Aussprache fort. Ich rufe Herrn Kollegen Graf Lerchenfeld als nächsten Redner auf.

Philipp Graf von und zu Lerchenfeld (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, Hohes Haus! Am Freitag, dem 22. Juli 2011, werden wir in Köfering eine Theatergruppe aus England zu Gast haben, die ein Stück von William Shakespeare aufführt: Much ado about nothing. Auf Deutsch: Viel Lärm um nichts.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU - Widerspruch bei Abgeordneten der FDP)

Ich lade Sie sehr, sehr herzlich ein, sich dieses Theaterstück bei uns anzusehen. Vielleicht können Sie daran erkennen, wie unsinnig manche Dringlichkeitsanträge sind, die wir heute hier behandeln.

Gleich zu Anfang möchte ich zu Recht feststellen, dass wir dem Antrag unserer hoch geschätzten Koalitionskollegen der FDP selbstverständlich zustimmen werden.

(Markus Rinderspacher (SPD): Also Leute!)

Mit dem Antrag unserer Kollegen wird die Bayerische Staatsregierung dazu aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass die vom Bundestag beschlossenen Maßnahmen zur Steuervereinfachung unterstützt werden - ein löbliches Ansinnen. Das ist zu begrüßen, aber es wird für die Bayerische Staatsregierung wahrscheinlich sehr schwierig sein, nachdem der Bundesrat dieses Gesetzesvorhaben abgelehnt hat und auch nicht zugelassen hat, dass es in den Vermittlungsausschuss kommt. Dieser vernünftige Vereinfachungsvorschlag zur Steuerpolitik ist somit leider Gottes zum Scheitern verurteilt worden.

Die Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat zeigen ganz deutlich, wie sich in Zukunft die politischen Verhältnisse in Deutschland darstellen werden. Meine lieben geschätzten Kolleginnen und Kollegen, ich muss ehrlich sagen, das macht mir Sorge. Wir haben so etwas schon einmal zu Zeiten Ihres damaligen großartigen Vorsitzenden Lafontaine erlebt, der mit einer totalen Blockade auch die vernünftigsten Gesetzesvorhaben verhindert hat. Dieser unheiligen Koalition von Ländern, die von Linken und der SPD oder von Rot-Grün regiert werden, geht es nicht um vernünftige Lösungen für Deutschland und die deutschen Bürger, sondern ausschließlich um Blockaden.

(Beifall bei der CSU)

Der Antrag der FDP ist auch Auslöser für einen nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der SPD, dessen Konsequenzen aber gar nicht mehr nachvollziehbar sind. Bei diesem Antrag handelt es sich um ein Sammelsurium verschiedener ungeordneter Gedanken zur Steuerpolitik ohne wirkliche Substanz und ohne echte Ideen. Der Antrag der SPD ist lang und umfangreich.

Das ist aber schon das Einzige, was ich ihm zugestehen kann.

Im fünften Punkt Ihres Antrags sprechen Sie sich für eine Steuervereinfachung aus, die gerade den Beziehern kleinerer Einkommen helfen würde. Gleichzeitig lehnen Sie aber alle Maßnahmen zur Vereinfachung ab, weil Sie sagen, es müsse alles unterlassen werden, was die Höhe des Steueraufkommens reduziere. Eine Steuervereinfachung durch die Erhöhung des Arbeitnehmerpauschbetrages um nur lächerliche 80 Euro lehnen Sie im Bundesrat ab. Die Kinderfreibeträge lehnen Sie im Bundesrat ab. Die Beschränkung der Gebührenpflicht für verbindliche Auskünfte lehnen Sie im Bundesrat ab. Die Bereitstellung eines vorausgefüllten Steuererklärungsentwurfs lehnen Sie im Bundesrat ab. Gleichzeitig fordern Sie aber die Staatsregierung auf, Maßnahmen zu initiieren und zu unterstützen, die wirkliche Erleichterungen für die Bürgerinnen und Bürger bedeuten, so zum Beispiel die angemessene Anpassung von Pauschbeträgen und Kinderfreibeträgen sowie die von den Länderfinanzministern geforderte vorausgefüllte Steuererklärung.

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Halbleib?

Philipp Graf von und zu Lerchenfeld (CSU): Nein, Herr Kollege Halbleib kann gerne nachher reden, wenn er möchte.

Was wollen Sie eigentlich? Im Bundesrat lehnen Sie vernünftige Vorhaben ab, und hier im Landtag fordern Sie die Staatsregierung auf, genau diese Maßnahmen zu ergreifen. Das zeigt die ganze Konsequenz Ihrer Politik. Sie sind konsequent im Nichthandeln. Ich sage Ihnen nur, wie ich es Ihnen schon eingangs gesagt habe: Viel Lärm um nichts.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Aus der Zwischenfrage ist eine Zwischenbemerkung geworden, wenn Sie möchten, Herr Kollege Halbleib.

Volkmar Halbleib (SPD): Geschätzter Herr Kollege Graf von und zu Lerchenfeld, ich wundere mich schon, dass Sie die CDU-Ministerpräsidenten mittlerweile in die Kategorie der linksorientierten Ministerpräsidenten einordnen. Die Steuerkonzeption, die Schwarz-Gelb für den Zeitraum ab dem 1. Januar 2013 auf den Weg gebracht hat, ist nicht nur bei den SPD-regierten Ländern, sondern auch und gerade bei den CDU-regierten Ländern auf massiven Widerstand gestoßen. Das sollten Sie zumindest zur Kenntnis nehmen und vielleicht darüber nachdenken, ob die Plattitüden, die Sie hier im politischen Angriff vortragen, gerechtfertigt sind.

(Beifall bei der SPD)

Der zweite Punkt. Wenn Sie den Antrag richtig gelesen hätten, hätten Sie festgestellt - zum Schluss haben Sie es auch gesagt -, dass wir für vernünftige Lösungen beim Arbeitnehmerpauschbetrag und bei den Kinderfreibeträgen sind. Sie können sich aber nicht als Partei darstellen, die für die Entlastung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eintritt, wenn Sie im gleichen Jahr die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer massiv belasten. Das passt nicht zusammen. Das kritisieren wir. Die Erhöhung des Arbeitnehmerpauschbetrags wirkt sich mit drei Euro pro Monat aus. Im Gegenzug werden die Arbeitnehmer aber um 120 Euro mehr belastet. Diese falsche Kombination und diese Scheinheiligkeit regen uns auf. Wir wollen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer entlasten. Sie wollen es nicht. Sie verteilen Placebos, von denen Sie meinen, dass sie politisch gut ankommen. Das Gegenteil ist aber leider der Fall.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Graf von und zu Lerchenfeld, bitte.

Philipp Graf von und zu Lerchenfeld (CSU): Herr Kollege Halbleib, wenn Sie die Bundesratsprotokolle lesen, sehen Sie sehr deutlich, wie dort abgestimmt worden ist. Es gab eine einheitliche Front der A-Länder, die B-Länder haben geschlossen für das Vorhaben der Bundesregierung gestimmt. Mehr kann ich dazu nicht sagen. Dass Ihre Einlassung, Sie würden die Arbeitnehmer so gut vertreten, nicht stimmt, können Sie, glaube ich, am besten selbst erklären.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Der nächste Redner ist Herr Kollege Pointner.

Mannfred Pointner (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Graf von und zu Lerchenfeld, vielen Dank, dass Sie mir die Worte hinsichtlich der unsinnigen Anträge schon aus dem Mund genommen haben. Ich gehe davon aus, dass Sie den FDP-Antrag meinen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der SPD und den GRÜNEN)

Meiner Meinung nach ist der Antrag überflüssig und unsinnig. Hätten wir den Antrag gestellt, hätten Sie ihn genau aus diesem Grunde abgelehnt. Fakt ist, dass das Steuervereinfachungsgesetz, das im Finanzausschuss des Bundesrats gescheitert ist, im Bundestag beschlossen wurde. Jetzt muss eine Lösung gefunden werden. Meines Wissens besteht das

Problem darin, dass das Steuervereinfachungsgesetz die Möglichkeit einer zweijährigen Steuererklärung enthält. Das halten wir für bürokratisch und überflüssig. Man sollte sich darauf einigen, diesen Punkt herauszunehmen. In diesem Falle wird die Zustimmung zu diesem Steuervereinfachungsgesetz möglich sein. Das ist mit den Vertretern im Bundesrat vereinbart worden.

Zum Antrag der FDP im Einzelnen: Selbstverständlich können wir den vier Punkten, die Sie in Ihrem Antrag explizit genannt haben, zustimmen. Zwar ist Ihr Antrag nicht der große Wurf - ganz klar -, aber die einzelnen Punkte kann man akzeptieren. Die Entlastungen oder Mindereinnahmen in Höhe von 588 Millionen Euro - das wurde so errechnet - sind zu schultern. Die Steuervereinfachung wird der Bund alleine tragen und nicht auf die Länder und Kommunen übertragen. Das Problem steckt jedoch im Detail. Mit den Worten "unter anderem" in Ihrem Antrag schließen Sie die zweijährige Steuererklärung ein. Das können wir nicht akzeptieren. Da der Antrag unsinnig und überflüssig ist, werden wir ihn ablehnen.

Wir hätten uns noch weitere Vereinfachungen gewünscht, beispielsweise die Anhebung des Behindertenpauschbetrags. Dies würde den bürokratischen Aufwand erleichtern. Ihrem Antrag können wir nicht zustimmen, auch wenn wir bis auf eine Ausnahme inhaltlich mit diesem Antrag einverstanden sind.

Der nachgezogene Dringlichkeitsantrag der SPD hat mit dem Dringlichkeitsantrag der FDP nicht viel zu tun. Hier wird ein ganz anderes Feld beackert. Es geht um die gesamte politische Auseinandersetzung der letzten Wochen und die Steuerpolitik im Allgemeinen. Im Punkt fünf des Antrages der SPD wird auf den Dringlichkeitsantrag der FDP eingegangen. Herr Halbleib, Sie sagten, Sie stimmten dem Antrag zu, wenn nicht einige Punkte enthalten wären, die ich auch gerade angesprochen habe. Die Punkte eins bis vier enthalten richtige Ansätze. Es ist nicht möglich, Steuerermäßigungen zu erlassen, solange der Bund, ein Großteil der Länder und die Kommunen neue Schulden machen müssen, und zwar erhebliche. Wenn der Bund im nächsten Jahr Schulden in Höhe von 27,4 Milliarden Euro macht, haben wir keine großen Spielräume. Das muss man so feststellen. Wir wollen nicht immer tiefer in den Schuldenstaat gleiten. Aktuell können wir anhand anderer Länder sehen, wie weit eine Verschuldung gehen kann. Möglicherweise werden wir noch erheblich belastet.

In Punkt eins des Antrags der SPD stört mich der Begriff "Steuer Geschenk". Eine steuerliche Entlastung ist kein Geschenk für den Bürger. Stattdessen wird den Bürgern etwas weniger weggenommen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der FDP)

Es handelt sich um ein Geschenk, wenn eine Klientel bedient wird. Im Hinblick auf die Frage der Gerechtigkeit handelt es sich nicht um ein Geschenk.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, Sie haben komplizierte Sachverhalte in Ihren Dringlichkeitsantrag aufgenommen. Nun sollen wir in fünf, drei oder zwei Minuten abhandeln, worüber Bund und Länder Stunden, Tage und Wochen diskutiert haben. Das ist völlig unmöglich. Eigentlich kann man nur mit Stichworten arbeiten.

Punkt zwei Ihres Antrags geht auch in die richtige Richtung. Allerdings ist mir der Punkt zu radikal und zu absolut. Beispielsweise könnte der vorher genannte Behindertenpauschbetrag erhöht werden. Die kalte Progression ist ebenfalls ein Thema. Das ist ganz klar. Eine Rückführung wäre wünschenswert, da die kalte Progression eine heimliche Steuererhöhung und der Abbau keine Steuerminderung darstellt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dafür müssen jedoch die Spielräume in Form einer geeigneten Gegenfinanzierung vorhanden sein. Momentan sehe ich diese Spielräume nicht; es sei denn man ginge nur sehr maßvoll an die kalte Progression heran.

In Punkt vier haben Sie die paritätische Belastung angesprochen. Jedoch haben Sie die Senkung der Sozialabgaben nur sehr allgemein angesprochen. Eigentlich ist das inkonsequent. Grundsätzlich gilt für Sozialabgaben das Gleiche wie für Steuereinnahmen: Sie dienen der Deckung der Ausgaben. Wenn Sie die Sozialabgaben senken wollen, beispielsweise durch höhere Beiträge der Arbeitgeber, müssten Sie auch die Ausgaben senken.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Momentan ist es schlicht und einfach so, dass bei der Kranken-, Arbeitslosen- und Pflegeversicherung keine Spielräume vorhanden sind. Die machen alle Verluste. Eine Senkung der Beiträge wäre nur für die Rentenversicherung möglich. Kraft Gesetzes sind jedoch schon Kürzungen vorgesehen. Ihrem Antrag können wir, obwohl er in vielen Teilen unseren Zielen entspricht, nicht zustimmen. Wir werden ihn ablehnen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Der nächste Redner ist Herr Hallitzky.

Eike Hallitzky (GRÜNE): Hohes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Selbstmord ist nicht strafbar. In Deutschland führt der Versuch jedoch in der Regel zu umfassenden therapeutischen Bemühungen. Liebe Freundinnen und Freunde von der FDP, bitte sehen Sie meine Bemerkungen zu Ihrem in geradezu selbstzerstörerischer Sucht vorgebeteten Steuersenkungs-Mantra nicht nur als Information darüber, dass Ihr fiskalisches Wunschdenken an der finanzpolitischen und finanziellen Wirklichkeit dieses Staates zerschellt, sondern auch als liebevoll-fürsorglichen Versuch, meine Parlamentskollegen der FDP von der Sucht ihrer Chefideologen zu therapieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ihre Sucht ist selbstzerstörerisch. Mittlerweile müssten Sie das auch selbst erkennen können. Fragen Sie doch einfach beim Kollegen Huber nach, der laut "Abendzeitung" von Ihrer Neverending-Story dermaßen genervt ist, dass es ihn auf die Palme gebracht hat. Offensichtlich sitzt er heute noch ganz verschreckt oben.

Werfen Sie einfach mal einen fröhlichen und gelassenen Blick auf die Wahlumfragen. Nehmen Sie zur Kenntnis, was die Bevölkerung von der Realitätstauglichkeit Ihrer Steuersenkungsversprechen hält - nämlich nichts. Warum wollen die Bürgerinnen und Bürger denn Ihre Steuergeschenke nicht? Sie wollen sie nicht, weil die Menschen im Lande wissen, dass es Danaergeschenke sind, FDP-Trojaner, deren Annahme ihre eigene Zukunft zerstört.

Bund, Länder und Kommunen haben einen Schuldenstand von rund 2 Billionen Euro; das sind rund 25.000 Euro pro Person, von der Wiege bis zur Bahre. Hinzu kommt eine gewaltige implizite Verschuldung. Ich nenne nur das Problem der Pensionsansprüche von Beamtinnen und Beamten. Entgegen der fast schon verzweifelten Warnungen des ORH verzichten Sie wie jedes Jahr auf Erhaltungsinvestitionen in die bestehende Infrastruktur Bayerns. In den meisten Bundesländern, in Ihren Kommunen und im Bund wachsen die Schulden weiter. Allein im Bund wachsen die Schulden im kommenden Jahr um rund 30 Milliarden Euro - wohlgemerkt bei brummender Konjunktur, in einer Phase, in der die Schulden eigentlich verringert werden müssten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP, diese finanzielle Lage kennen die Bürgerinnen und Bürger. Deswegen fragen sie sich, bevor sie Ihre vergifteten FDP-Geschenke annehmen, völlig zu Recht: Wer soll denn die Bildungs- und Integrationsaufgaben in Bayern finanzieren? Wer soll denn die Energiewende in den Kommunen bezahlen? Wer soll denn die Infra-

strukturen erhalten oder gar jene neu schaffen, die vor Ort originellerweise gerade von der FDP ständig populistisch gefordert werden? Wer soll die hohen Milliardenrisiken abdecken? Ich rede nicht von der Rückführung der Schulden wegen der BayernLB, die Sie auch immer fordern. Wie sollen die hohen Milliardenrisiken abgedeckt werden, die in den öffentlichen Haushalten durch den EU-Rettungsschirm entstanden sind?

Von der Palme herunter - ich grüße Sie, Herr Huber.

Wie soll die ökologische und soziale Balance in Deutschland gewahrt werden? Wie soll dies alles möglich sein, wenn Sie dem Staat das notwendige Geld wegnehmen?

Das fragen sich die Bürgerinnen und Bürger in diesem Land. Sie kommen zu einem klaren Ergebnis: Für Steuergeschenke ist kein Geld da - nicht ein Cent, liebe FDP. Deshalb werden die GRÜNEN auch im Sinne der Bürgerinnen und Bürger handeln und selbstverständlich Ihren Dringlichkeitsantrag ablehnen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Hinter dem, was Sie, die Wirklichkeit verhüllend, Steuervereinfachung nennen, stecken in Wirklichkeit eben nicht nur Steuervereinfachungsgedanken wie die durchaus sinnvolle Bereitstellung eines vorausgefüllten Steuererklärungsentwurfes, sondern auch Steuererleichterungen, die nicht gegenfinanziert sind. Das Problem ist nicht - das will ich an dieser Stelle noch einmal ausdrücklich betonen -, dass manches von den Spiegelstrich-Kaskaden, die die Bundesregierung in ihrem Gesetzentwurf vorlegt, per se sinnvoll ist. Natürlich gibt es auch darüber hinaus noch einen erheblichen Diskussionsbedarf. Angesprochen wurde bereits die kalte Progression im sogenannten Mittelstandsbauch oder die hohen Belastungen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit Sozialabgaben.

Das elementare Problem, das Sie aber ständig ignorieren, ist, dass all diese schönen Maßnahmen zu Mindereinnahmen des Staates führen, für die nirgendwo auch nur ein winziges Spielräumchen besteht. Wer auf der einen Seite Steuererleichterungen beschließen will, der muss auf der anderen Seite bei Besserverdienenden, beim Vermögen, bei Erbschaften, bei Schenkungen oder wo auch immer - darüber können wir uns unterhalten - eine Gegenfinanzierung bieten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wer sich einer Gegenfinanzierung verweigert, sei es aus Klientelgründen, sei es aus ideologischen Gründen, sei es aus einer beschränkten Einsicht - das lassen wir jetzt dahingestellt sein -, wird von den Menschen in diesem Land mit Recht abgestraft. In der Begründung Ihres Antrags versuchen Sie dieses elementare Problem notdürftig zu kaschieren, indem sie behaupten - ich finde es jetzt nicht genau; die Begründung lautet ungefähr so -, dass auf der einen Seite zwar eine deutliche Verringerung der Gesamtbelastung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die Folge wäre, dies auf der anderen Seite aber alles nur begrenzte und verkraftbare Haushaltswirkung hätte. Wenn man sich aber ansieht, was tatsächlich gefordert wird, stellt man fest, dass die Haushaltswirkung bei weit über 300 Millionen Euro liegt. Das ist eine ganze Stange Geld. Wenn Sie die 80 Euro Arbeitnehmerpauschbetragserhöhung umrechnen, kommen Sie auf zwei Euro im Monat. Zwei Euro im Monat, ist das, wie Sie es genannt haben, deutliche Verringerung der Gesamtbelastung? Mit Ihrer Begründung machen Sie sich auch noch lächerlich.

Lieber Kollege Klein, Sie sind eigentlich ein politisches Talent. Sie sollten dieses Talent nicht vergeuden, indem Sie immer nur die eine Rolle spielen, die von den Menschen in diesem Land mit Recht als unredlich und billig bewertet wird. Merken Sie sich bitte: Erstens. Es ist kein Cent da, auf den der Staat verzichten kann. Zweitens. Stellen Sie deshalb nie mehr einen Steuersenkungsantrag ohne Gegenfinanzierung. Drittens. Lassen Sie die Hände von Anträgen über - Graf von und zu Lerchenfeld hat es wunderbar formuliert - "Much ado about nothing", die also viel Lärm um nichts machen. Lassen Sie sich in diesem Sinne, damit diese marginal relevanten Anträge nicht auch zu einer Marginalisierung Ihrer selbst führen, endlich von uns therapieren.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Sie haben schon bemerkt, dass sich Herr Klein zu einer Zwischenbemerkung gemeldet hat. Bitte schön, Herr Kollege Klein.

Karsten Klein (FDP): Herr Kollege Hallitzky, vielen Dank für die therapeutischen Empfehlungen. Ich will aber eines festhalten, damit wir nicht über verschiedene Sachen sprechen: Wir reden hier über nicht eingeplante Steuermehreinnahmen, die wir den Bürgerinnen und Bürgern zum Teil zurückgeben möchten. Ich möchte aus der Debatte eines festhalten: Es gibt auf der anderen Seite dieses Hauses keinen, der die kalte Progression bekämpfen will. Dies wird dazu führen, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer am

Ende des Jahres real weniger in der Tasche haben als am Anfang des Jahres. Das haben Sie mit ihrer Blockade-Politik im Bundesrat und auch in diesem Haus zu verantworten. Das möchte ich hier festhalten.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Bitte schön, Herr Kollege Hallitzky.

Eike Hallitzky (GRÜNE): Geschätzter Herr Kollege Klein, ich habe das Gefühl - das ist bei Therapien aber oft so -, dass es bei Ihnen eine Langzeittherapie sein muss. Die Steuermehreinnahmen werden dazu führen, dass die Verluste bzw. Defizite im Bundeshaushalt von 40 Milliarden Euro auf 30 Milliarden Euro sinken. Das sind aber Verluste; es sind Verluste in einer Situation, es ist ein weiterer Schuldenaufbau in einer Situation, in der die Wirtschaft brummt, in der wir die letzte Krise abarbeiten und für die nächste Krise Geld zurücklegen müssten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In dieser Situation ist das, was Sie sagen, nicht wirklichkeitstauglich. Wenn Sie jetzt in der Defizitlage weitere Defizite provozieren - das ist nicht zu statisch, wie Herr Fahrenschon immer ganz gerne sagt -, werden Sie als Ergebnis haben - das folgt aus der Geschichte und aus der Erfahrung im Umgang mit Defiziten -, dass die finanzielle Lage von Bund, Ländern und Kommunen in Ihrer Schuld immer dramatischer wird. Da gehen wir nicht mit.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Im Rahmen der Aussprache erteile ich jetzt Herrn Staatsminister Fahrenschon das Wort. Bitte schön, Herr Staatsminister.

Staatsminister Georg Fahrenschon (Finanzministerium): Herr Präsident, ein herzliches Grüß Gott und guten Morgen, verehrte Damen und Herren, liebe Kollegen! Herr Pointner, ich will mich zunächst ganz herzlich für Ihre sehr nüchterne, aber zutreffende Einlassung bedanken, weil Sie mir die Hoffnung gibt, dass wir uns gemeinsam mit der Fraktion der FREIEN WÄHLER heute noch einmal ganz ruhig den Vorgängen im aktuellen Gesetzgebungsverfahren zum Steuervereinfachungsgesetz 2011 widmen können und zu einer guten Beschlusslage kommen. Ich gebe ehrlich zu: Mir sind die 13 Vorschläge, die die Länderfinanzminister fraktions- und parteiübergreifend im letzten Jahr erarbeitet haben, wichtig, weil wir, lieber Herr Halbleib, immer darum ringen, wie wir mit dem Personal und Potenzial in unserer Steuerverwaltung Verbesserungen in diese Bereiche bringen können, damit

wir - daran haben Sie und ich, SPD, FDP, CSU, FREIE WÄHLER und auch die GRÜNEN Interesse - mit einer effizienten Steuerverwaltung zu guten Ergebnissen kommen. Deshalb, lieber Herr Halbleib, will ich an der Stelle sagen: Ich operiere auf der Basis von gemeinsam gefundenen Vorschlägen der Länderfinanzminister, erarbeitet mit Ihrem Kollegen Kühl unter Einbeziehung, lieber Herr Hallitzky, von Frau Kollegin Linnert, Bremen. Ich muss sagen: Ich bin über die Abstimmung am letzten Freitag enttäuscht.

Ich glaube auch nicht, dass es Sinn macht, die Diskussion hinter großen blumigen Generaldebatten zu verstecken. Herr Halbleib, wenn wir eine steuerpolitische Generaldebatte führen würden, müsste ich feststellen, dass sich die SPD-Landtagsfraktion nicht an die Beschlüsse des eigenen Parteitags hält. In Ihrem Antrag fehlt die Forderung nach einer Vermögensteuer - sie fehlt. Entweder sind Sie nicht auf der Höhe der Zeit, oder Sie wollen mit Ihrem Antrag dem SPD-Landesvorsitzenden schaden, weil Sie seine eigene Initiative nicht übernehmen.

(Beifall bei der CSU)

Es kann aber auch sein - das wäre das Interessanteste -, dass Sie gegen die Einführung der Vermögensteuer sind. Dann würden Sie von mir hier Applaus erhalten, weil das der richtige Ansatz ist, lieber Herr Halbleib.

(Beifall bei der CSU)

Wo sind Ihre steuerpolitischen Vorschläge? Der Antrag, den Sie jetzt nachgezogen haben, kann es nicht sein; er ist das Papier nicht wert, auf dem wir ihn leider haben verteilen müssen.

(Beifall bei der CSU)

Deshalb zu den Fakten. Das Steuervereinfachungsgesetz, lieber Herr Hallitzky, setzt sich mit einem Steuervolumen von 585 Millionen Euro auseinander. Mit der Frage nach weiteren Konsolidierungsbemühungen hat dies nichts zu tun. Das hat vor allen Dingen etwas damit zu tun, dass die Länderfinanzminister 13 ganz konkrete Vorschläge gemacht haben. Dann hat die Koalition in Berlin aus CSU, CDU und FDP diese fachlichen Vorschläge übernommen und ist sogar so weit gegangen als Bundesregierung zu sagen: Weil wir an einer Verbesserung im Steuerverwaltungsverfahren interessiert sind, übernimmt der Bund die kompletten Kosten. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das wäre ein Schritt nach vorne gewesen, zugegeben kleinteilig. Der Bund würde fast 600 Millionen Euro Steuerausfälle pro Jahr übernehmen, und wir kommen in unserem Steuerrecht weiter. Wer nicht zustimmt, sind SPD und GRÜNE. Das ist

ein bitterer Schlag, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir werden an dieser Stelle Ross und Reiter nennen. Es ist schon gesagt worden: Das trägt schon ein wenig den Anstrich, dass sich wieder eine Politik aufbaut, die wir schon kennen. Das war Blockade Marke Lafontaine. Ich kann dazu nur sagen: So stellen wir uns kluge, auf die Zukunft gerichtete Steuerpolitik nicht vor. Sie sollten sich gut überlegen, ob Sie zu diesem alten und am Ende verheerenden Instrumentenkasten greifen. Er gehört nicht zur Politik von heute.

(Beifall bei der CSU - Zuruf von der SPD: Das sind doch alles alte Kamellen!)

- Nein, das ist ganz konkret. Der Arbeitnehmerpauschbetrag wird nur maßvoll erhöht. Das ist aber ein richtiger und wichtiger Einstieg; denn wenn wir der Zettelwirtschaft gemeinsam den Kampf ansagen wollen, brauchen wir höhere Pauschalen. Deshalb sage ich Ihnen hier und heute: Hohe Pauschalen sind der einzige Weg. Machen Sie mit oder machen Sie nicht mit. Erklären Sie sich heute und lassen Sie Ihre Spielereien.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Als Beispiel die Anlage Kind: Alle, die schon einmal die drei Seiten der "Anlage Kind" ausgefüllt haben, wissen, was da alles abgefragt wird. Wir können das einmal durchdeklinieren. Wenn wir uns nicht zu höheren Pauschalen durchringen, müssen wir über drei Seiten hinweg auf die Berücksichtigung des volljährigen Kindes unter Berücksichtigung von sieben unterschiedlichen Einkunftsarten eingehen. Wir müssen abfragen, ob die Kinder im Berücksichtigungszeitraum sind oder ob es auswärtige Unterbringungen gibt. Wir müssen die Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung abfragen, wir müssen die Übertragung des Kinderfreibetrags abfragen, wir müssen den Entlassungsbetrag für Alleinerziehende abfragen, wir müssen den Freibetrag für den Sonderbedarf bei der Ausbildung eines Kindes abfragen, wir müssen das Schulgeld abfragen und wir müssen die Übertragung der Behinderten- und Hinterbliebenen-Pauschbeträge abfragen.

(Alexander König (CSU): Herr Minister, das ist das Ergebnis des Gerechtigkeitsplans!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, im deutschen Steuerrecht muss zu viel abgefragt werden. Wir brauchen mehr Pauschalen und müssen uns auch trauen, Dinge wieder herauszunehmen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Herr Dr. Wengert, wir können uns auch über die Wirtschaftspolitik unterhalten. Das Steuervereinfachungsgesetz 2011 brachte für das Hochtechnikland Deutschland den Vorschlag, elektronische Rechnungen der Papierrechnung umsatzsteuerlich gleichzustellen. Wann, wenn nicht jetzt, wollen wir endlich in der Steuerverwaltung mit elektronischen Rechnungen so umgehen wie mit Papierrechnungen? Meine sehr verehrten Damen und Herren von der SPD und von den GRÜNEN, dass Sie hier nicht mitgehen, ist ein falsches Signal. Sie sollten sich Ihre Abstimmung an dieser Stelle gut überlegen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Herr Staatsminister, gestatten Sie eine Zwischenfrage? Bitte schön, Herr Kollege Mütze.

Thomas Mütze (GRÜNE): Herr Staatsminister, Sie haben jetzt viele Beispiele genannt, wie man das Steuerrecht vielleicht einfacher machen könnte. Herr Professor Dr. Kirchhof hat vor Kurzem auch sehr viele Vorschläge zur Vereinfachung des Steuerrechts gebracht. Aus dem bayerischen Finanzministerium wurde hierzu erklärt, diese Vereinfachungen seien nicht zielführend, man könnte das so nicht machen. Herr Minister, jetzt müssen Sie uns das erklären. Was sollen wir machen? Vereinfachen wir das Steuerrecht oder vereinfachen wir es nicht? Es wäre doch angebracht, dass Sie mit einer Zunge sprechen und uns erklären, wo das Steuerrecht vereinfacht werden soll und wie Sie die Umsetzung dieser Vorschläge erreichen wollen. Das würde uns in diesem Hause sehr interessieren.

(Alexander König (CSU): Herr Professor Dr. Kirchhof will einen Systemwechsel!)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Bitte schön, Herr Staatsminister.

Staatsminister Georg Fahrenschon (Finanzministerium): Vielen Dank für Ihre Frage, gibt sie mir doch noch einmal die Möglichkeit, Ihnen zu sagen, welche Abstimmung ich mir heute wünschen würde.

Die Grundlage sind 13 Vorschläge aller Länderfinanzminister und das Angebot des Bundes, die Steuerausfälle, die mit diesen 13 Vorschlägen verbunden sind, alleine zu tragen. Ich spreche heute nicht über Prof. Kirchhof; denn er steht nicht zur Abstimmung. Ich spreche heute über unsere Grundhaltung zum Steuervereinfachungsgesetz 2011. Es enthält 13 konkrete Vorschläge, die zusammen mit Ihrer Kollegin Linnert und Ihrem Kollegen Kühl mit den Kolleginnen und Kol-

legen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion erarbeitet worden sind. Für die Unternehmen sind diese Vorschläge mit einer Entlastung von Bürokratiekosten in Höhe von 4 Milliarden Euro verbunden.

Ich bedanke mich bei der FDP, dass sie von dem Vorschlag der zweijährigen Einkommensteuererklärung Abstand genommen hat, weil damit ein Mehraufwand verbunden gewesen wäre. Lieber Herr Mütze, ich sehe heute die Chance, mit einem guten Signal des Bayerischen Landtags der steuerpolitischen Debatte in Deutschland eine fraktionsübergreifende Grundlage zu geben. Wir müssen die Verwaltung schrittweise optimieren und schrittweise die Papier- und Zettelwirtschaft im deutschen Recht abbauen. Machen Sie mit; seien Sie nicht dagegen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit ist die Aussprache zum Dringlichkeitsantrag der FDP und zum nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der SPD geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die beiden Anträge wieder getrennt.

Der Einfachheit halber lasse ich zunächst über den Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 16/9270 abstimmen. Dies erfolgt in einfacher Form. Wer dem Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Wer möchte mit Nein stimmen? - Das sind die Fraktionen der CSU, der FDP, der FREIEN WÄHLER und Frau Kollegin Dr. Pauli. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Nun lasse ich auf Antrag der FDP-Fraktion in namentlicher Form über deren Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 16/9256 abstimmen. Die Abstimmungsurnen wurden bereitgestellt. Es kann losgehen. Wir stoppen fünf Minuten. Die Restredezeiten für die Fraktionen werden beim Aufruf der nächsten Dringlichkeitsanträge bekannt gegeben.

(Namentliche Abstimmung von 10.54 bis 10.59 Uhr)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Abstimmungszeit ist vorüber. Der Abstimmungsvorgang ist damit geschlossen. Die Stimmen werden draußen ausgezählt. Das Ergebnis geben wir später bekannt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte Sie, wieder Ihre Plätze einzunehmen. Wir fahren in der Tagesordnung fort.

Ich rufe auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Georg Schmid, Reserl Sem, Albert Füracker u. a. und Fraktion (CSU), Tobias Thalhammer, Thomas Dechant, Dr. Andreas Fischer u. a. und Fraktion (FDP) Wald- und Forstwirtschaft haben zentrale Bedeutung bei der Energiewende (Drs. 16/9257)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Maria Noichl, Horst Arnold u. a. und Fraktion (SPD) Wald und Forstwirtschaft nachhaltig in die Energiewende mit einbeziehen (Drs. 16/9271)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Leopold Herz u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Wald- und Forstwirtschaft in Bayern mit konkreten Maßnahmen unterstützen (Drs. 16/9272)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Wir stoppen die Redezeit, um sie dann von der Restredezeit abziehen. Insgesamt stehen jeder Fraktion 30 Minuten zur Verfügung.

Der erste Redner der CSU-Fraktion ist Herr Kollege Steiner.

Klaus Steiner (CSU): Sehr verehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Vom Steu-
erdschungel geht es jetzt in den Wald, also in den echten Dschungel. Meine Damen und Herren, die beschlossene Energiewende, der Ausstieg aus der Kernenergie und der parallel dazu notwendige Verzicht auf fossile Energieträger, wie etwa die Kohle, machen es dringend notwendig, dass wir erneuerbare Energieformen umfassend und nachhaltig nutzen. Das gilt insbesondere für den Energieträger Holz. Bei der Neuausrichtung unserer Energieversorgung können wir nicht pauschal auf das Nutzungspotenzial großer Waldflächen verzichten. Gerade im kleinstrukturierten Privatwald sind die Potenziale an Energie noch besonders hoch. Wir meinen, durch sorgfältige Pflege und Bewirtschaftung können Bayerns Wälder noch einen stärkeren Beitrag zur Energiewende leisten. Untersuchungen belegen, dass bewirtschaftete Wälder dauerhaft mehr CO₂ binden als schlecht bewirtschaftete oder abgewirtschaftete Wälder. Darüber hinaus müssen wir unsere Wälder durch Waldumbau und durch gezielte Pflegeeingriffe für den Klimawandel fit machen. Die Nutzung und der dauerhafte Verbau von Holz, die Verwendung von Holz als Ersatz von Stahl und Aluminium oder anderen Baustoffen, stellt zudem

einen unverzichtbaren CO₂-Speicher dar. Holz ist wirklich eine große Alternative zu den genannten Baustoffen.

Ein auf möglichst großer Fläche nachhaltig und naturnah bewirtschafteter Wald erfüllt die vielfältigen Funktionen und Bedürfnisse am besten. Ein Beleg dafür, dass die Waldbesitzer den Wald erhalten und pflegen, ist der hohe Anteil von Wäldern in Bayern und in Deutschland in Form von Schutzgebieten.

Unser Antrag, meine Damen und Herren, hat zum Ziel, diesen Entwicklungen und Fakten Rechnung zu tragen. Wir wollen, dass die Staatsregierung den Wald und die Forstwirtschaft bei der Energiewende ausreichend und angemessen berücksichtigt und die Clusterinitiative Forst und Holz weiter unterstützt. Dazu muss die energetische Nutzung von Holz gesteigert und von 15 %, das sind heute 4,8 Millionen Tonnen, auf mindestens 5,5 Millionen Tonnen Trockenmasse vorangetrieben werden. Dazu müssen im kleinstrukturierten Privatwald enthaltene Holznutzungsreserven aktiviert werden, wie ich das vorhin bereits erwähnt habe. Hierfür soll eine Initiative zur Aktivierung der Waldbesitzer gestartet werden. Die forstliche Beratung und die Zusammenschlüsse der Waldbesitzer sind hierbei von zentraler Bedeutung. Es passiert zwar schon eine ganze Menge, aber das können wir durchaus noch steigern.

Auch der Einsatz von Holz als Baustoff zur CO₂-Vermeidung soll im Rahmen einer gleichberechtigten Verwendung von verschiedenen Baustoffen forciert werden. Der Rohstoff ist lokal verfügbar und hat kurze Transportwege. Auch hierin besteht ein wichtiger ökologischer Aspekt. Für die Produktion des Baustoffes Holz ist nur ein geringer Energieeinsatz notwendig. Der Baustoff selbst speichert langfristig Kohlenstoff und ist geeignet, bisherige konventionelle Baustoffe zu ersetzen.

Meine Damen und Herren, wir wollen, dass die Staatsregierung das Leitbild einer naturnahen und nachhaltigen Forstpolitik und einer multifunktionellen Waldwirtschaft auf möglichst allen Waldflächen weiter verfolgt. Das heißt, es wird eine Menge getan, doch vor dem Hintergrund der beschlossenen Energiewende müssen wir ein weiteres starkes Signal setzen. Dieser integrative Ansatz verbindet Schutz und Nutzung und setzt auf freiwillige Leistungserbringung der Waldbesitzer. Die bayerische Biodiversitätsstrategie soll außerdem weiter verfolgt und es soll darauf hingewirkt werden, dass die Waldstrategie des Bundes, die derzeit zwischen dem Bundeslandwirtschaftsministerium und dem Bundesumweltministerium verhandelt wird, auf die Benennung konkreter Größenordnungen für Flächenstilllegungen im Wald verzichtet.

Wir lehnen dies ab, meine Damen und Herren. Vor diesem Hintergrund bitte ich um Zustimmung zu unserem Antrag.

An dieser Stelle möchte ich auch gleich Stellung zu den nachgezogenen Anträgen der SPD und der FREIEN WÄHLER nehmen. Es heißt "nachgezogen", doch, meine Damen und Herren, das sind Nachzügler. Zum einen sind es teilweise Plagiate, denn sie enthalten Passagen, die in unserem Antrag schon drinstehen.

(Zurufe von den GRÜNEN)

- Ruhig, ruhig, ruhig. Sie haben gestern von Plagiaten gesprochen, heute machen Sie das selbst. Zum Teil ist der Text abgeschrieben, zum Teil wird alles bereits gemacht.

(Unruhe bei den GRÜNEN)

Ich möchte kurz auf den SPD-Antrag eingehen: Da heißt es beispielsweise: "...den Wald und die Forstwirtschaft bei der Energiewende ausreichend zu berücksichtigen und die Clusterinitiative Forst und Holz weiter zu unterstützen." Das ist genau unser Anliegen, deshalb haben wir unseren Antrag eingebracht. Außerdem heißt es da: "...Steigerungen ausschließlich in grünen Bereichen der ‚Ampelkarten‘ vorantreiben". Das tun wir bereits, und das tun die Staatsforsten und der Forstbetrieb sehr intensiv. Für die Nicht-Forstfachleute heißt das: Wir haben verschiedene Einteilungen, denn der Wald braucht beispielsweise Regeneration. Dort dürfen bestimmte Holzarten nicht entnommen werden. Wir gehen also bei der Waldnutzung sehr gezielt und differenziert vor, und zwar aus ökologischer Sicht und aus Nachhaltigkeitsgründen.

Weiter heißt es in dem SPD-Antrag: "Zur Erreichung dieses Zieles ist es erforderlich, die im kleinstrukturierten Privatwald noch steckenden Holznutzungsreserven zu aktivieren". Außerdem wird mehr Personal gefordert. Es ist aber nicht eine Frage des Personals. Bei privaten Waldbesitzern haben wir das große Problem, dass sie teilweise sehr kleine Waldgrundstücke haben, aber nicht mehr aktive Landwirte sind. Es geht deshalb weniger um mehr Personal als um den Abschluss von Waldpflegeverträgen. Auch hier passiert schon eine ganz Menge. Die Waldbesitzervereinigungen und die übrigen Verbände sind auf einem guten Weg und werden vom Landwirtschafts- und Forstministerium unterstützt. Auch in dieser Richtung geht Ihr Antrag deshalb ins Leere. Die Zusammenschlüsse der Waldbesitzer funktionieren gut, das habe ich bereits erwähnt. Die Staatsregierung verfolgt bereits, liebe Kolleginnen und Kollegen der SPD, das Leitbild einer naturgemäßen, nachhaltigen und multifunktionellen Waldwirtschaft.

Meine Damen und Herren von der SPD, es ist viel wichtiger, dass es starke Tendenzen gibt, immer größere Waldflächen unter Schutz zu stellen. Darauf habe ich schon hingewiesen. Es gibt auch konkrete Forderungen der SPD in Baden-Württemberg, im Saarland und in Brandenburg. Bitte wirken Sie bei Ihren Parteifreunden darauf hin, dass diese pauschale Unterschutzstellung unterbleibt. Bestimmte Flächen gehören selbstverständlich unter Schutz gestellt, aber nicht pauschal. Wir brauchen die großen Waldflächen zur Energienutzung, das ist ein entscheidender Punkt. Hier ist auch kein Widerspruch zu sehen zwischen der Nutzung des Waldes und naturbelassenen Wäldern. Auch das ist ein entscheidender Punkt. Ich bitte Sie deshalb, bei Ihren Kollegen darauf hinzuwirken, dass wir im Bundesrat Erfolg haben.

Die Forderung im Antrag der FREIEN WÄHLER, der wieder mehr Beratungspersonal fordert, ist ein alter Hut. Wir brauchen bei den privaten Waldbesitzern die generelle Bereitschaft, Ihre Wälder wieder mehr zu nutzen oder ihn durch Pflegeverträge zur Verfügung zu stellen. Die Forderung, Forstbetriebsgemeinschaften zu unterstützen, ist überflüssig. Das machen wir bereits. Sie wollen den Waldwegebau praxisgerecht betreiben, indem keine weiteren Ausgleichsflächen ausgewiesen werden müssen. Meine Damen und Herren von den FREIEN WÄHLERN, da rennen Sie bei uns offene Türen ein. Das ist ein ständiger Kampf, da stehen wir parat, da stehen wir unseren Mann. Wir brauchen keine weiteren Ausgleichsflächen. Die wird es mit uns auch nicht geben. Dieser Punkt ist deshalb überflüssig. Was Ihre Forderung betrifft, der Fichte auf geeigneten Flächen einen entsprechenden Stellenwert einzuräumen, so tun wir das bereits. Wir wissen, die Fichte steht vor großen Herausforderungen. Ich nenne nur das Stichwort Klimawandel. Wir müssen die Wälder Zug um Zug umbauen, aber die Fichte ist nach wie vor eine wichtige Holzart für den Wirtschaftswald. Wir müssen deshalb differenziert vorgehen. Das machen wir, liebe Kolleginnen und Kollegen von den FREIEN WÄHLERN.

Ihre Anträge gehen an der Praxis weit vorbei und sind zum großen Teil untauglich. Was in Ihren Anträgen als Substanz enthalten ist, das steht in unserem Antrag drin. Deswegen bitte ich um Zustimmung zu unserem Antrag. Wir lehnen Ihre Anträge ab.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Danke, Herr Kollege. Sie haben eine Redezeit von 9 Minuten 10 Sekunden verbraucht. Als Nächster hat sich Herr Thalhammer für die FDP zu Wort gemeldet. Der Frak-

tion steht eine Restredezeit von 20 Minuten 15 Sekunden zu. Bitte.

Tobias Thalhammer (FDP): (Vom Redner nicht autorisiert) Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sie wissen, dass ich mich als Umwelt- und Energiepolitiker stets von dem Grundsatz einer vernünftigen Partnerschaft von Ökologie und Ökonomie leiten lasse. Liebe Kollegen, wichtige Sachverhalte kann man nicht häufig genug erwähnen. Ich bin der Meinung, dass unsere bayerischen Waldbesitzer, auch die privaten, diesen Grundsatz im Großen und Ganzen sehr gut leben. Auf der einen Seite wird der Wald wirtschaftlich genutzt, und auf der anderen Seite hat sich neben der wirtschaftlichen Nutzung ein wertvolles Ökosystem mit einer gewissen Artenvielfalt etablieren können. Darüber hinaus kann unseren Bürgerinnen und Bürgern ein Erholungswald angeboten werden.

Kollege Steiner von der CSU, für dessen Ausführungen ich sehr dankbar bin, hat zu Recht darauf hingewiesen, dass Holz bei der Energiewende eine entscheidende Rolle spielen wird. Normalerweise gilt der Prophet im eigenen Land nichts, aber Holz ist hier in Bayern der Hit bei der Energiewende. Das müssen wir unterstützen und forcieren.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

Wie können wir das politisch leisten? - Wir dürfen nicht ruhen, sondern müssen dafür sorgen, dass sich die Wissenschaft diesem Thema noch stärker zuwendet. Dazu gehört, dass wir im Nachtragshaushalt ein kräftiges Forschungsprogramm zur Energiewende auflegen. Dazu gehört auch, dass so manche Lehrstühle, zum Beispiel in Weihenstephan, neu besetzt oder nachbesetzt werden, die sich mit der energetischen Verwertung von Holz beschäftigen.

In wirtschaftlicher Hinsicht ist Holz in Bayern eine große Nummer. Ich möchte nur daran erinnern, dass 100 m³ Holz einen bayerischen Arbeitsplatz entweder sichern oder schaffen. Wenn wir den Einsatz von Holz bei uns in Bayern weiterhin forcieren, schaffen wir dadurch große Chancen für den Arbeitsmarkt in Bayern.

Ich bin sehr dankbar dafür, dass Kollege Steiner das Thema Holz als Baustoff in den Mittelpunkt seiner Ausführungen gestellt hat. Häufig sorgen bürokratische Hemmnisse dafür, dass anderen Baumaterialien, die ökologisch nicht so sinnvoll wie Holz sind und die auch für bayerische Interessen nicht sehr sinnvoll sind, der Vorzug gegeben wird. Wir sollten mutiger zu unserem natürlichen Baustoff Holz stehen.

Kollege Dechant von der FDP-Fraktion wird noch zu allen Potenzialen sprechen, die wir haben. Ich freue

mich sehr, dass wir diesen Antrag hier beraten; denn das Thema Wald und Holz hat mehr Aufmerksamkeit verdient. Mit unseren Beiträgen heute tragen wir dazu bei, dass diesem Thema mehr Aufmerksamkeit geschenkt wird.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Danke, Herr Kollege Thalhammer. Sie haben eine Redezeit von 3 Minuten 15 Sekunden verbraucht. Für die SPD rufe ich Frau Noichl auf. Bitte schön.

Maria Noichl (SPD): Sehr verehrte Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Wer unseren nachgezogenen Antrag als Plagiat bezeichnet, hat ihn nicht gelesen und vor allen Dingen nicht verstanden.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben uns gedacht, wir verfahren jetzt so, dass wir einen CSU-Antrag hernehmen und ihn verbessern, und zwar genau an den Stellen, an denen er nicht punktgenau trifft. Herr Steiner, das ist überhaupt nicht mehr Ihr Antrag, sondern das ist ein eigener Antrag von uns, der an drei Punkten ganz deutlich macht, wo wir unsere Schwerpunkte setzen.

Das geht schon einmal bei der Überschrift los. Sie heißt bei Ihnen "Wald- und Forstwirtschaft haben zentrale Bedeutung bei der Energiewende". Uns ist es wichtig zu betonen, dass Wald- und Forstwirtschaft nachhaltig in die Energiewende einzubeziehen sind. Dann ist der Einsatz von Wald für die Energiewende richtig; denn er darf nicht ausgeplündert werden.

(Beifall bei der SPD)

Im zweiten Absatz Ihres Antrags - auf den ersten möchte ich gar nicht eingehen - schreiben Sie, dass Sie die energetische Nutzung der Trockenmasse von Holz um weitere 15 % steigern wollen. Mit solchen Forderungen hat sich sogar schon der Minister einmal schlechte Überschriften geholt. Der Minister hat von einem Renditeziel im Wald gesprochen, das in Prozenten genau festgelegt wurde. Die Forderung nach einem Renditeziel im Staatsforst hat er dann zurückgezogen und gesagt, dass Wald etwas Lebendiges ist, wo man nicht mit Prozenten arbeiten kann, sondern dass man immer schauen muss, was der Wald im Moment gerade bietet. Sie fordern 15 % mehr. Wir von der SPD sagen ganz deutlich, dass für uns die Nachhaltigkeit im Mittelpunkt steht. Wir müssen überprüfen, wie viel Holz, das man dann verarbeitet, überhaupt herausgeholt werden kann. Wir haben dabei von "Ampelkarten" gesprochen, die deutlich machen, welche Wälder sich dafür eignen, dass man vermehrt Holz herausholt, und welche Wälder sich dafür nicht

eignen. Wir sind nicht dafür, dass überall prinzipiell 15 % mehr herausgeholt werden, sondern wir wollen, dass man detailliert untersucht und die Privatwaldbesitzer berät, ob sich ihr Wald für eine energetische Nutzung eignet oder nicht, und wenn nicht, dann muss man die Finger davon lassen. Das betrachten wir als nachhaltige Energiewende.

(Beifall bei der SPD)

Im dritten Absatz Ihres Antrags fordern Sie, dass die forstliche Beratung gestärkt werden soll. Seit ich dem Bayerischen Landtag angehöre, erlebe ich immer genau das Gegenteil. Ständig kürzen Sie Försterstellen. Bis 2020 werden noch 20 % an Försterstellen gekürzt. Sie stellen nicht so viele Förster ein, wie Sie bräuchten. Wir haben dazu mehrere Anträge gestellt.

Ihr Antrag wird in Wirklichkeit nur dazu führen, dass im Wald mehr Arbeit für die Förster ist, aber draußen weniger Köpfe sind. Der Waldumbau und vor allem die Energiewende mit Hilfe des Waldes können nicht passieren, wenn die Waldbesitzer mit ihren Problemen allein gelassen werden und im Forst draußen zu wenig Know-how in der Fläche ist.

(Beifall bei der SPD)

Was dann noch in Ihrem Antrag kommt, ist schon richtig dreist. In der Überschrift heißt es bei Ihnen, dass Wald- und Forstwirtschaft zentrale Bedeutung bei der Energiewende haben. Wie zentral für Sie seine Bedeutung ist, machen Sie deutlich, indem Sie sagen: Vielleicht haben wir dafür irgendwann auch Geld.

(Zuruf der Abgeordneten Gertraud Goderbauer (CSU))

So zentral sehen Sie die Bedeutung. Wenn Sie es mit der Energiewende ernst meinen, wenn Sie die Wende wirklich wollen, dann müssen Sie auch in die Tasche greifen.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben verschiedene Anträge gestellt und damit gezeigt, dass die Energiewende auch Geld kostet. Der vermehrte Zugriff auf Holz erfordert gerade für die Beratung Geld, aber das wollen Sie nicht geben.

Ich fasse kurz zusammen: Ihr Antrag ist nur scheinbar eine Willenserklärung zur Energiewende. Wir wollen wirklich eine Energiewende, und die wird auch Geld kosten. Ihr Antrag hat nur scheinbar einen ökologischen Ansatz; da geht es um Holznutzung, um CO₂-Vermeidung usw. Unser Antrag birgt wirklich Nachhaltigkeit in sich und ist für die Fläche draußen geeignet.

Ihr Antrag bedeutet vermehrte Arbeitsaufgaben für die Förster. Unser Antrag sagt endlich einmal, dass wir draußen wieder mehr Fachleute brauchen und dass es nicht sein kann, dass das Forstpersonal immer mehr ausgedünnt wird.

(Beifall bei der SPD)

Ihr Antrag ist einfach ein Sommerloch-Antrag, sodass ich mir gedacht habe, ich setze die Sonnenbrille auf, damit man sieht, wo man Ihren Antrag einsortieren muss. Das ist ein Antrag für das Sommerloch, damit ein paar Forstleute lesen können, dass die CSU etwas tut. Wenn sie aber beide Anträge miteinander vergleichen, werden sie merken, dass die CSU nicht wirklich etwas tut, sondern dass der Antrag nur ein Blatt Papier ist. Die SPD hat sich mit dem Thema langfristig auseinandergesetzt und an den richtigen Stellen sehr wohl gesagt hat, was uns wichtig ist.

(Beifall bei der SPD)

Wieder einmal sind Sie unterwegs. Sie gehen in den großen Supermarkt "Wald und Holz" und bestellen Ware, aber dann wollen Sie an der Kasse nicht zahlen. So kann eine Energiewende in Bayern nicht gelingen.

(Gertraud Goderbauer (CSU): Ach, geh weiter!)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Vielen Dank, Frau Noichl. Sie haben eine Redezeit von 4 Minuten 45 Sekunden verbraucht. Ich bitte jetzt für die FREIEN WÄHLER Herrn Dr. Herz ans Mikrofon.

Dr. Leopold Herz (FREIE WÄHLER): Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst in aller Kürze zu den Plagiatsvorwürfen, auch wenn sie uns nicht direkt betreffen. Wer im Glashaus sitzt, darf nicht mit Steinen werfen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Das sollte man sich immer wieder deutlich vor Augen führen, denn mit Ihrer Argumentation, meine Damen und Herren, wird man nicht weiterkommen.

Aber um jetzt ins Thema einzusteigen: Wir Parteigruppierungen stehen immer wieder vor dem Problem, für die Dringlichkeitsanträge annähernd sinnvolle Themen zu finden. Ich sehe das ähnlich wie die Kollegin Noichl. Man kann natürlich immer ein Thema aufgreifen und es auswalzen. Aber das Thema Forstwirtschaft ist eines der wichtigsten Themen der kommenden Jahre. Das muss uns allen klar sein, denn die Energiewende wird nur gelingen, wenn wir einen Mix der verschiedenen Möglichkeiten anbieten.

Forstwirtschaft, Landwirtschaft und Bioenergie gehören entscheidend dazu.

Wenn wir das alles wollen, müssen wir die Sache auch mit Leben erfüllen.

In diesem Zusammenhang möchte ich nun auf den Antrag der CSU/FDP eingehen. Ich habe ihn mir extra ans Redepult mitgenommen.

Die Clusterinitiative Forst und Holz ist eine wichtige Sache, Herr Minister Brunner. Wir müssen sie fortführen. Aber es ist nichts Neues. Bei dieser Gelegenheit möchte ich Ihnen gerne danken, dass jetzt diese neue Werbeinitiative für den Wald gestartet wurde. Das ist wichtig. Dafür haben Sie unsere Anerkennung, Herr Minister.

Nun kommt schon das Aber und damit bin ich beim zweiten Absatz. Wenn wir die Steigerung der energetischen Nutzung von Holz fördern wollen - das müssen wir -, dürfen wir dazu nicht einfach nur einen einzigen Satz in den Antrag schreiben, sondern wir müssen auch die entsprechenden Möglichkeiten dazu aufzeigen. Ich habe es im Ausschuss und auch in früheren Plenardebatten immer wieder betont: Wir müssen den Energieträger Holz attraktiver gestalten. Dazu ein Beispiel: Wenn mit einer Energieeinheit Wärme, die aus Öl erzeugt wurde, die doppelte Wertschöpfung erreicht wird, als es zum Beispiel mit Hackschnitzeln oder Pellets möglich ist, dann müssen wir konkrete Maßnahmen anbieten, mit welchen anderen Möglichkeiten man in den Markt eingreifen könnte. Man muss den Menschen vor Ort sagen: Es kann nicht sein, dass regionale Energie zum Nulltarif zu bekommen ist, während Öl und Gas weiterhin ihren Preis kosten. Es muss dann für ein Stück Wettbewerbsgleichheit gesorgt werden, um eine Steigerung der Attraktivität der regionalen Energiearten zu erreichen.

Im Absatz 3 wird gefordert, im kleinstrukturierten Privatwald noch vorhandene Holznutzungsreserven zu aktivieren, indem man die Einschlagsquoten erhöht. Da möchte ich nur an unsere ausführliche Debatte erinnern, die wir über Klausner Holz und Ilim Timber geführt haben. Da finden sich Möglichkeiten. Schauen Sie sich die Zahlen doch einmal an. Da gehen jährlich fast eine Million Festmeter rund um die Welt in die Globalisierung. Mit bestem bayerischem Holz wird zu Weltmarktpreisen auf dem Weltmarkt jongliert. Hier könnten wir noch etwas tun.

Was die Möglichkeit betrifft, die naturnahe, nachhaltige und multifunktionale Waldwirtschaft zu steigern, sind wir voll auf Ihrer Seite. Ich bitte aber, Folgendes zu bedenken. Sie haben es im Steigerwald vorgelebt. Es ist nicht zielführend, hier einen Wischwaschi-Kom-

promiss zu machen, um die Menschen vor Ort zu beruhigen. Den Vorschlag, drei Zentren, jedes auf ein Ministerium zugeschnitten, einzurichten, sollten Sie sich doch noch einmal überlegen.

Herr Sinner, Sie sind vor Ort und wir sind uns da sicherlich einig: Wir brauchen bei der Energiewende den Wald als Nutzungsmöglichkeit. Und da müssen wir den Leuten sagen - ich wiederhole mich hier -: Es ist nachhaltig, einen Baum umsägen zu dürfen, aber gleichzeitig müssen wir sehen, dass mindestens ein Baum nachwächst und auch hochkommt. Das ist Nachhaltigkeit.

Dazu brauchen wir Möglichkeiten - da komme ich nun zu unseren konkreten Forderungen -, in den Wald zu gelangen. Wir brauchen dazu Waldwege. Kollege Steiner hat es vorhin gesagt; und es ist toll, dass wir hier auf einer Linie sind. Dafür müssen aber die Bürokratieschranken abgebaut werden. Es muss möglich sein, einen landwirtschaftlich genutzten Weg, besonders wenn es ein Kiesweg ist, ohne den Ausweis von Ausgleichsflächen zu gestalten. Wenn wir bei dieser extensivsten Form der Bewirtschaftung mit Bürokratie kommen, könnten wir die Energiewende sicherlich nicht schaffen. Die von uns im Antrag weiter aufgezeigten konkreten Maßnahmen halte ich für sehr entscheidend und deshalb möchte ich die beiden anderen Anträge ablehnen. Zu den konkreten Maßnahmen gehören auch unsere Forderungen zum Forstpersonal. Bis zum Jahr 2019 wurde im Forstbereich ein Personalabbau beschlossen. Überprüfen Sie das bitte noch einmal. Wenn wir die Energienwende konkret schaffen wollen, setzen wir hier ein falsches Zeichen. Wir müssen das Personal eindeutig aufstocken und den Betroffenen vor Ort zeigen: Ihr seid wichtig. Wir brauchen die Beratung und Unterstützung der Praktiker in den Forstbetriebsgemeinschaften.

Die Waldbesitzervereinigungen und Forstbetriebsgemeinschaften haben inzwischen eine Reihe von Aufgaben übernommen, die früher staatliche Aufgaben waren. Da müssen wir gegensteuern und den Leuten zeigen: Wir meinen es ernst mit der Energiewende. Es kann nicht sein, einen Antrag zu stellen, der so tut als ob, aber gleichzeitig wird der entsprechende Etat gekürzt. Anspruch und Wirklichkeit klaffen hier weit auseinander.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Der letzte Punkt, den ich ansprechen möchte, ist die staatliche Beratung. Da hat es in der Vergangenheit genügend Beispiele gegeben. Es kann nicht sein, einseitige Forderungen zu stellen; doch es könnte schon sein; denn Waldumbau ist sehr wichtig. Aber hier fällt der Staat von einem Extrem ins andere. Auf den Flä-

chen, die sich für den Anbau von Fichten eignen, sollten wir das nicht zu sehr verteuern. Wir wissen, dass die Fichte ein sehr gefragtes Marktprodukt ist. Hier müssen wir sagen dürfen: Ja, die Fichte hat an gewissen Plätzen ihre Standortberechtigung, und das muss die staatliche Forstpolitik überdenken. Also sagen wir Ja zum Waldumbau, aber alles mit Maß und Ziel.

In diesem Sinne müssen wir den Antrag der CSU- und FDP-Fraktion ablehnen, weil er auch an dieser Stelle lediglich bestehende Absichtserklärungen formuliert.

Den Antrag der SPD müssen wir leider auch ablehnen. Nachhaltigkeit ist wichtig, aber im Bereich der Ampelkarten sind wir der Auffassung, das geht zu weit. Nur mit einem gemeinsamen Wirken werden wir die Energiewende schaffen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Herz. Es sind 7 Minuten 15 Sekunden Redezeit verbraucht. Wir können nun in der Rednerliste fortfahren, Herr Dr. Magerl, bitte sehr.

Dr. Christian Magerl (GRÜNE): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Zunächst frage ich mich, warum CSU- und FDP-Mehrheit gestern eine Energiekommission beschlossen haben, wenn man heute Dringlichkeitsanträge, die für die Energiewende doch von einiger Bedeutung zu sein scheinen, im Minutentakt abhandelt. Aber das werden Sie wohl wissen.

Der Antrag der Koalitionsfraktionen entstammt der Abteilung "Heiße Nadel". Er ist schnell zusammengeschrieben, weil man meint, vor der Sommerpause noch ein Sammelsurium zur Thematik Wald vorlegen zu müssen. Wenn Sie sagen, Sie wollten die energetische Nutzung nach vorne bringen und gleichzeitig den Baustoff Holz zur CO₂-Vermeidung fördern - was völlig richtig ist -, dann haben Sie natürlich zwei widersprüchliche Punkte in Ihrem Antrag. Entweder setze ich, was mir persönlich sympathischer wäre, auf die Kaskadennutzung von Holz. Ich verbaue es zunächst und dann, wenn es - sei es ein Dachstuhl oder ein Möbelstück - nicht mehr benötigt wird, kommt es in die Verbrennung unter Speicherung des CO₂ auf längere Zeit. Oder aber ich will die Energiewende aus diesem Bereich heraus gestalten, dann muss ich andere Prioritäten setzen.

Ich frage: Wo ist Ihre Priorität? Sie ist in Ihrem Antrag nicht erkennbar. Das Sowohl-als-auch wird nicht funktionieren.

Derjenige von Ihnen, der sich ernsthaft mit der Thematik auseinandersetzt weiß, dass wir in Richtung

einer Holzlücke laufen. Das heißt, diese Punkte werden sich in Zukunft deutlich verschärfen. Außerdem sagen Sie, natürlich zu Recht, man solle auf die Privatwaldbesitzer zugehen. Der Privatwald, speziell der Kleinstprivatwald, entspricht fast einem Drittel der Waldfläche in Bayern, besitzt aber fast 60 % der Holzvorräte. Da ist etwas zu holen, es ist etwas zu heben - so weit richtig. Nur: Wie Sie das machen wollen, sagen Sie nicht. Wir haben in Bayern mindestens 500.000, wahrscheinlich sogar 750.000 Klein- und Kleinstwaldbesitzer. Wenn Sie an diese heranwollen und sagen: Leute, gebt diese Vorräte, die auf eurer Fläche sind, in den Markt, dann müssen Sie mit Personal auf die Menschen zugehen. Das ist von meinen Vorrednern bereits gesagt worden. Das Personal für die Beratung haben Sie aber abgebaut. Hier müssten wir also aufstocken.

In der Vergangenheit sind Sie mit der Forstreform in die falsche Richtung gegangen. So, wie Sie es jetzt gemacht haben - auf der freiwilligen Ebene -, werden Sie an die Vorräte nicht herankommen, sondern Sie werden mit Ihrem Anliegen scheitern. Das wird nicht funktionieren.

Der Dreh- und Angelpunkt ist der Bereich Geld. Dort drücken Sie sich wie so oft vor einer Aussage und schreiben, welche Maßnahmen mit welchem finanziellen Rahmen umgesetzt werden, hänge von den haushaltstechnischen Möglichkeiten ab - eine Binsenweisheit. Eine Entscheidung darüber erfolgt im Rahmen des Nachtragshaushalts 2012. Warum stellen Sie dann heute einen Dringlichkeitsantrag, wenn Sie erst im Rahmen des Nachtragshaushalts entscheiden wollen, welche Geldmittel Sie zur Verfügung haben und wie viel Ihnen dieser Bereich wert ist? Das erschließt sich mir an dieser Stelle nicht.

Einen Punkt noch. Sie schreiben natürlich auch hinein, da Sie die Flanke nicht öffnen wollen, die bayerische Biodiversitätsstrategie solle weiter verfolgt werden. Aber gleichzeitig sagen Sie, Flächenstilllegungen im Wald wollen Sie auf keinen Fall. Die 5-%-Vorgabe stammt von der Bundesregierung, nicht von der rot-grünen, sondern von der jetzigen; und wir meinen schon, dass wir gerade auch im Rahmen der Biodiversitätsstrategie in einem bestimmten Umfang Wälder brauchen, die nicht genutzt sind, weil es einige Tier- und Pflanzenarten gibt, die auf diese Wälder angewiesen sind und ohne diese nicht auskommen können. 5 % sind in meinen Augen eine Vorgabe, die nicht allzu groß ist.

Aus diesen Gründen werden wir den Antrag der Koalitionsfraktionen ablehnen. Er bringt uns in diesem Zusammenhang nicht weiter. Dafür braucht es ganz andere Punkte, die wir noch angehen müssen. Auch den

Antrag der FREIEN WÄHLER werden wir ablehnen. Bei den ersten beiden Spiegelstrichen könnten wir vielleicht noch mitgehen, aber dem Anliegen, den Waldwegebau generell von der Ausgleichspflicht zu entbinden, können wir nicht zustimmen. Die Ausgleichspflichtigkeit von Eingriffen in den Naturhaushalt ist im Bundes- sowie im Bayerischen Naturschutzgesetz geregelt. Dies gilt selbstverständlich auch hier, wobei ich davon ausgehe, dass das Gros der Waldwege, die gerade im Privatbereich geschaffen werden, nicht ausgleichspflichtig ist, da der Eingriff nicht vorhanden ist. Aber es gibt einige Bereiche, in denen wir nicht umhin kommen.

Außerdem geben Sie ein Bekenntnis zur Baumart Fichte ab. Wir alle wissen - dies zeigen die Forschungen der Bayerischen Landesanstalt für Wald- und Forstwirtschaft -, dass die Klimahülle der Fichte und der Klimawandel in Zukunft nicht mehr zusammenpassen werden. Das heißt, wir müssen dahin gehend beraten, dass wir speziell den Menschen im Flachland sagen: Baut keine Fichte mehr an, denn sie wird weder Ertrag noch Nutzen bringen. Mit diesem Punkt werden wir also auch nicht weiterkommen. Wir werden deshalb den Antrag der FREIEN WÄHLER ablehnen.

Beim Antrag der SPD stört mich zwar der letzte Punkt, ähnlich wie beim Antrag der Koalitionsfraktionen, aber insgesamt geht der Antrag in die richtige Richtung, deshalb werden wir zustimmen - mit Ausnahme des letzten Spiegelstriches, das gebe ich hier zu Protokoll, in dem gefordert wird, auf Flächenstilllegungen im Wald zu verzichten.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Danke, Herr Kollege Dr. Magerl. - Sie haben 5 Minuten und 55 Sekunden verbraucht. - Ich gebe bekannt - da wir einen 15-minütigen Vorlauf haben -, dass für den Dringlichkeitsantrag "Wald- und Forstwirtschaft haben zentrale Bedeutung bei der Energiewende", Drucksache 16/9257, vonseiten der CSU-Fraktion namentliche Abstimmung beantragt worden ist. - Ich bitte nun für die FDP-Fraktion Herrn Dechant ans Mikrofon.

Thomas Dechant (FDP): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe die Debatte sehr aufmerksam verfolgt, in der bereits alle Fraktionen zu Wort gekommen sind. Zum Dringlichkeitsantrag möchte ich anfügen, dass es hier keine Vollständigkeit gibt und man mit der Haarspalterei, die von den GRÜNEN und der SPD betrieben wurde, und mit den Worten "nachhaltig" oder "Kaskadennutzung" usw., was wir unter Umständen bereits erwähnt haben oder nicht bzw. nicht im richtigen Zusammenhang erwähnt

haben, alles Mögliche madig reden und schlechtmachen kann.

Es ist eine Initiative; die beiden Regierungsfractionen haben den Dringlichkeitsantrag gestellt, da es sich um ein wichtiges Thema handelt und es ein Baustein der Energiewende ist, die wir angehen müssen. Nun haben Sie als Opposition natürlich die Aufgabe, die Regierung zu kritisieren und Stellung zu beziehen. Aber die Art und Weise, wie das zu dem Antrag erfolgt ist, ist schon sehr zweifelhaft. Das muss man festhalten, liebe Kolleginnen und Kollegen der Oppositionsfractionen. Frau Noichl, wenn Sie sagen, wir haben 15 %, das wollen wir so nicht festschreiben, denn wir wollen Nachhaltigkeit, dann heißt das, Sie wollen keine Ziele festlegen, damit Sie nicht angreifbar sind.

In den Anträgen von SPD und FREIEN WÄHLERN geht es wie üblich darum, mehr Personal zu fordern, mehr Geld zu verteilen und auch wie immer Klientel zu bedienen. Uns werfen Sie auch immer Klientelpolitik vor, aber Sie tun selber nichts anderes, als Klientelpolitik zu betreiben.

Die Spiegelstriche 3 und 4 des Antrages der FREIEN WÄHLER sind absolut unterstützenswert; aber, wie gesagt, in den ersten beiden Spiegelstrichen steht ebenfalls nichts anderes, als mehr Geld zu fordern.

Meine Damen und Herren! Wir von der Regierungskoalition versuchen, nachhaltig, auch finanziell nachhaltig, vernünftige Politik zu betreiben. Wir versuchen - und wir sind damit auch verdammt erfolgreich, wie man an der Entwicklung Bayerns sieht -, mit den vorhandenen Ressourcen effektiv Politik zu betreiben und nicht immer nur mehr Geld zu fordern. Mein Fraktionskollege Georg Barfuß hat heute bereits schon gesagt: In diesem Lande zahlen 50 % der Menschen keine Steuern. - Sie bedienen genau diese 50 %. Wir versuchen, mit dem Geld der anderen 50 % für 100 % der Menschen etwas Vernünftiges zu erreichen.

Ich bitte Sie deshalb um Unterstützung unseres Antrages, und wir werden Ihre Anträge ablehnen.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Vielen Dank, Herr Kollege Dechant. Dieser Redebeitrag hat 2 Minuten und 55 Sekunden gedauert. - Zwischendurch gebe ich bekannt: Auch die SPD hat für ihren Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 16/9271 namentliche Abstimmung beantragt. Keine namentliche Abstimmung wurde für den Antrag der FREIEN WÄHLER beantragt. - Abschließend hat Herr Staatsminister

Brunner für die Staatsregierung um das Wort gebeten.

Staatsminister Helmut Brunner (Landwirtschaftsministerium): Sehr geehrte Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich, dass Wald und Holz auch im Parlament eine solch hohe Bedeutung zugemessen wird. Gerade im Internationalen Jahr der Wälder ist es angebracht, sich parlamentarisch auszutauschen. Die Anträge gehen grundsätzlich alle in dieselbe und damit in die richtige Richtung, nämlich in der Bevölkerung deutlich zu machen, wie vielseitig Holz einsetzbar ist und wie werthaltig dieser Bau-, Dämm- und Werkstoff ist.

Gerade das Thema Energiewende, Atomausstieg, weniger Verbrauch an fossilen Energieträgern hat das Holz in den Mittelpunkt gerückt, da unser Wald, unser Holz selbstverständlich einen Beitrag leisten kann. Bayern ist mit 2,5 Millionen Hektar mit Sicherheit das Holz- und Waldland Nummer eins und, lieber Herr Dr. Magerl, wir haben inzwischen bereits 700.000 Waldbesitzer. Übrigens nimmt die Zahl der Waldbesitzer aufgrund der Erbteilung jährlich zu - dies ist nicht nur positiv -, und die Waldfläche nimmt ebenfalls leicht zu. Dies beweisen entsprechende Statistiken.

Dass wir mit unseren Wäldern verantwortungsbewusst umzugehen verstehen, beweist unsere Strategie. Seit 300 Jahren werden unsere Wälder nach dem Prinzip der Nachhaltigkeit bewirtschaftet.

(Beifall bei der CSU und des Abgeordneten Tobias Thalhammer (FDP))

Deswegen dürfen wir, ja müssen wir auch in diesem Gremium darüber nachdenken, wie wir die gesamte Waldstrategie - Holzverwendung, Holzproduktion, Holzmobilisierung - weiter optimieren können.

Frau Kollegin Noichl, es ist ein Unterschied, ob ich ein Renditeziel von 15 % habe oder ich weitere 10 bis 15 % Holz mobilisieren will, ohne die Nachhaltigkeit infrage zu stellen. Ich will damit zum Ausdruck bringen - im Antrag ist es ähnlich formuliert -, dass wir insbesondere im Privatwald noch Reserven haben; diese sind aber nicht grenzenlos. Bis zu 15 % mehr Holz kann mobilisiert werden, ohne die Grundsätze der naturnahen, nachhaltigen Waldbewirtschaftung infrage zu stellen.

Ich meine, wir konnten mit unserer bisherigen Waldbewirtschaftung unter Beweis stellen, dass wir Ökonomie, Ökologie und Soziales unter einen Hut bringen können. Ich bekenne mich nachdrücklich zu der multifunktionalen Aufgabe unserer Wälder. Wir haben entsprechende Cluster eingerichtet, sowohl auf der Ebene des Freistaates als auch auf regionaler Ebene,

zum Beispiel in meiner Heimat, dem Bayerischen Wald, und im Allgäu. Damit unterstützen wir die Idee, alle Akteure und Branchen im Forstbereich enger zusammenzuführen, um die Wertschöpfung zu erhöhen und die Wertschätzung zu steigern.

Immerhin 190.000 Menschen finden in dem Cluster Wald - Holz - Papier einen Arbeitsplatz. Mit einem jährlichen Umsatz von 37 Milliarden Euro ist das ein bedeutender Wirtschaftsfaktor bei uns.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Holz als Brenn-, Bau- und Dämmstoff weist vielseitige Eigenschaften auf. Dieser ökologisch nachwachsende Brenn-, Bau- und Werkstoff muss in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit unserer Gesellschaft gerückt werden. Er ist vielseitig nutzbar und wirkt wärme- und schalldämmend; selbst beim Brandschutz erhält Holz gute Noten. Wir alle sollten einfordern - ich will andere Baustoffe nicht in Misskredit bringen -, dass Holz bei Ausschreibungen und Vergaben eine faire Wettbewerbschance bekommt.

(Beifall bei der CSU, der FDP und des Abgeordneten Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER))

Deswegen appelliere ich auch an Ingenieure und Architekten, die Eigenschaften des Holzes richtig einzuschätzen.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

- Vielen Dank für die vereinzelte Zustimmung.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie geben mir sicherlich in der Einschätzung Recht, dass wir Holz oft unterschätzt haben. Ich erinnere daran: Vor wenigen Wochen konnte im Landkreis Rosenheim ein achtstöckiges Holzhaus präsentiert werden. Im Hinblick auf die Tragweite kann man vielleicht noch die eine oder andere kreative Lösung erwarten.

Ich freue mich auch, dass die Zusammenarbeit mit den Akteuren - dazu gehören auch die Waldbauern und die Waldbesitzerverbände - hervorragend funktioniert. Wir haben einen Waldpakt abgeschlossen. Daran wird deutlich, wie sehr unsere Forstbetriebsgemeinschaften und Waldbesitzervereinigungen die Rahmenbedingungen schätzen, die wir im Zuge der Forstreform gesetzt haben. Wir geben ihnen Planungssicherheit. Sie bekommen Personal für die Beratung und - nicht zu vergessen - jährlich drei Millionen Euro zur Unterstützung ihrer Arbeit.

Ich verhehle es nicht: Der Forstminister freut sich über jeden zusätzlichen Förster. Aber im Gegensatz zur

Opposition hat die Regierung eine ganzheitliche Verantwortung. Sie muss mit den vorhandenen Ressourcen optimal umgehen und daher Abwägungen vornehmen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Unsere Partner verstehen und unterstützen das.

Die infrastrukturellen Voraussetzungen sind zu optimieren. Vor wenigen Wochen konnte ich den zwölf-tausendsten Waldwegkilometer eröffnen. Insgesamt werden so 450.000 Hektar Wald erschlossen. Wir sind insoweit auf einem guten Weg.

Allen, die der Stilllegung das Wort reden, sage ich: Wir haben zwei Nationalparke und 159 Naturwaldreservate; das sind kleinere Regionen, in denen dem Prinzip "Die Natur Natur sein lassen" gefolgt wird. Ich appelliere an die Verantwortlichen, alle Flächen naturnah und nachhaltig zu bewirtschaften, damit dieser wertvolle Rohstoff weiterhin zur Verfügung steht.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ich freue mich, dass ich vor wenigen Tagen gemeinsam mit der gesamten Branche als neue Aktion das Werbebündnis "pro Holz Bayern" starten konnte. In dessen Rahmen wollen alle, die von der Produktion bis zum Endprodukt mit Holz zu tun haben - Waldbesitzer, Sägewerker, Zimmerer, Möbelindustrie -, an einem Strang ziehen und Holz offensiv bewerben. Wir setzen mit verschiedenen medienwirksamen Aktionen Akzente - gestern war ich mit Vertretern des bayerischen Zimmererhandwerks in Brüssel -, um den Absatz des so vielseitig einsetzbaren Bau- und Werkstoffes Holz zu fördern.

Auch in Bezug auf den Waldumbau haben wir uns ehrgeizige Ziele gesetzt. Es gibt bei uns noch über 100.000 Hektar Reinbestände an Fichten und Kiefern. Wir wollen diese nach und nach in klimatolerante Mischwälder umwandeln. Damit tragen wir auch den aus der Klimaveränderung resultierenden Herausforderungen Rechnung. Beim Waldumbau muss man jedoch behutsam vorgehen.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Wir können nicht wie in der Landwirtschaft im Frühjahr aussäen und im Herbst ernten; die Holzumtriebszeiten liegen bei 100 Jahren. Wir werden auch in Zukunft mit Vernunft, Augenmaß und dem größten Verantwortungsbewusstsein Waldwirtschaft betreiben. Der Freistaat geht mit seinen 800.000 Hektar beispielhaft voran. Ich bitte Sie, uns auf diesem Weg zu begleiten. Bayern ist ein walddreiches Land; das soll so

bleiben. Die gesamte Gesellschaft soll einen Nutzen davon haben.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Danke, Herr Staatsminister Brunner. - Es gibt eine Zwischenbemerkung von Frau Kollegin Noichl. Bitte schön.

Maria Noichl (SPD): Herr Minister, Sie haben betont, dass man beim Waldumbau behutsam vorgehen müsse. Ich frage Sie: Muss man nicht auch bei der Energieholznutzung eine gewisse Behutsamkeit an den Tag legen? Wie stehen Sie zur Berücksichtigung der Ampelkarte, die in Ihrem Antrag nicht genannt wird? Vielen privaten Waldbesitzern ist noch nicht bewusst, dass ihr Bestand zu den nährstoffarmen Wäldern gehört, weshalb die weitere Entnahme von Energieholz als äußerst kritisch eingestuft wird.

Zweite Frage - wenn die Förster hier sein könnten, würden sie sie stellen -: Wie sollen die Förster draußen bei immer geringerem Personalbestand immer neue Aufgaben erledigen, die Sie, Herr Minister, ihnen aufladen? Auch Sie wissen, dass wir schon heute zu wenige Köpfe draußen im Wald haben. Die meisten Förster sind eher mit Arbeiten am Schreibtisch beschäftigt. Wie soll die Beratung der Privatwaldbesitzer, deren Zahl zunimmt, vonstatten gehen, wenn sich Ihr Haus aus der staatlichen Beratung konsequent zurückzieht? Wenn das so weitergeht, wird es keine staatliche Beratung durch die Forstämter mehr geben. Sie und Ihr Haus gehen tatsächlich einen anderen Weg, als Ihr Antrag uns hier glauben machen will.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Danke, Frau Kollegin. - Bitte, Herr Staatsminister.

Staatsminister Helmut Brunner (Landwirtschaftsministerium): Zu Ihrer ersten Frage: Wir setzen sehr auf Eigenverantwortung. Von der Landesanstalt für Wald und Forstwirtschaft haben wir Waldklimakarten entwickeln lassen, damit die Waldbesitzer, wenn sie Bestände neu begründen wollen, eine Entscheidungshilfe haben und nur standortgerechte Pflanzen verwenden.

Auch unsere regelmäßigen Inventuren stellen eine wichtige Entscheidungshilfe dar. Es ist nicht immer einfach, mit pauschalen Ampelkarten zum Ziel zu kommen. Die Instrumente, die wir zur Verfügung haben, sind ausreichend, auch unter Einbeziehung des staatlichen Personals in seiner Beraterfunktion.

Damit bin ich bei der zweiten Frage. Natürlich könnten wir mehr Förster sinnvoll einsetzen. Wir könnten auch mehr Lehrer oder mehr Mitarbeiter in der Landwirtschaftsverwaltung gut gebrauchen.

(Zuruf von den GRÜNEN)

- Nein, ich will mich selbstverständlich dieser Herausforderung stellen. Wir müssen mit einem gewissen Personalbestand zurechtkommen und können das auch.

(Beifall der Abgeordneten Barbara Stamm (CSU))

Ich sage bewusst, dass wir das können. Ich habe im vergangenen Jahr überlegt, wie mein Haus mit immer weniger Personal die neuen Herausforderungen bewältigen kann, ohne die Hausaufgaben zu vernachlässigen. Wir müssen überlegen, ob der Staat alles, was er jetzt tut, auch in Zukunft tun muss. Können wir nicht unsere Partner einbinden? Können wir nicht Netzwerke errichten und Verbünde schließen? Können wir nicht unsere Selbsthilfeeinrichtungen einbinden?

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ich wehre mich gegen die Auffassung, nur das, was staatlich gelenkt werde, sei gut,

(Beifall bei der CSU und der FDP)

aber die Kompetenzen, die im Privatbereich vorhanden seien, seien zweite Wahl. Nein, intelligente staatliche Fürsorge, Begleitung und Beratung heißt auch, alles, was in einem Cluster vorhanden ist, in der Weise zusammenzuführen, dass keine Konkurrenzsituation entsteht, sondern dass sich die Kompetenzen gegenseitig ergänzen.

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Herr Staatsminister, die zwei Minuten sind vorbei.

Staatsminister Helmut Brunner (Landwirtschaftsministerium): Ich wollte nur zum Ausdruck bringen, dass ich keine Qualitätsverschlechterung sehe. Wir werden mit intelligenten Lösungen unseren hohen Ansprüchen Rechnung tragen. Je höher der Erlös des Holzes am Markt ist, desto stärker wird die Verantwortung des Einzelnen ausgeprägt sein.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Ich möchte in Erinnerung rufen, dass für eine Zwischenintervention und die Antwort jeweils zwei Minuten zur Verfügung stehen.

Die nächste Zwischenbemerkung kommt von Herrn Sinner.

Eberhard Sinner (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Staatsminister, Sie haben eben sehr überzeugend dargestellt, welchen Beitrag nachhaltige Forstwirtschaft zur Energiewende leisten kann. Vor dem Hintergrund des Antrags der SPD möchte ich Sie fragen, wie Sie es beurteilen, dass die grün-rote Regierung in Baden-Württemberg auf der Seite 42 ihres Koalitionsvertrags angekündigt hat, 10 % der öffentlichen Wälder aus der Nutzung zu nehmen. Ist das aus Ihrer Sicht ein Beitrag zur Energiewende, oder handelt es sich nicht vielmehr um eine Verschwendung von Ressourcen und möglicherweise um eine großflächige Vernichtung von Arbeitsplätzen im Wald? In stillgelegten Wäldern findet nämlich keine Waldarbeit statt. Steht das nicht im Gegensatz dazu, dass es für viele Naturschutzgebiete Pflegepläne gibt und ständig Eingriffe in Naturschutzgebiete erfolgen? Die grün-roten Kollegen in Baden-Württemberg wollen hingegen Wälder großflächig stilllegen. Ich halte das, was auf dem Papier steht, für Wunschdenken. Die Realität des Handelns von Grün-Rot in Baden-Württemberg ist eine völlig andere. Dort werden nämlich Arbeitsplätze und Ressourcen vernichtet.

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Danke, Herr Kollege. - Bitte, Herr Staatsminister.

Staatsminister Helmut Brunner (Landwirtschaftsministerium): Lieber Herr Kollege Sinner, zum Ersten können wir uns glücklich schätzen, dass wir pro Sekunde in Bayern einen Festmeter Zuwachs haben. Das heißt, es ist hier ein erhebliches Potenzial vorhanden. Beim Wachstum eines Festmeters wird eine Tonne CO₂ gebunden. Wer Holz verwendet, leistet also einen aktiven Beitrag zum Klima- und Umweltschutz.

Zum Zweiten: Für mich ist es ein Widerspruch, auf der einen Seite alles daransetzen zu wollen, um mit eigenen Rohstoffen einen Beitrag zur Energiewende zu leisten und damit unabhängiger von fossilen Energieträgern zu werden, aber auf der anderen Seite ein striktes Nutzungsverbot zu erteilen. Deswegen halte ich nichts von flächendeckenden Stilllegungen. Vereinfacht ausgedrückt: Auf der einen Seite gibt es Stilllegungen und sollen Flächen naturbelassen bleiben, aber auf der anderen Seite soll mit Plantagenwäldern der Rohstoff erzeugt werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Das ist ein Widerspruch, das wollen wir nicht; das ist nicht vermittelbar. Es ist besser, die 2,5 Millionen Hektar Wälder, die wir in Bayern haben, grundsätzlich naturnah und nachhaltig zu bewirtschaften.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Danke, Herr Staatsminister.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Deswegen können wir in die Abstimmung eintreten. Dazu werden die Anträge wieder getrennt. Die Vorlaufzeit von 15 Minuten für die namentliche Abstimmung ist erfüllt.

Ich lasse zuerst über den Dringlichkeitsantrag der FREIEN WÄHLER, über den nicht namentlich abgestimmt wird, abstimmen. Es handelt sich um den Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 16/9272. Wer dem Dringlichkeitsantrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der FREIEN WÄHLER und der SPD und Frau Dr. Pauli. Ich bitte, die Gegenstimmen anzuzeigen. - Das sind die Fraktionen der CSU, der FDP und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Enthaltungen? - Keine. Der Dringlichkeitsantrag ist abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der Fraktionen der CSU und der FDP auf Drucksache 16/9257. Es ist namentliche Abstimmung beantragt. Für die Abstimmung stehen fünf Minuten zur Verfügung. Sie wissen, wo die Urnen stehen. Mit der Abstimmung kann nun begonnen werden.

(Namentliche Abstimmung von 11.56 bis 12.01 Uhr)

Die Abstimmung ist geschlossen. Die Stimmkarten werden außerhalb des Saales ausgezählt.

Jetzt können wir zur nächsten namentlichen Abstimmung schreiten. Abgestimmt wird über den Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 16/9271. Hier schlage ich eine Abstimmungszeit von drei Minuten vor. Ist das in Ordnung? - Anscheinend ist das der Fall. Die namentliche Abstimmung ist eröffnet.

(Namentliche Abstimmung von 12.02 bis 12.05 Uhr)

Die Abstimmung ist geschlossen. Die Karten werden außerhalb des Saales ausgezählt. Das Ergebnis gebe ich später bekannt.

Ich gebe Ihnen das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Klein, Dr. Kirschner, Dr. Fischer und Fraktion (FDP) betreffend "Maßnahmen zur Steuervereinfachung umsetzen", Drucksache 16/9256, bekannt. Mit Ja haben 94, mit Nein 70 Abgeordnete gestimmt. Es

gab zwei Stimmenthaltungen. Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Ich rufe zur gemeinsamen Beratung auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Hans-Ulrich Pfaffmann, Christa Steiger u. a. und Fraktion (SPD)
Arbeitsmarktpolitik an den Herausforderungen der Zeit orientieren - Weichen für gute Arbeit, Vollbeschäftigung und Fachkräftesicherung stellen! (Drs. 16/9258)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Georg Schmid, Reserl Sem, Joachim Unterländer u. a. und Fraktion (CSU), Jörg Rohde, Brigitte Meyer und Fraktion (FDP)
Arbeitsmarktpolitische Instrumente zeitgerecht weiterentwickeln (Drs. 16/9273)

Bevor ich dem nächsten Kollegen das Wort erteile, gebe ich Ihnen die Restredezeiten bekannt. Für die CSU handelt es sich um 11 Minuten und 5 Sekunden, für die FDP um 17 Minuten, für die SPD um 12 Minuten und 30 Sekunden, für die FREIEN WÄHLER um 11 Minuten und 15 Sekunden, für die GRÜNEN um 10 Minuten und 20 Sekunden. Die Staatsregierung hat bisher 23 Minuten und 15 Sekunden verbraucht.

Der erste Redner ist Herr Dr. Beyer.

Dr. Thomas Beyer (SPD): Ich werde jetzt nicht den Antrag der SPD verlesen. Sie haben den Antrag - davon bin ich überzeugt - bestimmt auf der Drucksache aufmerksam gelesen. - Herr Rohde nickt. Das ist gut so.

Erstens fordern wir mit unserem Antrag die Staatsregierung auf, sich bei der Bundesregierung für eine Rücknahme der geplanten Kürzungen bei den arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen einzusetzen. Dies ist der entscheidende Unterschied zu dem nachgezogenen Antrag von CSU und FDP. In diesem ist nicht die Rede davon - auch wenn ich unterstelle, dass man das alles meint, was man sagt -, dass man die geplanten Kürzungen so nicht stehen lassen darf.

Zweitens fordern wir die Beibehaltung und den Ausbau einer echten, aktiven Arbeitsmarktpolitik.

Ich möchte einige Worte zur Einordnung dieses Antrags sagen. Wir haben es hier mit einer weiteren Hinterlassenschaft des schwarz-gelben Herbstes der Fehlentscheidungen zu tun; dies müssen wir heute feststellen.

(Beifall bei der SPD)

Ich rede von den Kürzungsmaßnahmen des Sparpakets der Bundesregierung. Im Gegensatz zum Ausstieg aus dem Atom-Ausstieg, der von Ihnen ja Gott sei Dank korrigiert wurde, gibt es hier noch keine Korrekturen. Wir fordern solche Korrekturen aber ein. Die SPD tritt für eine Politik ein, die gerade in den Zeiten des Aufschwungs allen eine Chance auf dem Arbeitsmarkt gibt.

(Beifall bei der SPD)

Ich rufe Folgendes in Erinnerung. Das Sparpaket hatte keinerlei Beitrag der Starken und Reichen beinhaltet. Es hatte mit Bankenabgabe und Brennelementesteuer keine spürbaren und seit Luftverkehrsabgabe sowie Bahnzwangsdividende auf den Kunden sofort durchgereichte Belastungen der Wirtschaft gebracht. Bei der Wirtschaft ist letztlich nichts hängen geblieben. Aber unmittelbar spürbare Kürzungen, Einschnitte und Belastungen treffen die Schwachen in dieser Gesellschaft, treffen die Familien, treffen vor allem Menschen, die lange ohne Arbeit sind. Das haben wir von Anfang an kritisiert.

(Beifall bei der SPD)

Ich gebe Ihnen einige Zahlen aus dem Jahr 2011 zu bedenken. Die Streichung des Elterngeldes für Arbeitslosengeld-II-Empfänger bedeutet eine Einsparung von 470 Millionen Euro zugunsten der Bundeskasse. Die Streichung des Heizkostenzuschusses für Wohngeldempfänger bringt dem Bund 200 Millionen Euro. Die Streichung des Zuschlags zum Arbeitslosengeld I, des befristeten Übergangs zum Arbeitslosengeld II bringt über 200 Millionen. In Summe werden 900 Millionen im Jahr eingespart. Wissen Sie, wofür der Bund dieses Geld ausgegeben hat? Ich bin dem Kollegen Barfuß dankbar, dass er heute gesagt hat, die FDP habe hier einen Fehler gemacht. Diese 900 Millionen haben Sie den Hoteliers geschenkt. Das ist die Mövenpick-Politik von FDP und CDU/CSU.

(Beifall bei der SPD - Jörg Rohde (FDP): Ach mei!)

40 % des Sparpaketes gehen unmittelbar zulasten des Haushalts von Frau von der Leyen. Sie machen einen Kahlschlag bei den Qualifizierungsangeboten, den Weiterbildungsangeboten und den Umschulungsangeboten. Die Maßnahmen mögen noch so harmlos als Instrumentenreform oder als Umwandlung von Pflicht- in Ermessensleistungen dargestellt werden, wir lassen Ihnen diese schönen Etiketten nicht durchgehen, wenn Sie dahinter die gegenteilige Politik machen.

(Beifall bei der SPD)

Die Kürzungen bei der Arbeitsmarktpolitik nach dem SGB III, also bei der Aktiven Arbeitsmarktpolitik der Bundesagentur, summieren sich für die Jahre 2012 bis 2015 auf 11,5 Milliarden Euro. Bei den Leistungen nach SGB II, bei den jetzt durch Schwarz-Gelb gekürzten Eingliederungsmaßnahmen oder bei der sogenannten Effizienzverbesserung in der Arbeitsmarktverwaltung - ein weiterer Hohn - belaufen sich die Kürzungen auf eine Gesamtsumme von 15 Milliarden Euro. In den Jahren 2012 bis 2015 wird sage und schreibe ein Betrag von 26,5 Milliarden Euro eingespart. Obendrauf kommen noch einmal Kürzungen in Höhe von vier Milliarden Euro beim Heizkostenzuschuss, beim Elterngeld und so weiter. Das soll eine gerechte Verteilung sein? Das glaubt doch nicht einmal Herr Rohde. Sie nehmen es denen, die es am nötigsten brauchen.

(Beifall bei der SPD - Jörg Rohde (FDP): Nennen Sie in Ihrer Rede auch noch die Arbeitslosenzahlen?)

- Herr Rohde, Sie bringen genau das Stichwort. Wir haben in diesem Jahr bei den Leistungen nach SGB II und SGB III ein Minus von zwei Milliarden. Ich habe zuvor ab 2012 gerechnet. Dieses Minus kann man momentan vielleicht noch im Rahmen irgendeines Aufschwungs ausgleichen. Die Kürzungen, die jetzt beschlossen werden, die bis 2014 auf acht Milliarden anwachsen sollen und sich 2015 fortsetzen werden, sollen künftig völlig konjunkturunabhängig sein. Ungeachtet der Konjunkturentwicklung, auch wenn sie in vier Jahren wieder zurückgeht, was nicht auszuschließen ist, sollen acht Milliarden im Jahr gekürzt werden. Mit der Arbeitsmarktentwicklung brauchen Sie dann überhaupt nicht mehr zu kommen, Herr Kollege.

Zwei weitere Punkte sind anzusprechen. Das eine ist die Insolvenzgeldumlage. Hier hat die Bundesregierung gegen den Protest der SPD 1,1 Milliarden Euro zulasten des Darlehenbedarfs der Bundesagentur für Arbeit vereinnahmt. Wir haben uns dafür ausgesprochen, die Grundsicherung zu entlasten. Das ist richtig. Die Kommunen waren bei der Grundsicherung zu entlasten. Das geht aber auch zu hundert Prozent zulasten der Bundesagentur. Ein halber Mehrwertsteuersatz, das sind bis zum Jahr 2015 12,5 Milliarden, fehlt in der Steuerfinanzierung. Auch das nehmen Sie zukünftig der Bundesagentur weg. Auch in Zeiten des Aufschwungs ist es aber unabdingbar, für die zu sorgen, die nicht an diesem Aufschwung teilhaben.

Jetzt bin ich bei Ihrem Einwand, Herr Kollege Rohde. Schauen Sie sich die Zahlen der Bundesagentur an. Trotz des Jahrhundertaufschwungs hat sich die Zahl

der Langzeitarbeitslosen verfestigt. Sie hat sich nicht vermindert. Wir haben jetzt den empirischen Beweis. Die Langzeitarbeitslosen brauchen noch mehr Chancen. In dem Moment, wo dies bewiesen ist, nehmen Sie ihnen die letzten Chancen weg. Das ist falsch und unsozial.

(Beifall bei der SPD)

54 % der Kunden der Bundesagentur beziehen Leistungen nach dem SGB II, also Leistungen der Grundversicherung. In manchen Orten - schauen Sie nach Nürnberg - sind 74 % der Kunden der Bundesagentur Langzeitarbeitslose. Genau die treffen Sie jetzt mit Ihren Maßnahmen. Das ist im Übrigen ein weiterer Beitrag dazu, die Region Nürnberg und ihre Menschen zu schwächen. Auch das sage ich Ihnen sehr deutlich.

Wenn Sie einen weiteren Beweis bräuchten, kann ich Ihnen den hier liefern. Selbst Bayerns Arbeitsministerin Christine Haderthauer glaubt - so zitierte sie die "Bayerische Staatszeitung" letzten Freitag -, dass es der falsche Weg sei, die Ausgaben für die Arbeitsmarktpolitik zu kürzen, nur weil die Arbeitslosigkeit gesunken sei. Frau Ministerin, damit haben Sie Recht. Wir nehmen Sie beim Wort. Treten Sie mit uns ein gegen eine Reform, die wir nur noch als zynisch empfinden können. Ich habe die Zahlen genannt. Bis 2015 werden die Leistungen für die hier betroffenen Bevölkerungsgruppen um weit über 26 Milliarden Euro gekürzt. Das ist mit uns nicht zu machen. Wir wenden uns gegen den Kahlschlag bei der Eingliederungspolitik und den Qualifizierungsmaßnahmen. Wir fordern mit unserem Antrag darüber hinaus eine aktive Beschäftigungspolitik, und wir fordern, dass jeder in diesem Land eine Chance auf Arbeit hat. Das wollen Sie doch sonst auch immer.

Zum Antrag der CSU ein Hinweis. Er ist von den Sozialpolitikern geschrieben. Das ist gut so. Er enthält im Detail eine Fülle richtiger und bedenkenswerter Maßnahmen, die wir zum Teil natürlich auch selber vorschlagen. Wir freuen uns deshalb über Ihre Unterstützung. Solange Sie sich aber nicht um die Finanzausstattung kümmern, solange Sie nicht wie wir sagen, Du darfst die Leistungen nicht mit dem Buschmesser zusammenkürzen, bleiben Sie letztendlich doch unglaubwürdig. Wir nehmen Sie beim Wort. Kehren Sie um, gehen Sie mit uns und wenden Sie sich gegen die Kürzungen. Dann könnten wir gemeinsam gehen. Heute enthalten wir uns bei Ihrem Antrag.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Für die CSU-Fraktion darf ich jetzt Herrn Kollegen Unterländer das Wort erteilen.

Joachim Unterländer (CSU): Liebe Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Geschätzter Herr Kollege Dr. Beyer, der Unterschied zwischen beiden Anträgen ist der, dass es nach unserer Meinung einer Reform der Arbeitsmarktpolitik, einer sogenannten Instrumentenreform bedarf, dass eine Weiterentwicklung der Arbeitsmarktpolitik notwendig ist. Auch im Zusammenhang mit dem großen Potenzial an Beitragsmitteln aus der Arbeitslosenversicherung müssen wir uns fragen, wie sich der Arbeitsmarkt entwickelt,

(Volkmar Halbleib (SPD): Entscheidend ist das Geld!)

wie die Finanzstruktur innerhalb der Bundesagentur ist und wie effizient die Maßnahmen sind. Das sind die Gründe, die die Reform notwendig machen. Bei der Klausurtagung der CSU-Landtagsfraktion im Winter dieses Jahres in Wildbad Kreuth hat der Chef der Bundesagentur für Arbeit, Herr Weise, darauf hingewiesen, dass auch aus seiner Sicht die einen oder anderen Fördermaßnahmen nicht effizient genug seien und deshalb einer Veränderung bedürften. Ich bin schon auch der Meinung - Frau Staatsministerin wird es sicher nachher auch noch zum Ausdruck bringen -, dass die Situation auf dem Arbeitsmarkt und die finanzielle Entwicklung nicht der alleinige Grund für eine Reform sind, dass sie aber Einfluss auf Reformen und Veränderungen haben müssen. Es ist und muss ein Unterschied sein, ob wir acht Millionen oder 4,8 Millionen Arbeitslose haben.

Meine Damen und Herren, in dem Zusammenhang möchte ich ganz klar darauf hinweisen, dass die Union und die FDP sowohl im Bund als auch hier im Freistaat Bayern eine in der Geschichte dieses Landes beispiellos erfolgreiche Arbeitsmarktpolitik betrieben haben, die dazu beigetragen hat, dass wir gerade im Freistaat Bayern die niedrigste Arbeitslosenquote und vor allem - darauf weist der Herr Ministerpräsident mit Recht hin - eine sehr niedrige Jugendarbeitslosenquote haben. Diese Arbeitsmarktpolitik erreicht fast alle, die eine Arbeit suchen. Das ist ein Erfolg dieser Regierung und der sie tragenden Parteien.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Vor diesem Hintergrund halten wir eine Arbeitsmarktreform für erforderlich. Ich möchte aber auch darauf hinweisen, dass die ersten Vorstellungen im Diskussionsentwurf durchaus veränderungsbedürftig sind.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Da sind wir uns einig!)

Deshalb hätte es Ihres Antrags aus unserer Sicht gar nicht mehr bedurft. Eine Bundesratsinitiative enthält Punkte, die auch wir in unserem Antrag dokumentiert haben. Bei diesen Punkten hat die SPD im Bundesrat offensichtlich auch mitgestimmt. Deswegen halten wir Ihren Antrag für entbehrlich.

(Volkmar Halbleib (SPD): Sie korrigieren Ihre eigenen Fehler!)

Ich möchte darauf hinweisen, dass der Grundsatz "So viele Ermessensleistungen wie möglich und so wenige Pflichtleistungen wie nötig" aus unserer Sicht richtig ist. Deshalb müssen Reformen, die auf die individuellen Bedürfnisse regionaler und personeller Art abzielen, im Mittelpunkt stehen. Wir brauchen vermittlungunterstützende Leistungen, die weiterentwickelt werden können und besonders auf Menschen mit besonderem Förderbedarf wie Schwerbehinderte oder psychisch Kranke Rücksicht nehmen. In diesem Zusammenhang brauchen wir auch präventive Maßnahmen. Die Vereinheitlichung einer Förderung und die selbstständige Tätigkeit sind für uns ebenso wichtige Ziele, wie die Vereinfachung und Zusammenfassung der Eingliederungszuschüsse. Vor dem Hintergrund vieler Ermessensleistungen und individueller Ansätze sollte die Freie Förderung im SGB III wieder eingeführt werden. Wir brauchen eine Neukonzeption öffentlich geförderter Beschäftigung. Gleichzeitig sollte die Förderung für das dritte Ausbildungsjahr mit dem Alten- und Krankenpflegegesetz sichergestellt und ausgebaut werden. Im Rahmen der Dringlichkeitsanträge haben wir darüber beraten.

Wir müssen eine differenziertere Arbeitsmarktpolitik betreiben, als das in der Vergangenheit der Fall gewesen ist. In diesem Zusammenhang verweise ich auf die Finanzierungsgrundlagen für die Jugendwerkstätten und die sozialpädagogische Begleitung für minderjährige Auszubildende.

Meine Damen und Herren, Arbeitsmarktpolitik und Arbeitsmarktreformen dürfen nicht tabu sein. Es gibt jedoch wichtige Ansätze, die selbst bei Reduzierung zu neuen Instrumenten und neuen Möglichkeiten führen. In diesem Zusammenhang möchte ich an das Jugendwohnen und das Wohnen von Lehrlingen im Sinne einer Weiterentwicklung der Strukturpolitik erinnern.

Zusammenfassend kann ich sagen, die Aspekte, die in unserem Antrag genannt werden, müssen bei der weiteren Beratung eine Rolle spielen. Eine völlige Ablehnung ist aus unserer Sicht der falsche Ansatz, zumal wir bei Ihnen auch keine geeigneten Ansätze erkennen. Ich bitte Sie deshalb, dem Antrag der CSU

und der FDP zuzustimmen und den SPD-Antrag abzulehnen.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Kolleginnen und Kollegen, ich möchte Ihnen ankündigen, dass für den interfraktionellen Antrag auf Drucksache 16/9273 namentliche Abstimmung beantragt worden ist.

Ich fahre in der Rednerliste fort. Für die FDP-Fraktion hat Herr Kollege Rohde das Wort.

Jörg Rohde (FDP): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst bin ich der SPD sehr dankbar, dass wir heute eine Debatte zu diesem Thema führen können. Selbstverständlich werden wir den Antrag ablehnen. Mit Ihren Forderungen machen Sie es mir sehr leicht, diese Ablehnung zu begründen. Im Gegenzug begrüße ich den von CSU und FDP eingebrachten Antrag. Das wird Sie sicherlich nicht besonders verwundern.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Ein bisschen wundert uns das schon!)

Ich gehe auf das Umfeld ein, in welchem wir uns befinden. Ich möchte auf eine Rede von Dr. Heinrich Kolb vom 07.07.2011 im Deutschen Bundestag verweisen. Dort hat es eine Aktuelle Stunde zur Arbeitsmarktpolitik gegeben. Es sind aktuelle Zahlen genannt worden: Im April waren in Deutschland 40,7 Millionen Menschen erwerbstätig. 28,233 Millionen Menschen waren sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Das füllt unsere Steuerkassen. Das füllt unsere Sozialkassen. Das ist wunderbar. Im Juni lag die Arbeitslosenquote bei 6,9 %. Das sind 23,1 % weniger Arbeitslose als im selben Monat des Vorjahres. Das sind Traumwerte. Wir wissen, dass Bayern Vorreiter ist. In der Tabelle befinden wir uns im Ländervergleich ganz vorne. Das ist auch gut so. Das ist der Erfolg der schwarz-gelben Regierung in Bayern.

Wir haben ein Problem, die Langzeitarbeitslosigkeit. Herr Kollege Dr. Beyer, ich stimme Ihrer Analyse zu. Wir haben 2,089 Millionen Langzeitarbeitslose. Die Frage lautet: Was tun wir? Herr Kollege, das trennt uns schon wieder. 2005 ist die Weiterbildungsförderung mit zwei Milliarden Euro finanziert worden. 2011 werden über drei Milliarden Euro hierfür bereitgestellt. Im Jahre 2005 hatten wir fast fünf Millionen Arbeitslose. Im Jahre 2011 haben wir weniger als drei Millionen Arbeitslose.

(Inge Aures (SPD): Da können Sie nichts dafür!)

Das bedeutet, wir geben eine Milliarde Euro mehr für zwei Millionen weniger Arbeitslose aus. Das ist eine

Fokussierung auf die Qualifizierung der Jobsuchenden. Das bringt uns weiter. Aus diesem Grund kann ich nicht verstehen, warum Sie uns mit Ihrem Antrag Leistungskürzungen vorwerfen. Herr Kollege, wir sind auf dem richtigen Weg. Die Sachlage und der Wirtschaftsaufschwung geben uns recht. Herr Kollege, das ist schon mal ein Grund, Ihren Antrag abzulehnen. Des Weiteren wird Sie nicht wundern, dass sich die FDP gegen öffentlich geförderte Beschäftigung ausspricht.

Die Zahlen auf dem Arbeitsmarkt sind so gut, dass wir es schaffen müssen, die Menschen direkt in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren. Sie sind sicherlich vom Fach. Selbst schwerbehinderte Menschen haben eine Chance, auf dem ersten Arbeitsmarkt mithilfe von Coachings einzusteigen. Wir sind aus Mittelfranken. Wir kennen das. Herr Kollege, ich weiß, dass Sie sehr viel Vernunft in die Debatte einbringen. Ich zitiere meinen Fraktionsvorsitzenden im Bundestag: "Die Vernunft macht in der SPD manchmal sehr einsam."

Wir sind ganz klar der Meinung, dass der SPD-Antrag abzulehnen ist. Kollege Unterländer hat schon angesprochen, dass die Instrumentenreform für die arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen endlich einmal angegangen werden müsste. Diese kleinen Schritte können wir gerne noch einmal im Detail ausführlich diskutieren. Sicherlich würde die aktuelle Debatte heute zu weit führen.

Aus dem Antrag der CSU und der FDP möchte ich die Punkte acht und elf besonders hervorheben. Heute Morgen haben wir eine entsprechende Debatte geführt. Gerade in der Alten- und Krankenpflege haben Jobsuchende sehr gute Zukunftsperspektiven. Dort sind die Fördergelder sehr gut angelegt. In Punkt elf des Antrags der CSU und der FDP wird darauf hingewiesen, dass auch die Jobvermittler Sicherheit bräuchten. Vielleicht erinnern Sie sich noch an die Debatte. Die Möglichkeit zu einer unbefristeten Vermittlungsarbeit sollte flächendeckend in den Jobcentern und ARGEn bestehen. Selbstverständlich werden zwischen dem Jobvermittler und dem Jobsuchenden im Laufe der Zeit Beziehungen aufgebaut. Der Jobvermittler weiß, wo er den Jobsuchenden hinschicken kann. Wir brauchen Sicherheit. Der Antrag geht in die richtige Richtung. Deswegen bitte ich Sie, dem Antrag der CSU und der FDP zuzustimmen und den SPD-Antrag abzulehnen.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Es folgt eine Zwischenbemerkung des Kollegen Dr. Beyer.

Dr. Thomas Beyer (SPD): Lieber Herr Kollege Rohde, wenn der Theaterdonner verhallt ist, haben

Sie in vielen Punkten das bestätigt, was ich gesagt habe. Hätten Sie die Zahlen zum Umfang der Kürzungen auch zur Kenntnis genommen, hätten Sie gewusst, dass auch die schönste Instrumentenreform Gefahr läuft, ins Leere zu gehen, wenn hinterher keine Gelder für die Instrumente zur Verfügung gestellt werden können.

Ich freue mich, dass Sie zum Schluss den Punkt der Altenpflege und die Förderung des dritten Ausbildungsjahres angesprochen haben. Ja, es war ein Fehler, die Förderung zu kürzen. Gut, dass Sie jetzt dafür sind, die Förderung wieder auszuweiten.

Sie sprechen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Jobcentern an. Diese liegen uns auch am Herzen. Im ersten Punkt unseres Antrags fordern wir die ausreichende personelle Ausstattung der Jobcenter. Das hätten Sie lesen sollen.

Ich möchte an dieser Stelle noch etwas nachtragen und hoffe, dass wir uns da einig sind. Die zunächst harmlos daherkommende Formulierung "Übergang von Pflicht- zu Ermessensleistungen" birgt zwei Gefahren: Zum einen wird der Anspruch zu einer Wohltat gemacht und zum anderen setzen Sie damit die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Jobcentern unter Druck. Die sind es, die mit den Leistungsvorgaben von oben den Anliegen der Bürgerinnen und Bürger, der Langzeitarbeitslosen und Grundsicherungssuchenden Rechnung tragen müssen. Sie müssen selber entscheiden, ohne eine klare Grundlage zu haben.

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie uns einig darüber sein, dass wir Ihnen auch da Sicherheit geben wollen.

(Beifall bei der SPD)

Jörg Rohde (FDP): Lassen Sie uns die Einigkeit etwas herausarbeiten. Wir wollen, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von einer guten personellen Ausstattung profitieren und einen richtigen Arbeitsvertrag haben. Die Arbeitsmarktzahlen beweisen, dass wir weniger Arbeitslose haben. Deswegen brauchen wir insgesamt weniger Jobvermittler. Ihre Forderung nach einer ausreichenden personellen Ausstattung könnte zu Fehlinterpretationen führen. Der Schlüssel muss sich verbessern. Wir brauchen viele Jobvermittler. Sie kennen die Fachterminologie und den Schlüssel von 1 : 200. Weil wir jedoch weniger Arbeitssuchende haben, brauchen wir entsprechend weniger Vermittler. Die Vermittler, die wir haben, brauchen Sicherheit und die richtigen Instrumente. Wir brauchen auch mehr Flexibilität. In der Optionskommune Erlangen gibt es Leute, die lokal auf die Gegebenheiten und Anforderungen hin ausgerichtet sind, dann aber

aus Berlin einen Strich durch die Rechnung gemacht bekommen, indem es heißt: Nein, das eine oder andere geht nicht. Man benötigt mehr Flexibilität, aber auch die Finanzmittel. Zumindest geht es in die richtige Richtung.

Im Detail sind wir im einen oder anderen Punkt in der richtigen Debatte unterwegs. Wir haben herausgefunden, dass die Sozialpolitiker an der Debatte beteiligt sind. Da wir uns meist über Berliner Themen den Kopf zerbrechen, müssen wir es auch nicht selbst zahlen. Wir sind mit Schwarz-Gelb auf dem richtigen Weg und werden die Abstimmung so durchführen, wie wir es angedeutet haben.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Ich darf noch bekannt geben, dass auch die SPD-Fraktion zu ihrem Antragnamentliche Abstimmung beantragt hat. Somit wissen wir, wie es weitergeht. Jetzt darf ich für die Fraktion der FREIEN WÄHLER Herrn Professor Dr. Bauer das Wort erteilen. Bitte schön, Herr Kollege.

Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! In der öffentlichen Diskussion über das Thema Arbeitsmarktpolitik ist zum Glück eine gewisse Entspannung zu verzeichnen. Die Arbeitslosenzahlen sind erfreulicherweise gerade auch in Bayern gesunken. Das ist gut so. Doch die Brisanz dieses Themas ist noch nicht erledigt; denn die Probleme auf dem Arbeitsmarkt haben sich verlagert. Es gibt einen Wandel. Es geht nicht mehr vor allem darum, eine große Anzahl von Arbeitslosen zu vermitteln, wie es in den vergangenen Jahren der Fall war. Die Schwerpunkte haben sich verlagert. Es geht darum, dem drohenden Fachkräftemangel entgegenzuwirken, und es geht um diejenigen, die schwer zu vermitteln sind. Diese Gruppen finden nach wie vor wenig Arbeit bzw. gar keine Arbeit, auch in der jetzt wirtschaftlich positiven Lage.

Ich möchte auch junge Menschen ohne Schulabschluss anführen und solche, denen der Berufseinstieg nicht gelingt. Darüber haben wir im Hohen Hause auch schon öfter gesprochen. Darüber hinaus stellt es sich immer wieder kritisch und schwierig dar, auch ältere Arbeitslose wieder in den Erwerbsprozess einzugliedern.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, vor diesem Hintergrund ist es völlig verfehlt, ein Gesetz zu erlassen, das Kosteneinsparungen gerade in diesem Problembereich vorsieht. Das ist genau der Kern dieses Gesetzesentwurfs zur Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt, wie der Titel heißt. Der konjunkturelle Aufschwung muss gefördert wer-

den, und das Problem des Fachkräftemangels muss angegangen werden. Dazu lässt der Gesetzesentwurf leider Maßnahmen vermissen.

Auch der Bundesrat äußert sich in seiner Stellungnahme sehr kritisch zu dem vorgelegten Gesetzesentwurf und hat erhebliche Bedenken. Der Bundesrat hat diese Bedenken ganz klar artikuliert. Diesen schließen wir uns auch an. Der Existenzgründungszuschuss ist ein weiteres erfolgreiches Instrument der Arbeitsförderung, das Menschen direkt in die Erwerbstätigkeit führt und sogar zukünftig weitere sozialversicherungspflichtige Beschäftigungen schaffen kann. Nach dem neuen Gesetz kommt es für diese Gruppe zu Beschneidungen. Das ist ausgesprochen kurzsichtig und kontraproduktiv. Finanzierungseinschnitte bei der Berufseinstiegsbegleitung sind sachwidrig. Gerade für junge Menschen ist es ausgesprochen wichtig, dass sie nach Abschluss der Berufsausbildung eine Anstellung finden, und zwar eine sichere Anstellung. Es hat sich gezeigt, dass sich ein Leistungsbezug in jungen Jahren häufig in späteren Lebensjahren festsetzt. Man spricht sogar - ich setze das in Anführungszeichen - von Hartz-IV-Karrieren. Das darf nicht sein. Man muss sich bemühen, gerade diesen jungen Menschen eine sichere und langfristige Erwerbstätigkeit zu ermöglichen. Dass diese nicht mehr durch die Bundesagentur finanziert werden soll, sondern nur dann, wenn sich Dritte mit mindestens 50 % an der Förderung beteiligen, ist falsch. Das, meine Damen und Herren, ist Sparen an einem völlig falschen Ort. Das ist nicht richtig.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Die berufliche Zukunft ist unser Pfund. Sie ist uns sehr wichtig. Deshalb dürfen wir diesen Bereich nicht vernachlässigen, sondern müssen ihn stärken. Wir FREIEN WÄHLER begrüßen deshalb den Antrag der SPD und werden ihn unterstützen, wobei wir die erforderliche Neuorientierung bei der Arbeitsvermittlung in Anbetracht des Fachkräftemangels vermissen. Das ist für uns ein kleiner Wermutstropfen - dennoch werden wir dem Antrag zustimmen. Der Antrag der Koalitionsregierung hat viele gute Ansätze; er ist aber leider sehr prosaisch und lyrisch formuliert. Wir werden uns enthalten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN - Jörg Rohde (FDP): Es sind doch konkrete Sachen drin!)

Präsidentin Barbara Stamm: Für die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN erteile ich Frau Kollegin Scharfenberg das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Maria Scharfenberg (GRÜNE): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Frau Präsidentin, meine Damen und

Herren! Genau zur bisher geplanten Instrumentenreform und der zukünftigen Ausgestaltung der Arbeitsförderung haben wir als GRÜNE schon vor zwei Wochen einen Antrag gestellt, nämlich einen Berichtsantrag. Wir werden ihn nach der Sommerpause im Sozialausschuss behandeln. Das ist hier für uns der Aufschlag im bayerischen Parlament.

Meine Damen und Herren, die geplante Instrumentenreform ist eindeutig von der Vorgabe der Einsparung von Haushaltsmitteln des Bundes bzw. der Agentur für Arbeit geprägt und nicht an inhaltlichen Erfordernissen orientiert. Das ist etwas, was uns umtreibt. Im Bundeshaushalt soll bis 2015 um 25 Milliarden Euro gekürzt werden. Meine Damen und Herren, das ist ein katastrophaler Kahlschlag in der Arbeitsförderung. Das werden alle Arbeitslosen stark spüren, und die jetzige Spaltung des Arbeitsmarktes wird noch größer werden. Wir gehen das Risiko nicht ein - Sie gehen es ein. Wir wollen keine Spaltung der Gesellschaft hervorrufen. Daran können wir zurzeit auch gar nicht interessiert sein.

Das Argument, wir haben doch weniger Arbeitslose, wir brauchen mehr Fachkräfte, das von Ihnen immer genannt wird, hat ein Problem. Das Problem besteht darin, dass auf Bundesebene von der Regierung nicht gesehen wird, dass die Arbeitslosen aufgrund dieser Kürzungen nicht mehr adäquat gefördert werden können, meine Damen und Herren. Das ist der Knackpunkt. Bei sinkender Arbeitslosigkeit geht die Langzeitarbeitslosigkeit nicht von selbst zurück. Sie unterliegen diesem Trugschluss. Das tragen wir nicht mit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn in den ersten vier Monaten des Jahres 2011 im Vergleich zum Vorjahr die Zahl der Weiterbildungen um mehr als ein Drittel zurückgegangen ist, die Selbstständigenförderung um fast die Hälfte und die Jobperspektiven der Arbeitslosen um zwei Drittel zurückgegangen sind, dann rührt das noch von den Kürzungen des Jahres 2010 her. Die Kürzungen in Zukunft werden noch viel drastischer sein. Auf dem Arbeitsmarkt gibt es schon Auswirkungen auf die Langzeitarbeitslosen. Das müssen Sie sich vergegenwärtigen. Was jetzt noch bis 2015 kommen wird, hat eine ganz große Überschrift, die uns alle betrifft wird, nämlich: Reduzierung statt Qualifizierung. Das dürfen wir nicht zulassen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das korrespondiert in keiner Weise mit dem Rückgang der Arbeitslosigkeit, insbesondere nicht im Bereich des ALG II, in dem mittlerweile über 70 % aller Arbeitslosen betreut werden. Geben wir es denn auf,

diese Menschen in den ersten Arbeitsmarkt hineinzubringen?

(Jörg Rohde (FDP): Eben nicht!)

Wollen wir das aufgeben? Ich dachte, wir haben immer noch ein Ziel.

(Jörg Rohde (FDP): Ich hatte gehofft, Sie haben meine Rede gehört!)

Wir brauchen nach wie vor die Integration in den ersten Arbeitsmarkt. Wenn wir Geld kürzen, gelingt das nicht mehr, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dabei brauchen wir zum Beispiel die lokale bzw. regionale Ebene. Dazu hätte ich mir auch neue Impulse erwartet, zum Beispiel die Umwandlung passiver Leistungen, nämlich ALG II, Unterkunft, Sozialversicherungsbeiträge und Maßnahmekosten in ein Arbeitsentgelt umzuwandeln bzw. an den Arbeitgeber auszuzahlen, damit er dann die Menschen bezahlen kann. Das ist Passiv-Aktiv-Transfer. Das fehlt mir in dem Vorschlag völlig.

Aufgrund unseres Berichtsantrages werden wir nach der Sommerpause Auskunft darüber erhalten, wie es um die Arbeitslosen bestellt sein wird. Der Antrag der SPD sieht die Spaltung des Arbeitsmarktes sehr deutlich und zeigt Wege auf, dieser Spaltung entgegenzutreten. Deswegen unterstützen wir ihn. Beim Antrag der CSU enthalten wir uns, weil eine große Kleinigkeit fehlt, nämlich die Finanzierung der aufgezählten guten Punkte, die Sie wohlweislich anführen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vergessen Sie nicht, dass Sie die von Ihnen aufgeführten tollen und wichtigen Verbesserungen niemals erreichen werden, wenn sie diesen Betrag bis 2015 um Milliarden Euro kürzen. Dieses Gesetz der Instrumentenreform ist auf Bundesebene auch von der CSU und der FDP auf den Weg gebracht worden.

Sie können hier wunderschöne Ziele formulieren. Wenn Sie aber in diesem Maße einsparen, dann haben Sie keine Prioritäten gesetzt. Deswegen werden wir uns zu Ihrem Antrag der Stimme enthalten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Für eine Intervention erteile ich Herrn Kollegen Rohde das Wort.

Jörg Rohde (FDP): Frau Kollegin, wir haben gemeinsam einen Blick auf die Arbeitsmarktzahlen geworfen. Ich habe in meiner Rede einiges erwähnt, was Sie

vermutlich nicht gehört haben. Ich möchte auf Folgendes hinweisen: Bei einer erhöhten Beschäftigung und somit mehr Einzahlern in die Sozialversicherungssysteme, auch in die Arbeitslosenversicherung, werden wir mehr Mittel zur Verfügung haben. Deswegen haben wir keinen eigenen Passus eingebaut, woher das Geld kommen soll. Wir haben vielmehr zielgerichtet formuliert, wie wir die vorhandenen Gelder besser verwenden würden. Deshalb werbe ich noch einmal um Ihre Unterstützung, auch wenn wir keinen eigenen Satz spendiert haben. Wir alle wissen doch, dass mehr Geld zur Verfügung stehen wird.

(Beifall bei der FDP)

Maria Scharfenberg (GRÜNE): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Herr Rohde, Sie können zwar werben, aber sie kriegen die Unterstützung nicht. Denken Sie einfach nur an den Begriff der Inklusion. Sie wollen - darauf haben wir uns auf europäischer Ebene geeinigt - Behinderte in den ersten und zweiten Arbeitsmarkt bringen. Was glauben Sie, was das kostet?

(Jörg Rohde (FDP): Viel Geld!)

Darauf müssen wir uns konzentrieren. Deshalb dürfen wir nicht einfach sparen und einen Kahlschlag machen. Wir müssen einmal die Kosten für die Inklusion benennen. Das tun Sie nicht. Deshalb werden wir Ihren Antrag nicht unterstützen.

(Beifall bei den GRÜNEN - Jörg Rohde (FDP):
Wir schauen noch einmal ins Detail!)

Präsidentin Barbara Stamm: Für die Staatsregierung hat Frau Staatsministerin Haderthauer ums Wort gebeten.

Staatsministerin Christine Haderthauer (Sozialministerium): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Wenn hier immer davon gesprochen wird, dass Haushaltsansätze, die nach unten gezogen werden, Kürzungen für die Bürgerinnen und Bürger brächten, ist dies ein ständiger Irrtum oder eine vorsätzliche Falschbehauptung. Wenn weniger Menschen diese Leistungen brauchen, ist es legitim, dafür weniger Geld anzusetzen. Das heißt aber noch lange nicht, dass bei dem Einzelnen weniger ankommt.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Eigentlich ist das eine Banalität. Anscheinend ist es aber notwendig, sie immer wieder darzustellen.

Warum brauchen immer weniger Menschen diese Leistungen? Weil wir eine hervorragende Beschäftigungssituation haben. An dieser Stelle möchte ich

noch einmal sagen, dass Bayern ein Motor für Deutschland ist, weil wir die richtigen Impulse in der Arbeitsmarktpolitik setzen. Weil nach den eigenen Impulsen gefragt wurde, möchte ich erwähnen, dass wir mit dem Arbeitsmarktfonds im Umfang von 5,6 Millionen Euro Maßnahmen beschlossen haben, die genau denen helfen, die diese Zusatzförderung und -qualifizierung brauchen.

Es ist ein Irrtum zu glauben, dass man sich bei der Arbeitsmarktpolitik automatisch zurücklehnen könnte, wenn immer mehr Menschen in Beschäftigung kommen. Es wäre aber auch ein Irrtum zu glauben, dass überhaupt nicht nachgesteuert werden müsse. Wir müssen auf die Bedarfslagen, die wir haben, jetzt sehr viel individueller eingehen. Bayern macht hier vor, wie das geht. Lieber Herr Kollege Dr. Beyer, in Berlin werden Harz-IV-Karrieren vererbt. Wir zeigen, wie dies vermieden werden kann, indem wir gemeinsam das Projekt Tandem fördern, das auf Familien mit einer ganzheitlichen Betreuung und Beratung zugeht.

Uns geht es darum, die bayerische Kompetenz im Bund einzubringen. Dies steht im Dringlichkeitsantrag der CSU. Interessant ist übrigens, dass die Kollegen der A-Länder, auch die Fachpolitiker der SPD, mit uns in vielen Punkten einig sind und wir gemeinsam ein Konsenspapier in den Bundesrat eingebracht haben. In diesem Papier wurden unter Beteiligung von SPD-Kollegen viele Punkte, die in diesem CSU-Dringlichkeitsantrag enthalten sind, auf die Bundesebene transportiert. Die Pauschalablehnung, die wir von Ihnen gehört haben, haben wir bei den Fachkollegen im Bund nicht wahrgenommen.

Eines möchte ich deutlich machen: Wir brauchen weniger Mittel, gerade für diejenigen Menschen, die eine gute Beschäftigung gefunden haben und in das System einzahlen. Sie tragen dazu bei, dass die Bundesagentur für Arbeit ihre Aufgaben besser bewältigen kann. Deshalb ist es legitim, die Steuerzuschüsse zu begrenzen. Wir brauchen aber wesentlich passgenauere Maßnahmen als bisher. Viel Geld heißt nicht automatisch gute Qualität. Die Kunst ist es, mit den Steuermitteln, die wir haben, verantwortungsvoll umzugehen. Diese Kunst zeigt sich im CSU-Dringlichkeitsantrag. Was dort formuliert ist, haben wir im Bund eingebracht. Über die Richtigkeit dieser Maßnahmen besteht bei den Fachpolitikern parteiübergreifend Einigkeit.

Deswegen werden wir Ihren Dringlichkeitsantrag ablehnen und den Dringlichkeitsantrag der CSU unterstützen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Präsidentin Barbara Stamm: Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Dazu werden Dringlichkeitsanträge wieder getrennt. Für beide Anträge wurde namentliche Abstimmung beantragt.

Ich stelle zunächst den interfraktionellen Dringlichkeitsantrag der Fraktionen der CSU und der FDP auf Drucksache 16/9273 zur Abstimmung. Die Urnen stehen bereit. Mit der Stimmabgabe kann begonnen werden. Dafür stehen fünf Minuten zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 12.46 bis 12.51 Uhr)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich beende den Wahlgang, die Zeit ist um. Ich bitte, die Stimmkarten draußen auszuzählen. Ich gebe das Ergebnis dann später bekannt. Ich darf in der Abstimmung fortfahren. Ich lasse jetzt namentlich abstimmen über den Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf der Drucksache 16/9258. Ich bitte, die Stimmkarten einzuwerfen. Drei Minuten!

(Namentliche Abstimmung von 12.52 bis 12.55 Uhr)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, die Zeit ist um. Ich beende den Wahlgang und bitte, die Stimmkarten draußen auszuzählen. Ich gebe das Ergebnis zu einem späteren Zeitpunkt bekannt. Ich bitte, die Plätze einzunehmen, damit wir in der Sitzung fortfahren können.

(Anhaltende Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Ich bitte, die Plätze einzunehmen, damit wir in der Sitzung fortfahren können. Ich bitte, Gespräche außerhalb des Plenarsaals zu führen.

Ich darf noch das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag von CSU und FDP auf Drucksache 16/9257, "Wald- und Forstwirtschaft haben zentrale Bedeutung bei der Energiewende", bekannt geben: Mit Ja haben 84 Abgeordnete gestimmt, mit Nein haben 74 Abgeordnete gestimmt. Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 4)

Ich darf auch das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der SPD auf Drucksache 16/9271, "Wald- und Forstwirtschaft nachhaltig in die Energiewende mit einbeziehen", bekannt geben. Mit Ja haben 51 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 101. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 5)

Bevor ich in der Tagesordnung fortfahre, darf ich jetzt noch die Restredezeiten für die einzelnen Fraktionen bekannt geben, damit Sie sich das einteilen können. Die CSU-Fraktion hat noch 4 Minuten 35 Sekunden zur Verfügung, die FDP 9 Minuten 45 Sekunden, die SPD 4 Minuten 20 Sekunden, die FREIEN WÄHLER 7 Minuten 10 Sekunden, die Fraktion der GRÜNEN 5 Minuten 30 Sekunden und die Staatsregierung 3 Minuten 15 Sekunden.

Ich rufe auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Eva Gottstein u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Neueinstellung von Lehrkräften (Drs. 16/9259)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Harald Güller, Martin Güll u. a. und Fraktion (SPD)
Schule besser machen - jungen Lehrerinnen und Lehrern eine Perspektive bieten (Drs. 16/9274)

Ich eröffne die allgemeine Aussprache und darf als erster Rednerin Frau Kollegin Gottstein das Wort erteilen. Bitte schön, Frau Kollegin.

Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): Sehr verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst beantragen wir eine kleine Änderung im Antragstext. Wir stellen den Antrag, an den Fachoberschulen, Berufsoberschulen und Berufsschulen mehr Lehrer als vorgesehen einzustellen und eventuell Quereinsteigerprogramme zu entwickeln. In der vorletzten Zeile unseres Antrags 16/9259, nicht in der Begründung, heißt es "in den Schuldienst an Berufsschulen". Das müsste, ebenso wie im ersten Satz des Antrags, "berufliche Schulen" heißen. Wir beschränken uns in dem Antrag nicht auf Berufsschulen, sondern wir reden in dem Antrag, so wie das auch im ersten Satz gesagt wird, von den beruflichen Schulen.

Ich möchte zunächst drei kurze Vorbemerkungen machen. Eigentlich bin ich sehr skeptisch an diesen Redebeitrag herangegangen. Es ist ein Antrag von vielen in diesem Hause, bei dem es immer wieder um das Gleiche geht: Wir brauchen mehr Lehrer. Seit heute bin ich aber nicht "guter Hoffnung", aber ich habe gute Hoffnung,

(Allgemeine Unruhe)

weil eine Frau Gruß und ein Herr Seehofer zeigen, dass sich Meinungen ändern. Ich gehe davon aus,

dass die Studiengebühren kein halbes Jahr mehr halten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Der Herr Ministerpräsident wird mir zustimmen. Wenn dieser Schritt getan ist, dann denke ich, werden wir doch entsprechend mehr Lehrer bekommen, und zwar spätestens dann, wenn die Steuereinnahmen, von denen wir heute schon gehört haben, insbesondere seitens der FDP, fließen werden. Ich denke, dann wird es zu einem Umdenken kommen. Deswegen bin ich jedenfalls frohen Mutes, dass wir hier auf offene Ohren stoßen, vielleicht zum ersten Mal.

Zweite Vorbemerkung. Ich weiß, dass vonseiten der Regierungskoalition unter anderem als Argument vorgetragen wird, vielleicht kommen auch noch ein paar andere Argumente: Noch nie haben wir so viel Geld für die Bildung ausgegeben. Noch nie hatten wir so viele Lehrer. - Das ist richtig, aber die Lehrer haben Sie nach wie vor nur auf dem Papier.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN - Unruhe bei der CSU)

Ich weiß nicht, wie Sie rechnen, Sie rechnen aber auf jeden Fall so, dass am Schluss nichts oder zu wenig herauskommt. Es ist doch völlig egal, nach welcher Mengenlehre Sie vorgehen oder nach welchen hoch mathematischen Erkenntnissen. Entscheidend ist doch, dass draußen keine Lehrer sind, dass wir zu wenig Lehrer haben!

(Lebhafter Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD - Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das ist das Problem! Lehrermangel aller Orten!)

Dritte Vorbemerkung: Es ist schon etwas seltsam, dass die Einstellungsschnitte für die Leute, die heuer fertig werden, morgen im Internet abrufbar sind, eventuell auch schon heute Nachmittag. Ich denke, die Regierungskoalition hat die Ergebnisse schon gestern und heute gehabt. Das befremdet etwas. Es ist eine ganz wichtige Aussage für ganz viele junge Leute. Die Bekanntgabe ist zufällig morgen, nachdem wir heute darüber reden. Man wusste, dass die Plenarwoche heute endet - und morgen gibt es diese Ergebnisse. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt! Ich unterstelle Ihnen hier Absicht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN - Zuruf von der SPD: Ich auch!)

Wir wollen mit unserem Antrag drei Problemfelder ansprechen. Erstes Problemfeld: Wir bilden einen Berg

bestqualifizierter Lehrer aus, die wir später auch bei Schüllerrückgang wieder brauchen werden - das wissen wir -, und setzen sie auf die Straße. Sie können sich selbst sämtliche Zahlen anschauen, die Sie grobteils kennen. Für die Grundschule gab es heuer über 2.000 Bewerber, wovon 600 genommen wurden. Von den Bewerbern für die Förderschule wurden nur zwei Drittel genommen, von den Bewerbern für die Realschule nicht einmal die Hälfte; von den Bewerbern für das Gymnasium wurde die Hälfte genommen, und das bei Notenschnitten, die inzwischen fast um eine Note besser sind als bei den Wartelisten der Jahre 2004 und 2005. Nach einem Zeitraum von fünf Jahren nimmt man Leute nicht mehr, die man vor fünf Jahren noch genommen und als gut qualifiziert betrachtet hat. Die Leute haben inzwischen Abschlussnoten, die besser sind als 2,0, und stehen auf der Straße. Das ist niemandem zu vermitteln.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Problemfeld zwei: Besonders in den beruflichen Schulen ist der Unterrichtsausfall extrem hoch. Man darf eigentlich gar nicht sagen, dass wir uns in dem Bereich, in dem wir die Grundlagen für unsere Wirtschaft legen, einen Unterrichtsausfall leisten, der dazu führt, dass wir nur noch von Mangelverwaltung reden können. Ich nenne das Beispiel einer Berufsoberschule in München: 680 Stunden wären im Budget. In diesem Bereich haben wir ohnehin schon eine generelle Kürzung um 80 Stunden. Jeder Leiter einer beruflichen Oberschule muss davon ausgehen, dass sein Budget grundsätzlich um 10 % heruntergefahren wird. Die Stunden werden um 10 % in einem Bereich gekürzt, wo wir die Leute brauchen. Dann kann der Leiter kaum die Hälfte dieser Stellen mit Planstellen absichern. Er muss auf Aushilfskräfte zurückgreifen, die er natürlich bekommt. Es ist aber klar, dass damit nicht die notwendige hochwertige Qualität garantiert ist, allein schon wegen der persönlichen Motivation dieser Leute, die nicht wissen, ob sie im Herbst wieder eine Anstellung bekommen. Das ist keine gute Personalführung, die wir aber gerade in diesem Schulbereich brauchen.

Drittes Problemfeld: Nur 12 % des Deutschunterrichts wird an diesen Schulen von Leuten unterrichtet, die für das Fach Deutsch die angemessene Ausbildung haben; das ist überhaupt nicht nachzuvollziehen. Ich habe mir gedacht, in der Wirtschaft redet man heute nur Englisch, wahrscheinlich ist Deutsch gar nicht mehr wichtig, und die Englischausbildung an den Berufsschulen ist so gut, dass man auf den Deutschunterricht verzichten kann. Da machen wir uns doch etwas vor. Überall wird davon geredet, dass die jungen Leute Schlüsselkompetenzen benötigen. Mit Sicherheit ist die Beherrschung und das Verständnis

der deutschen Sprache und die Kommunikationsfähigkeit in unserer deutschen Sprache eine Schlüsselqualifikation. Da leisten wir uns fachfremden Unterricht. Teilweise "coach" man in einem Fünf-Tage-Crashkurs die Referendare für den Unterricht jener Schüler, die eigentlich als Grundlage unseres Wirtschaftens gebraucht werden. Das ist ein Armutszeugnis.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Barbara Stamm: Frau Kollegin, Ihre Redezeit ist schon vorüber.

Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): Ich habe keine gescheite Uhr.

(Allgemeine Heiterkeit)

Präsidentin Barbara Stamm: Deswegen mache ich Sie darauf aufmerksam.

Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): Danke. - Unsere Forderung ist klar: mehr Lehrer an die beruflichen Schulen. Ich darf in vorauseilendem Gehorsam - das kann es aber bei der Opposition eigentlich nicht sein - auf die Quereinsteigerprogramme hinweisen. Den Satz darf ich vielleicht noch sagen: Am 13. September wird dieses Mal ein Programm für Gymnasiallehrer mit den Fächern Deutsch und Englisch, Deutsch und Sozialkunde sowie Englisch und Sozialkunde eröffnet. Wir möchten aber auch kreative Lösungen für Grundschullehrer, die den Förderunterricht in Deutsch abdecken könnten. Wir möchten aber einfach mehr Personal an der Schulart, die uns allen am Herzen liegen muss. Die Eltern dieser Schüler schreien vielleicht nicht so oft wie an anderen Schularten. Wir sind uns aber dessen bewusst, dass wir auf eine gute Ausbildung dieser Schüler nicht verzichten können.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. Für die SPD-Fraktion spricht Kollege Güll, bitte.

Martin Güll (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben in Bayern ein grundlegendes Problem. Wir stellen Lehrer nur nach Kassenlage ein. Bei uns bestimmt der Finanzminister über die Einstellungsquoten und die Qualität an den Schulen. Das muss sich ganz schnell ändern. Wir stimmen zwar aus grundsätzlichen Erwägungen dem Antrag der FREIEN WÄHLER zu, weil er ein brennendes Problem anspricht, aber wir glauben, dass er etwas zu kurz greift.

Wir haben deshalb einen eigenen Antrag eingebracht, der den Blick auf die Qualität in der Schule richtet und

eine Basis für die Neueinstellung von Lehrern schafft. Entscheidungsgrundlage darf nicht die Kassenlage sein, sondern Entscheidungsgrundlage muss sein, was für unsere Schülerinnen und Schüler dringend notwendig ist. Wir stellen fest, dass dem Finanzminister offensichtlich eine falsche Basis gegeben wird, die auf alten Kategorien beruht. Leitlinie ist: Hauptsache, die Grundversorgung stimmt. So schaut Schule aber nicht mehr aus. Trotz zurückgehender Schülerzahlen brauchen wir viel mehr Lehrkräfte in unserem Schulsystem, egal an welcher Schulart. Wir brauchen jeden gut ausgebildeten Lehrer in unserem System. Wir können es uns nicht leisten, morgen Hunderte von Lehrern auf die Straße zu schicken und sie dem Arbeitsmarkt zu übergeben, anstatt sie an unseren Schulen zu halten.

(Beifall bei der SPD)

Wir müssen deutlich sagen, dass das so nicht geht.

Welche Baustellen gibt es in unserem System? - Wir haben in unserem Antrag einige aufgelistet. Die Brandbriefe, die wir zu Schuljahresende bekommen haben, sprechen eine deutliche Sprache, ob das nun Briefe vom Philologenverband oder vom Bayerischen Lehrer- und Lehrerinnenverband sind. Alle weisen uns darauf hin, dass wir zu wenige Lehrer im System haben. Warum? - Weil wir noch Baustellen offen haben, die wir nur mit mehr Lehrkräften schließen können. Ich nenne nur einige Baustellen, weil die Zeit drängt. Die erste ist der Ausbau von Ganztagschulen. Natürlich wollen alle Ganztagschulen, aber die muss man auch mit Qualität versorgen. Es geht einfach nicht, für eine erste oder zweite Klasse nur zwölf zusätzliche Lehrerstunden in das System zu geben, obwohl man wegen der Stundentafel nachweislich mehr braucht. Da muss man deutlich nachbessern. Es geht nicht, individuelle Förderung zu predigen und durchs Land zu ziehen mit der Aussage, das bayerische System sei begabungsgerecht und basiere auf individueller Förderung, wenn man die entsprechenden Lehrkräfte nicht zur Verfügung stellt.

Es geht auch nicht, zu sagen, die Qualität der Schule hänge damit zusammen, welche Qualität die Schulleitungen entwickeln könnten, wenn man den Schulleitern nicht die entsprechenden Lehrerstellen gibt.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wir könnten hier jede Menge Bedarf aufzeigen, der deutlich macht, dass wir jede Lehrkraft brauchen. 1.600 Anwärter stehen jetzt zur Verfügung, aber nur 350 gymnasiale Lehrkräfte werden eine Anstellung finden. Ich wage gar nicht darüber nachzudenken, wie es bei den Grund- und Hauptschulen aussehen wird, wenn auch dort die Staatsnote kommt.

Es hilft uns nicht, sozusagen auf der Zahlenbasis weiterzumachen. Wir müssen genau hinsehen, was in den Schulen draußen ankommt. Nur das zählt.

Ich weiß natürlich auch, dass wir nicht unzählig viele Lehrer einstellen können, aber ich weiß eines: Wenn wir die Lehrer jetzt auf die Straße schicken, bekommen wir sie nie mehr zurück, auch wenn wir sie dann noch so dringend brauchen. Deshalb müssen wir uns jetzt intelligente Systeme ausdenken, wie wir die Lehrer beschäftigen und in unserem System halten können.

Deshalb bitte ich die Fachabteilungen im Kultusministerium, und auch Sie, Herr Kultusminister Spaenle, eindringlich, dafür zu sorgen, dass die Haushälter in unserem Parlament dahin gebracht werden, die Basis zu schaffen, um die entsprechenden Lehrkräfte bereitstellen zu können. Das ist Ihr Job und das müssen Sie verantwortlich tun. Die Qualität von Unterricht hat etwas mit Lehrerversorgung zu tun. Kleinere Klassen bekommt man nicht zum Nulltarif, ebenso wenig wie die Ganztagsangebote, und die individuelle Förderung schon gleich gar nicht. Deshalb mein Appell an Sie, Herr Minister, nachzubessern, was die Anstellung von Lehrern angeht.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. - Für die CSU-Fraktion erteile ich Herrn Kollegen Taubeneder das Wort.

Zuvor darf ich noch bekanntgeben, dass die Fraktion der FREIEN WÄHLER für ihren Antrag namentliche Abstimmung beantragt hat.

Bitte, Herr Taubeneder.

Walter Taubeneder (CSU): Frau Präsidentin, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, Herr Ministerpräsident! Wenn man Herrn Güll und Frau Gottstein so reden hört, könnte man meinen, man sei in einem anderen Landtag.

(Beifall bei der CSU)

Deshalb möchte ich noch einmal betonen, dass Bildungspolitik in Bayern ein Markenzeichen ist. Das weisen alle Qualitätstests deutlich aus.

Was freut nun die Bildungspolitiker am meisten? Was wird dem Kultusminister ein Lächeln ins Gesicht zaubern, wenn es auch möglicherweise dem Finanzminister die Sorgenfalten ins Gesicht treibt? Es ist die Forderung: viele Lehrer für unsere Schulen! Beide Anträge gehen in diese Richtung. Der Antrag der FREIEN WÄHLER geht dabei etwas differenzierter in Rich-

tung Berufsschule, während der Antrag der SPD allgemeiner formuliert ist.

An dieser Stelle ist aber auch noch eine grundsätzliche Anmerkung zu machen, und das muss man immer wieder deutlich sagen. Auch wenn Frau Gottstein es nicht glaubt gab noch nie so viele Lehrer in Bayern wie zurzeit. Wenn der Doppelhaushalt abgeschlossen sein wird, werden es 87.000 Vollzeitstellen sein. Das sind 120.000 Personen. Im Verhältnis kommen dann auf einen Lehrer 16,8 Schüler. Das hat es auch noch nie gegeben. Vor ein paar Jahren waren es im Durchschnitt noch zwei Schüler mehr. Das Ideal 1 : 1 werden wir so schnell wohl nicht schaffen. Wir sind auf dem Weg dahin, aber ich vermute, wir alle hier im Hohen Hause werden das nicht mehr erleben.

Noch nie gab es so wenig Schüler. Heute sind es 1,4 Millionen und in zehn Jahren werden es nur noch 1,1 Millionen über alle Schularten hinweg sein. Das muss man natürlich in die Personalplanung einbeziehen.

Die Bildung war im Haushalt schon immer ein Investitionsschwerpunkt und wird es auch bleiben. Das kann ich Ihnen versprechen. In den Jahren von 2008 bis zum Jahre 2011 gab es im Bildungsbereich mit einem Anstieg von 13,9 Milliarden auf 15,9 Milliarden Euro eine Ausgabensteigerung von 35,8 auf 37,4 %. Die Bildung ist damit der wesentlich größte Teil des Haushalts, und das trotz schwieriger Haushaltslage.

Trotz der rückläufigen Schülerzahlen in dieser Legislaturperiode haben wir bei Ablauf des Jahres 2012 circa 5.880 Lehrer mehr eingestellt. Damit haben wir unser Ziel, 1.000 Lehrer pro Jahr nicht nur erreicht, sondern sogar übertroffen. Zudem greift die demografische Rendite im System. Auch das wurde x-mal nachgewiesen.

All das ermöglicht uns eine Reihe von Maßnahmen für noch mehr Qualität und Gerechtigkeit. Ziel ist es, jeden Schüler bestmöglich nach seinen Begabungen zu fördern. An diesem Leitziel wird weiterhin konsequent gearbeitet. Folgende im Doppelhaushalt geplante Maßnahmen werden umgesetzt.

Ganztagsangebote werden konsequent ausgebaut. Ich möchte sie im Einzelnen nicht aufzählen. Dafür werden 553 neue Lehrerstellen bereitgestellt.

Die Klassenstärken werden reduziert, bei den Grundschulen liegen sie zum Beispiel bei 21,9, in den Mittelschulen bei 20,2 und an den Gymnasien bei 26,9. Auch hier kommen wir voran.

Die individuelle Förderung wird durch noch mehr Förderlehrer und Förderstunden verstärkt.

Die Bemühungen für eine gelungene Integration werden wir intensivieren und verstärkt fortsetzen. Auch hierfür haben wir viele Lehrer eingesetzt. Und wir haben die Klassenhöchststärken abgesenkt.

Zur Umsetzung der UN-Behindertenkonvention weisen wir zweimal 100 Lehrerstellen aus. Hinzukommen im nächsten Jahr noch 1.320 Stellen für die Arbeitszeitverkürzung.

Zur Lehrerausstattung möchte ich noch erwähnen, dass in diesem und im kommenden Schuljahr an den Gymnasien auch die mobile Reserve eingeführt wird. Auch das wird den Unterrichtsausfall reduzieren.

Wichtig ist auch noch, das schuleigene Budget je nach Schulgröße zwischen 20.000 und 40.000 Euro zu erwähnen. Damit können Vertretungskräfte in den Schulen vor Ort geordert werden. Das ist ein wichtiger Beitrag zur eigenverantwortlichen Schule. Ich könnte mir vorstellen, das auch an anderen Schulen auszubauen.

Ein Wort ganz speziell zur Berufsschule. Hier finden wir eine angespannte Situation vor. Das muss man so darstellen, aber auch da konnte der Lehrermangel in diesem Jahr verringert werden und wird auch in Zukunft noch weiter verringert werden. Inzwischen ist auch ein ausreichender Lehrernachwuchs vorhanden. Die Sondermaßnahmen, die notwendig waren, um die technischen Fächer unterrichten zu können, konnten jetzt eingestellt werden, weil sich die Ausbildungssituation verbessert hat.

An der Berufsoberschule kann die Unterrichtssituation durch den Einsatz von Gymnasiallehrern stabilisiert werden. 50 % der Neueinstellungen werden dort durch Lehrer aus den Gymnasien getätigt. Zusätzlich kommen im Schuljahr noch 40 Lehrer an die FOS und BOS hinzu.

Außerdem wurden erstmals Gymnasialreferendare an den Berufsschulen eingesetzt, die dort eigenverantwortlichen Unterricht geben. Darüber hinaus erwarten wir künftig eine Entspannung durch die auch dort zu beobachtenden zurückgehenden Schülerzahlen.

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege, ich darf Sie an Ihre Redezeit erinnern.

Walter Taubeneder (CSU): Frau Präsidentin, Sie wissen, dass die bayerische Bildungspolitik so gut ist, dass man mit seiner Redezeit kaum auskommt.

(Heiterkeit und Beifall bei der CSU - Alexander König (CSU): Sehr gut, Walter!)

Wir werden auch in Zukunft junge Menschen einstellen, wenn sie die entsprechenden Leistungen erbringen. Das Lehrerstudium muss natürlich genau überdacht werden. Wir müssen uns möglicherweise einmal überlegen, ob das Referendariat für alle zugänglich sein muss oder ob es nicht möglich wäre, diese Zugänge durch Leistung zu ermöglichen.

Mein Fazit lautet: Die Unterrichtsversorgung ist gesichert und wird permanent verbessert. Sie bleibt auf gutem bis sehr gutem Niveau erhalten.

Meine Damen und Herren, die Ferien stehen vor der Tür, deshalb ist es angebracht, den Lehrerinnen und Lehrern für ihre großartige Arbeit zu danken. Gleichzeitig sollten wir aber an die Eltern appellieren, ihre Kinder auf deren Bildungsweg zu begleiten.

An dieser Stelle bedanke ich mich auch für die gute Zusammenarbeit mit dem Kultusminister und dem neuen Herrn Staatssekretär, der sich gut eingearbeitet hat. Herr Ministerpräsident, Sie haben da eine gute Wahl getroffen.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege, bleiben Sie bitte am Redepult. Es kommt eine Zwischenbemerkung des Herrn Kollegen Güll. Herr Güll, bitte sehr.

Martin Güll (SPD): Lieber Kollege Taubeneder, es muss wohl so sein, dass Sie hier immer wieder die gleichen Zahlen runterbeten, obwohl wir diese auch nachlesen können. Könnte es nicht vielleicht sein, dass die Zahl von 87.000 nichts über die qualitätvolle Versorgung der Schulen aussagt?

(Beifall bei der SPD)

Man muss doch genau hinsehen, für was man diese Lehrerstellen braucht. Es kann ja sein, dass vor 20 Jahren vielleicht eine ganz andere Messgröße für die Unterrichtsversorgung Standard war, als es heute der Fall ist. Wenn wir uns heute darauf einigen, Ganztagschulen zu brauchen, benötigen wir eine andere Versorgung als vor 20 Jahren. Wir müssen also dazu kommen - das war mein Petition, das ich vorhin vortragen habe -, die Qualität vorher festzulegen und erst dann zu überlegen, wie viele Lehrer wir brauchen. Dass Sie, wie immer, großzügig einstellen, wissen wir. Das brauchen Sie hier nicht zu sagen. Es ist auch Standard. Aber es geht uns darum, dass wir die Leute ernst nehmen, die uns sagen, dass es offensichtlich draußen in den Schulen "brennt", und dieses Brennen muss einen Grund haben. Diesen Grund kann ich mir auch als Praktiker nur so vorstellen, dass wir schauen müssen, was wirklich notwendig ist.

Dann können wir sukzessive auch diese Hemmnisse abbauen. Das wäre verantwortungsvolle und zukunftsorientierte Bildungspolitik.

(Beifall bei der SPD)

Walter Taubeneder (CSU): Herr Güll, ich war selbst Lehrer und komme seit vielen Jahren in viele Schulen,

(Zuruf der Abgeordneten Inge Aures (SPD))

und es ist in dieser ganzen Zeit noch nie geschehen, dass irgendeine Schule nicht gesagt hat, sie brauche mehr Lehrer; und das wird auch in Zukunft so sein, nehme ich an.

Das Ergebnis zählt, Herr Güll, das wissen Sie ganz genau. Es ist wichtig, dass wir ein hervorragendes Bildungssystem mit hervorragender Qualifikation haben. Das ist das Entscheidende.

(Beifall bei der CSU)

Natürlich könnten weitere Lehrer eingestellt werden, aber dabei muss ich Sie daran erinnern: Auch Sie und wir alle haben Haushaltsverantwortung.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege, bitte bleiben Sie noch für eine Zwischenbemerkung von Herrn Kollegen Hallitzky.

Eike Hallitzky (GRÜNE): Geschätzter Kollege Walter Taubeneder, nachdem Sie so lange überzogen haben, dass selbst unsere geneigte Sitzungspräsidentin Sie ermahnen musste und Sie dies damit begründeten, dass die Leistungen der bayerischen Bildungspolitik so toll seien und man deshalb so lange darüber sprechen müsse: Kennen Sie die unwidersprochene Wahrheit, dass gute Leistungen für sich selbst stehen und man nur schlechte Leistungen wortreich erklären muss?

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Walter Taubeneder (CSU): Herr Hallitzky, das enttäuscht mich jetzt, denn Sie sind sonst inhaltlich stärker. Das war jetzt nicht sehr stark.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. - Ich darf in der Rednerliste fortfahren. Für die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN spricht Herr Kollege Gehring. Bitte schön, Herr Kollege.

Thomas Gehring (GRÜNE): (Vom Redner nicht autorisiert) Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kolle-

gen! Ein genialer Fußballspieler, der jedoch offensichtlich zu wenig Deutschunterricht hatte, sagte einmal: "Die Wahrheit liegt auf dem Platz." In der Bildungspolitik ist es ähnlich. Die Wahrheit der Bildungspolitik wird am Tag der Einstellungen und anhand der Einstellungszahlen deutlich.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Damit wird deutlich, wie die Wahrheit der Unterrichtssituation an den Schulen ist und die Wahrheit der Zahlen, die im Landeshaushalt stehen, über den wir vor einigen Wochen und Monaten gesprochen und auch gestritten haben. Wenn morgen die Wahrheit über die Einstellungszahlen verkündet wird, zumindest für Grund- und Hauptschule, dann wird es, wie wir heute bereits wissen, für viele junge Menschen ein Tag der bitteren Wahrheit werden, weil viele keine Stelle bekommen werden, obwohl sie sehr gut ausgebildete und hoch motivierte junge Lehrerinnen und Lehrer sind.

Ich bin den FREIEN WÄHLERN für diesen Antrag dankbar, weil es heute auch um die Wahrheit der Situation an den beruflichen Oberschulen, FOS und BOS, geht, denn das ist eine Schulart, die gerade von der Staatsregierung und den Regierungsfractionen immer in ihrer Leistung als anderer, zweiter Weg zum Abitur sehr gelobt wird. Aber das ist ein Lob, von dem sich diese Schulen nicht viel abschneiden können, denn die Wahrheit an diesen Schulen ist eine andere, die nicht zu loben, sondern eher zu tadeln ist. Diese Schulen leiden letztendlich an ihrem Erfolg. Es gibt dort ein Wachstum der Schülerzahlen von 30 %. Im nächsten Jahr werden wieder fünf neue Standorte gegründet, und wenn man sich den Unterrichtsausfall anschaut, so verzeichneten wir im vergangenen Schuljahr an FOS, BOS und beruflichen Schulen einen Ausfall des Pflichtunterrichts von 13.222 Wochenstunden. Das entspricht 540 Vollzeitstellen. Diese fielen aus, und damit konnte der Pflichtunterricht nicht abgedeckt werden. Dabei gibt es nichts zu loben, denn es zeigt den Lehrermangel an diesen Schulen sehr deutlich.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Wenn wir dann noch sehen, dass nur 21 % des Deutschunterrichts von Deutschlehrern gehalten werden und wir gleichzeitig viele gut ausgebildete Deutschlehrerinnen und Deutschlehrer haben, die eine gymnasiale Ausbildung absolviert, aber jetzt keine Stelle bekommen haben, und der Kultusminister sagt, man solle lieber nicht Deutsch studieren, dann muss man dazu sagen: Daran sieht man den himelschreienden Unterschied zwischen dem, was in

Wirklichkeit gebraucht wird, und der Politik, die die Verbesserung dieser Wirklichkeit verhindert.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir werden deshalb dem Antrag der FREIEN WÄHLER zustimmen. Wir haben - darauf möchte ich ebenfalls hinweisen - in den Haushaltsverhandlungen gesagt, dass wir 200 zusätzliche Stellen an den FOS und BOS brauchen. Das haben wir auch in einem Antrag niedergeschrieben. Das Kultusministerium hat gesagt, wir brauchen etwa 40 Stellen. Nun sollen es 70 sein. Es ist klar, dass das zu wenig ist und wir eine Verbesserung der Unterrichtsversorgung brauchen. Daher ist es gut, dass die freien Wähler diesen Antrag vorgelegt haben.

Wir werden auch den Antrag der SPD unterstützen, weil es generell darum geht, die Situation an den Schulen zu verbessern und dazu mehr Lehrerinnen und Lehrer einzustellen. Er hätte etwas konkreter sein können. Die SPD muss noch etwas mehr an der Konkretisierung arbeiten.

Wir haben im Haushalt deutlich gemacht, dass es für die Unterrichtsversorgung Pools an den Schulen sowie Stellen für Ganztagsangebote geben muss. Außerdem muss es mehr Stellen für Inklusion geben, und wir müssen - darüber müssen wir alle noch einmal nachdenken - auch in der jetzigen Situation dafür sorgen, dass Lehrerinnen und Lehrer auf Angestelltenbasis an die Schulen kommen, denn wir werden recht bald einen Personalmangel auf dem bundesweiten Lehrermarkt erleben. Wir können es uns nicht leisten, dass wir gut ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer in die Arbeitslosigkeit oder in andere Berufsfelder schicken und sie dann für die Schulen verloren gehen. Wir müssen Ihnen jetzt die Möglichkeit geben, an den Schulen zu arbeiten und Erfahrungen zu sammeln.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deshalb brauchen wir mehr Lehrerinnen und Lehrer an den Schulen. Wir müssen sie einstellen, und dabei geht es nicht nur um Zahlen, sondern auch um die Wahrheit eines besseren Deutschunterrichts, denn gute Fußballer sollten auch gut Deutsch reden können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege Gehring. - Für die FDP spricht Frau Kollegin Will; bitte.

Prof. Dr. Georg Barfuß (FDP): (Vom Redner nicht autorisiert) Ich spreche statt Frau Will.

Präsidentin Barbara Stamm: Ach so, das wurde mir nicht gemeldet. Ich bitte um Nachsicht. Bitte schön, Herr Kollege Dr. Barfuß.

Prof. Dr. Georg Barfuß (FDP): (Vom Redner nicht autorisiert) Ich bitte um Entschuldigung; aber daran sehen Sie unsere Flexibilität. Darf ich?

Präsidentin Barbara Stamm: Ja.

Prof. Dr. Georg Barfuß (FDP): (Vom Redner nicht autorisiert) - Danke schön.

Geschätzte Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Ich bin ebenfalls wie meine Vorredner der Meinung, dass es eine gute Idee der FREIEN WÄHLER war, heute einmal über das berufliche Schulwesen zu sprechen, denn es kommt immer etwas zu kurz. Grundsätzlich ist es jedoch nicht so, dass wir dort im Elend leben würden. Ich denke, allein die Zuwanderung nach Bayern - wer würde mit seiner Familie schon ins Elend ziehen? - und die Bildung spielen bei den Familien eine große Rolle. Dies beweist, dass das bayerische Schulsystem mit zu den besten in Deutschland gehört. Da beißt die Maus keinen Faden ab. Das ist auch gut so, und so werden wir es auch weiterentwickeln.

Aber nichts ist so gut, als dass man es nicht noch verbessern könnte. Die Aussage "Lehrer nach Kassenlage" weise ich zurück, wir betreiben vielmehr Lehrer-einstellung nach Bedarf. Jeder, der zu Hause ein wenig haushälterisch mit dem Geld umgeht, wird auch nicht auf Vorrat Cola kaufen, wenn er sie überhaupt nicht braucht, sondern er kauft sie dann, wenn er sie braucht. Wir schauen: Wie viele Kinder kommen, in welche Schulen gehen sie und wie viele Lehrer brauchen wir? Als Haushälter sage ich Ihnen: Wir haben die Lehrer nicht nur angestellt, solange sie im aktiven Dienst sind - bei Wahnsinns-Freizügigkeiten im öffentlichen Dienstrecht -, sondern wir haben sie auch hinterher, wenn sie in der Versorgung sind. Wie wollen Sie das zusammenbekommen, wenn Sie das nicht etwas geordnet tun? Mit anderen Worten: Wir nehmen das sehr ernst, Herr Kollege.

(Beifall des Abgeordneten Tobias Thalhammer (FDP))

Der Haushalt ist nun einmal die Grundlage für die Politik. Darum kommt niemand herum. Die Kunst besteht im Abwägen. Wenn Helmut Brunner kommt und sagt, er brauche in seinem Amt mehr Mitarbeiter, so leuchtet das ein. Dann kommt die Bundeswehr und sagt: Wir brauchen mehr Offiziere. Auch das leuchtet ein.

Dann kommt die Feuerwehr und sagt: Wir brauchen neue Fahrzeuge. Das leuchtet ebenfalls ein, usw. usw. Das heißt, in jedem Bereich ist es doch kein Problem zu sagen: Wir brauchen neue Kräfte. Nur besteht die Kunst eben darin, dass man fragt: Wie kann es relativ gerecht gestaltet werden? Die Kunst der Politik besteht in der Abwägung.

Was den Wechsel von Gymnasiallehrern an Berufsschulen betrifft, so wird kolportiert, sie "müssten" wechseln. Ich darf die verehrten Kollegen Gymnasiallehrer darauf hinweisen, dass Berufsschullehrer die höchste Ausbildungsstufe haben. Man benötigt entweder eine abgeschlossene Lehre - im kaufmännischen wie im technischen Bereich - oder ein Praktikum; die anderen haben das nicht. Insofern "dürfen" sie an die Berufsschule wechseln. Im Übrigen gilt: Wenn die Gymnasiallehrer so gut ausgebildet sind, wie sie behaupten, dann können sie das dort beweisen.

Eine Bemerkung zum Internet: Dort kann man sich informieren. Eine Arbeitsplatzgarantie lässt sich daraus nicht herleiten. In keinem anderen Beruf - seien es Juristen, Diplomingenieure, Geologen oder Meteorologen - hat man nach dem Studium Anspruch, übernommen zu werden. Wir sollten das also etwas tiefer hängen. Man muss auch selbst einmal schauen, wo man bleibt.

(Beifall bei der FDP)

Frau Will plädiert in unserer Fraktion immer für die Erhöhung des freien Budgets der Schulen. Wir sollten das tun, weil damit die Kreativität vor Ort gefördert wird.

Nächster Punkt: Kein anderes Land hat eine Akademie für Lehrerfortbildung wie wir in Dillingen; ich habe dort oft als Dozent gearbeitet. Unsere Lehrer werden in Dillingen permanent fortgebildet und sind deswegen qualitativ auf einem hohen Stand. Welches andere Land kann eine solche Akademie vorweisen?

An den beruflichen Schulen haben wir im Lehrerbereich Nachwuchsprobleme in den Fachrichtungen Metalltechnik, Elektrotechnik und Informationstechnik. Das hängt mit der wirtschaftlichen Lage zusammen: Boomt die Wirtschaft, gehen die Leute wegen der besseren Verdienstmöglichkeiten dort hin. Verschlechtert sich die Lage der Wirtschaft, kommen sie zum Staat und fragen, ob sie übernommen werden können. Das ist ein Wechselspiel.

Ein Letztes! Bayern grenzt an Baden-Württemberg, wo die Referendarzeit ein Jahr beträgt. Bei uns in Bayern sind es zwei Jahre; unsere Ausbildung war schon immer etwas anspruchsvoller. Wenn ein Kolle-

ge aus Baden-Württemberg uns fragt, ob er an einer Berufsschule in Bayern unterrichten dürfe, sagen wir zu Recht: Nein, er solle erst das zusätzliche Jahr nachweisen. Entschieden wir anders, würden wir die bayerischen Referendare mit zwei Jahre Referendarzeit hintanstellen. An diesem Beispiel erkennt man deutlich die Notwendigkeit einer bundeseinheitlichen Festlegung von Mindestansprüchen.

(Beifall bei der FDP)

Insofern sollten nicht bei uns, sondern in Berlin Vorschläge unterbreitet werden.

(Der Redner hält ein Schriftstück hoch)

Heute haben Sie alle in Ihrem Pressespiegel die in den 16 Bundesländern bestehenden Varianten weiterführender Schulen gefunden.

(Unruhe bei der SPD und den GRÜNEN)

- Bitte?

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege, das ist nach der Geschäftsordnung nicht erlaubt.

Prof. Dr. Georg Barfuß (FDP): (Vom Redner nicht autorisiert) Das ist das bayerische Bildungssystem; das habe ich irgendwie übersehen. Aber Sie wissen, was ich meine. Sie haben es sich sicherlich in Ruhe angeschaut. Die Berufsschule kommt nirgends vor.

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege, bitte lassen Sie es sein. Das ist nach der Geschäftsordnung nicht erlaubt. Aber es ist die letzte Sitzung vor der Sommerpause; ich bin nachsichtig.

Prof. Dr. Georg Barfuß (FDP): (Vom Redner nicht autorisiert) Mir geht es um die Feststellung, dass in den Ländern die berufliche Schule als weiterführende Schule nicht vorkommt. Dabei weiß jeder, dass inzwischen 42 % der Schüler diese Schulform besuchen.

Fazit: Man kann immer noch besser werden, aber wir sind schon auf einem sehr guten Weg.

Mein Dank geht noch einmal an die Fraktion der FREIEN WÄHLER, dass sie uns das Problem ins Gedächtnis gerufen hat. Machen Sie weiter so! Wir wägen weiterhin ab und entscheiden so, wie wir es für richtig halten.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. - Für die Staatsregierung erteile ich Herrn

Staatsminister Dr. Spaenle das Wort. Bitte schön, Herr Staatsminister.

Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle (Kultusministerium): Frau Präsidentin! Hohes Haus! Wir können zum kommenden Schuljahr in Bayern rund 3.000 neue Lehrerinnen und Lehrer einstellen. Damit werden wir dem Anspruch gerecht, den die Koalition formuliert hat, in Bildung zu investieren. Das Volumen unseres Bildungshaushalts ist das höchste, das es je gegeben hat; in den vergangenen fünf Jahren ist eine Steigerung von 7,5 auf 9,5 Milliarden Euro erfolgt.

(Beifall bei der CSU)

Seit 1946 waren in keinem Jahr mehr Lehrerinnen und Lehrer im staatlichen Schuldienst tätig. Ich nehme das Argument des Herrn Kollegen Güll - ich gratuliere ihm zu seiner Wahl -, sehr ernst, dass wir ein erweitertes Aufgabenspektrum zu bewältigen haben. Deswegen hat die Koalition im Doppelhaushalt die Mittel für zusätzliche 1.000 Lehrer pro Jahr eingestellt. Wir werden insgesamt mit rund 3.000 neuen Lehrkräften rechnen können.

Das Parlament hat Anspruch auf Information. Daher nenne ich Ihnen in aller Knappheit für die einzelnen Schularten Einstellungszahlen; diese liegen übrigens deutlich höher, als es nach den ursprünglichen Planungen vorgesehen war. Wir unternehmen insofern größte Anstrengungen.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

An den Grund-, den Haupt- und den Mittelschulen zeichnet sich eine sehr positive Entwicklung ab. Mit knapp 1.400 festen Einstellungen wird die Zahl der Neueinstellungen um etwa ein Drittel höher liegen als im vergangenen Jahr.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Die Staatsnote lag im vergangenen Jahr bei 1,91, für den nächsten Einstellungstermin liegt sie bei 2,09 für neue Bewerber und bei sagenhaften 3,0 für Bewerber auf der Warteliste. So viel zu der Frage, wie wir das Parlament informieren und wie ernst wir die Versorgung unserer Schulen mit geeigneten Bewerbern nehmen. Alle geeigneten Bewerber für das Lehramt Hauptschule werden im neuen Schuljahr eine Beschäftigungsmöglichkeit haben. Ich wiederhole: Alle geeigneten Bewerber für das Lehramt Hauptschule werden im kommenden Schuljahr eine Beschäftigungsmöglichkeit erhalten.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Was die Beschäftigungsmöglichkeiten an unseren Förderschulen angeht - Herr Kollege Gehring hat es angesprochen -, so sind die Haushaltsverhandlungen und die Einstellungstermine die Stunden der Wahrheit. Damit wird unterstrichen, welche hohe Bedeutung sowohl das Parlament insgesamt als auch die Staatsregierung dem Thema Inklusion beimisst. Mit 417 Einstellungsmöglichkeiten wird die Zahl deutlich höher ausfallen als in den vergangenen Jahren. Es ist nahezu mit einer Volleinstellung aller geeigneten Bewerber an staatlichen Schulen zu rechnen. Rechnet man die Angebote privater Schulträger hinzu, so werden alle Sonderschullehrer eine Beschäftigung erhalten.

Die Einstellungssituation für die beruflichen Schulen entwickelt sich ebenfalls sehr günstig. Dort gibt es auch entsprechenden Bedarf. Nahezu alle Bewerber können eingestellt werden. Ausnahmen bilden die Ausbildungsrichtungen Gesundheitsberufe und Sozialpädagogik.

Das Kultusministerium kann rund 214 Lehrkräfte - inklusive 40 zusätzlicher Lehrkräfte - an Fachoberschulen und Berufsoberschulen neu einstellen. Besonders günstig ist die Situation in den Bereichen Metalltechnik, Elektrotechnik und Informationstechnik. Die Verlängerung der Beschäftigung von 18 Gymnasiallehrkräften und die ergänzende Anstellungsmöglichkeit von 70 Lehrkräften mit gymnasialer Lehrbefähigung kommen hinzu.

Schwieriger, aber dennoch differenziert ist die Situation an den Gymnasien. Der Freistaat kann nicht, wie ursprünglich vorgesehen, nur 350, sondern sogar 405 Lehrkräfte einstellen. Für die Fachoberschulen und die Berufsoberschulen kommen die schon erwähnten 70 zusätzlichen Lehrkräfte hinzu.

Eine besonders günstige Situation herrscht in den MINT-Fächern. Wir schaffen eine mobile Reserve, um auf Unterrichtsausfall rasch reagieren zu können. Mit der Weiterführung des Einstellungskorridors werden wir die Jahrgangsbesten in nahezu allen Fächerkombinationen weiterhin einstellen können.

Die staatlichen Realschulen können mit knapp 600 - genau: 590 - neuen Lehrkräften rechnen. Das sind alles Planstellen. Es kommen mehrere hundert Bewerberinnen und Bewerber hinzu, die schulartübergreifend als Angestellte zusätzliche Beschäftigungsmöglichkeiten erhalten werden.

Probleme gibt es in den neuen Sprachen und den geisteswissenschaftlichen Beifächern an Realschulen und Gymnasien. Darauf reagieren wir mit dem Einstellungskorridor. So viel zur Gesamtsituation.

Wir nehmen die Verantwortung für die Beibehaltung und Weiterentwicklung der hohen Qualität unseres Bildungswesens und für die damit verbundenen Investitionsnotwendigkeiten sehr ernst. Der neue Vorsitzende des Bildungsausschusses hat an uns appelliert, uns weiterhin anzustrengen und die Einstellungskorridore zu erweitern. Das haben wir gleich aufgegriffen.

Letzte Anmerkung: Seit Mitte der 70er Jahre wird eine Lehrerbedarfsprognose erstellt. Damit kann den jungen Leuten treffgenau gesagt werden, wie sich die Einstellungssituation entwickelt: in positiver Hinsicht, das heißt, in welchen Bereichen sich die Einstellungsmöglichkeiten günstig entwickeln, aber leider auch in negativer Hinsicht, das heißt, in welchen Fächern und Fachkombinationen die Einstellungsmöglichkeiten schwierig sind. Die Lehrerbedarfsprognose der Jahre 2004 und 2005 weist, bezogen auf diesen Einstellungstermin, darauf hin, dass die Einstellungsmöglichkeiten für Deutsch, die modernen Fremdsprachen und die geisteswissenschaftlichen Beifächer an Gymnasien und Realschulen deutlich schwieriger sind, als es noch vor kurzer Zeit der Fall war. Das ist ein Hinweis, den junge Menschen bei der Berufsfindung beachten sollten. Damit treten wir nicht aus unserer politischen Verantwortung heraus. Bildung hat in Bayern Vorfahrt!

(Lebhafter Beifall bei der CSU und der FDP)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Staatsminister. - Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung. Dafür werden die Anträge wiederum getrennt. Da die Fraktion der FREIEN WÄHLER für ihren Antrag namentliche Abstimmung beantragt hat, lasse ich zunächst über den nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Rinderspacher, Güller, Güll und Fraktion (SPD) betreffend "Schule besser machen - jungen Lehrerinnen und Lehrern eine Perspektive bieten", Drucksache 16/9274, abstimmen. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der FREIEN WÄHLER, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und Frau Kollegin Dr. Pauli. Ich bitte, die Gegenstimmen anzuzeigen. - Das sind die Fraktionen der CSU und der FDP. Stimmenthaltungen? - Keine. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wir kommen jetzt zur namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag 16/9259 der Fraktion der FREIEN WÄHLER. Die Urnen sind an den vorgesehenen Plätzen aufgestellt. Für die Abstimmung stehen vier Minuten zur Verfügung. Ich bitte Sie, mit der Abstimmung zu beginnen.

(Namentliche Abstimmung von 13.40 bis 13.45 Uhr)

Die Zeit ist um. Die Stimmabgabe ist beendet. Die Stimmkarten werden außerhalb des Plenarsaals ausgezählt. Das Ergebnis wird Ihnen am Schluss der Sitzung bekannt gegeben.

Ich möchte Sie bitten, Ihre Plätze wieder einzunehmen, damit wir der Tradition entsprechend die Schlussworte vor der Sommerpause sprechen können.

Vorher darf ich die Ergebnisse von zwei namentlichen Abstimmungen bekannt geben. Es handelt sich um die Dringlichkeitsanträge zur Arbeitsmarktpolitik. Zuerst komme ich zum Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag 16/9258 der SPD-Fraktion. Mit Ja haben gestimmt 65, mit Nein 88. Es gab eine Stimmenthaltung. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 7)

Jetzt komme ich zum Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den nachgezogenen Dringlichkeitsantrag 16/9273 der Fraktionen der CSU und der FDP. Mit Ja haben gestimmt 88, es gab keine Nein-Stimmen. Es gab 69 Stimmenthaltungen. Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 6)

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 16/9260 mit 16/9263, 16/9275 und 16/9276 werden in die zuständigen federführenden Ausschüsse überwiesen.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich darf mich bei Ihnen bedanken. Die Sitzung hat heute doch etwas länger gedauert als vorgesehen, weil es noch eine muntere Debatte gegeben hat.

Schlussworte

vor der Sommerpause und Urlaubswünsche

Wir stehen vor der Sommerpause. Es war ein berechtigter Wunsch vieler Kolleginnen und Kollegen hier im Hause, dass ich darauf hinweise, dass nach den drei arbeitsreichen Tagen noch nicht alle Kolleginnen und Kollegen des Hohen Hauses in den verdienten Urlaub gehen. Ich sage ausdrücklich, dass noch viele Termine in den Stimmkreisen und in den Wahlkreisen anstehen. Es gibt noch genügend Themen aufzuarbeiten. Diese Botschaft sollten wir in der letzten Sitzungswoche aussenden.

Ich darf mich ausdrücklich bei den Kolleginnen und Kollegen dafür bedanken, dass der Empfang in Schleißheim so gut gelungen ist. Es war ein Bürgerempfang, zu dem Sie entscheidend beigetragen haben, indem Sie viele ehrenamtlich tätige Bürgerinnen und Bürger aus allen Teilen Bayerns eingeladen haben. Herzlichen Dank für Ihre Mitwirkung.

Ich sage nicht nur Dank, was hier im Hause geleistet worden ist. Ich möchte nicht alles aufzählen. Sie wissen selbst, dass wir viele aktuelle Diskussionen in den letzten Wochen geführt haben. Das hat zu sehr langen Sitzungstagen geführt. Oft haben wir bis in die späten Abendstunden getagt, was der Aktualität - ich erinnere an die Diskussion über die Kernenergie, um nur ein Thema zu nennen - geschuldet war. Besonders froh war ich über die Zweite und Dritte Lesung des Gesetzentwurfs zur Inklusion. Er ist ein gutes Zeichen, das wir interfraktionell gesetzt haben. Das Parlament hat deutlich gemacht, wie wichtig es uns ist, dass wir Kinder mit Behinderungen in die Regelschule eingliedern. Dafür haben wir jetzt die Voraussetzungen geschaffen. Dafür danke ich allen Fraktionen hier im Hohen Haus.

Ein Höhepunkt des vergangenen Halbjahres war der erste Besuch eines amtierenden Staatsoberhauptes der Bundesrepublik Deutschland im bayerischen Parlament. Damit hat Herr Bundespräsident Christian Wulff ein Zeichen zur Stärkung der parlamentarischen Demokratie und der föderalen Staatsordnung gesetzt. Ein wichtiges Anliegen ist uns auch, dass wir hier im Hohen Haus die Aktualität immer in den Mittelpunkt stellen.

Wenn ich mir etwas wünschen darf, dann ist es dies: Wenn wir nach der Sommerpause wieder zusammenkommen, sollte das Parlament hier im Plenum etwas besser vertreten sein. Dabei weiß ich allerdings, dass es draußen immer sehr viel zu tun gibt.

Dann habe ich noch eine Riesenbitte. Ich habe selber viele Jahre sehr oft hier am Redepult gestanden. Diejenigen, die am Redepult stehen, die sich auf ihre Reden vorbereitet haben und intensiv in die Materie einsteigen, haben es verdient, dass wir dabei sind und ihnen zuhören. Dies würde einen Ansporn geben, wie er auch vom Beifall ausgeht. Die Zurufe funktionieren hier im Haus ja ganz gut. Aber es ist wichtig, dass wir uns in unserer Arbeit gegenseitig unterstützen. Für diejenigen, die hier vorn stehen, bedeutet es jedenfalls einen Ansporn, wenn sie ihre Reden nicht nur für das Protokoll halten. Wenn Sie mir diesen Wunsch nach der Sommerpause für den Rest des Jahres erfüllen, würde es mich sehr freuen.

Wir schließen das erste Halbjahr nunmehr ab.

Morgen haben wir hier im Haus - auch darüber freue ich mich - 160 Grundschülerinnen und Grundschüler aus allen bayerischen Regierungsbezirken. Das ist das erste Kinderparlament im Bayerischen Landtag. Es werden Fragen zu Schule, Umwelt, Gesundheit, Ernährung anstehen. Ich bedanke mich bei den Kollegen der Kinderkommission, die das erste Kinderparlament vorbereitet haben. Wir dürfen gespannt sein, was uns die Kinder morgen mit auf den Weg geben werden. Ich würde mich freuen, wenn einige Kolleginnen und Kollegen von Ihnen mit dabei wären.

Am Schluss der heutigen Sitzung möchte ich Dank aussprechen.

Ich danke dem Herrn Ministerpräsidenten. Dabei möchte ich ihm - das muss ich immer wieder betonen - nicht nur für seine Anwesenheit, sondern vor allem dafür danken, dass er auch an den Inhalten der Debatten teilnimmt. Herr Ministerpräsident, dafür also ein ganz herzliches Dankeschön! Sie sind vorbildlich. Ihre Präsenz hier trägt mit dazu bei, dass auch die Kolleginnen und Kollegen Ihres Kabinetts präsent sind. Dafür sage ich auch Ihren Kolleginnen und Kollegen ein Dankeschön.

(Allgemeiner Beifall)

Ich danke der Frau Vizepräsidentin und den Vizepräsidenten des Landtags, den Mitgliedern des Präsidiums und des Ältestenrats sowie ganz herzlich den Fraktionsvorsitzenden und den Vorsitzenden der Ausschüsse und Kommissionen sowie deren Stellvertretern.

Ein ganz herzliches Danke sage ich - das tue ich ganz bewusst - auch den Landtagsbeauftragten für die kollegiale und vertrauensvolle Zusammenarbeit.

(Allgemeiner Beifall)

Ich danke den Damen und Herren von Presse, Funk und Fernsehen für ihre Berichterstattung.

Unsere Arbeit ist eng mit der Landtagsverwaltung verbunden, die uns zuarbeitet und unterstützt. Ein ganz herzliches Dankeschön sage ich stellvertretend für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landtagsverwaltung unserem Amtschef, Herrn Worm.

(Allgemeiner Beifall)

Besonderen Dank sage ich den parlamentarischen Diensten, die gerade an den langen Plenarsitzungen stark gefordert sind.

(Allgemeiner Beifall)

Ich sage Dank den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des technischen Dienstes und der Hausverwaltung. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn Sie einmal den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des technischen Dienstes und der Hausverwaltung bei der Arbeit zusehen, werden Sie feststellen, mit welcher Freude sie alles bewerkstelligen, wie sie die vielen Veranstaltungen vorbereiten, dies oft in einer zeitlichen Enge. Dann kommt der eine oder andere Mitarbeiter und sagt: Es ist einfach schön, bei euch hier im Landtag zu arbeiten; wir freuen uns, dass wir hier sein dürfen. Das finde ich ganz toll.

(Allgemeiner Beifall)

Ein herzliches Dankeschön sage ich den Fraktionsgeschäftsstellen, den Beamten der Polizei sowie unseren Sanitätern, die draußen immer stille Arbeit leisten und zur Stelle sind, wenn sie gebraucht werden.

Nun darf ich dem Vorsitzenden der SPD-Fraktion, Herrn Kollegen Rinderspacher, das Wort erteilen. Herr Rinderspacher, was geben Sie uns mit auf den Weg?

Markus Rinderspacher (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach über 20 Stunden Parlamentsdebatte in den letzten drei Tagen möchte ich mich kurzfassen.

Auch unser Dank gilt zunächst den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landtagsamts. Ohne ihre Unterstützung könnten wir hier nicht so kraftvoll wirken, wie wir es tun. Wir wissen deren Arbeit sehr zu schätzen. Das will ich hier heute zum Ausdruck bringen.

(Allgemeiner Beifall)

Unser Dank gilt auch allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Fraktionsgeschäftsstellen, der Polizei, den Offizianten, dem Stenografischen Dienst, der Hausverwaltung, all jenen, die unsere Arbeit hier erst ermöglichen. Vielen herzlichen Dank für Ihren Einsatz! Wir wissen ihn sehr zu schätzen.

(Allgemeiner Beifall)

Natürlich gilt unser Dank auch den Medien, die unsere Arbeit in die bayerische Öffentlichkeit transportieren. Es ist immer wieder ganz schön, sich selbst kritisch begutachtet zu sehen. Das wird uns allen bewusst, wenn wir morgens die Zeitung aufschlagen. Vielen Dank, dass Sie unsere Arbeit kritisch begleiten!

(Allgemeiner Beifall)

Das Schlusswort soll versöhnlich sein und dem Rechnung tragen, was Bundespräsident Christian Wulff in

seiner Antrittsrede in unserem Hohen Haus formuliert hat. Er hat uns Abgeordnete ermutigt, das, was wir tun, kraftvoll und selbstbewusst nach außen zu vertreten. Er hat uns eine gute und redliche Arbeit bescheinigt. Warum sollten wir ihm an dieser Stelle widersprechen?

Er hat aber auch das Spannungsfeld aufgezeigt, das sich darin zeigt, dass es uns immer weniger gelingt, viele Menschen mit politischen Themen zu erreichen oder gar zu begeistern. In der Tat, da dürfen wir uns auch hier im Bayerischen Landtag nichts vormachen: Vieles von dem, was wir hier debattieren, was wir an Drucksachen und sonstigem Papier produzieren, bleibt der bayerischen Öffentlichkeit leider verborgen. Das hat die Folge, dass das öffentliche Bild von Politik im Allgemeinen und das öffentliche Bild der Arbeit von uns Abgeordneten mehr oder weniger diffus bleibt und von manchem Klischee behaftet ist. Hierüber möchte ich keineswegs lamentieren; ich denke, das liegt uns allen fern.

Dennoch glaube ich, wir brauchen, um unsere Arbeit transportieren zu können, größtmögliche Öffentlichkeit für das, was wir im Bayerischen Landtag debattieren.

Deshalb darf ich Sie darüber informieren, dass es mittlerweile einen umfangreichen Schriftwechsel meiner Person mit dem Intendanten des Bayerischen Rundfunks, Ulrich Wilhelm, gibt. Ich habe mich mit ihm auseinandergesetzt und die Bitte an ihn gerichtet, zu überprüfen, ob es nicht generell möglich wäre, unsere Parlamentsdebatten im Hörfunk und im Fernsehen des Bayerischen Rundfunks live zu übertragen.

Unsere Politik lässt sich nicht immer nur in einem 25-Sekunden-Statement transportieren. Dafür sind die Debatten über viele Tage, Wochen und Monate hinweg viel zu komplex. Wir sollten die Sommerpause auch dazu nutzen, darüber nachzudenken, wie wir unsere Politik generell nach außen transportieren. Da sind selbstverständlich wir Abgeordnete an vorderster Stelle gefordert.

(Beifall bei der SPD, den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN)

Mein Vorgänger Franz Maget hat an dieser Stelle zu Beginn der Sommerpause früher immer ein paar Buchtipps zur Erbauung während der Ferien gegeben. Ich selbst hatte mich letztes Jahr in der idealistischen Hoffnung, eine Verhaltensänderung bei der Staatsregierung herbeiführen zu können, bemüht, einige konfuzianische Weisheiten zum Besten zu geben. Ich muss zugeben, ich bin mit diesem Projekt gescheitert. Deshalb heute einige Kinotipps oder DVD-Tipps für zu Hause: Ich möchte mit Ihnen, Herr Ministerpräsident, beginnen. Ich glaube zu wissen,

dass Sie das Kino durchaus mögen. Ich habe für Sie einen Film gefunden, der gewissermaßen Ihr Lebensmotto sein könnte. Auch die letzten beiden Tage haben ein wenig dafür gesprochen. Für Sie hätte ich die DVD für 14,11 Euro "Ich - einfach unverbessert", eine Animationskomödie. Ich glaube, Sie haben viel Spaß dabei.

(Beifall bei der SPD)

Für Erwin Huber haben wir einen Film aus dem Jahr 1940 gefunden. Henry Fonda spielt die Hauptrolle. Der Film beruht auf einem Roman von John Steinbeck. Erwin Huber ist immer für einen Oscar gut. Der Titel des Films lautet: "Früchte des Zorns". Die DVD ist für 8,97 Euro erhältlich.

(Beifall bei der SPD)

Christine Haderthauer darf natürlich nicht fehlen. Für Sie habe ich einen amerikanischen Spielfilm mit Greta Garbo. Der Filmtitel dürfte auch Ihrem Selbstverständnis gewissermaßen gerecht werden, Frau Staatsministerin: "Königin Christine" - aber freuen Sie sich nicht zu früh, denn am Ende des Filmes gibt die Königin bekannt, dass sie auf den Thron verzichtet. Bei Ihnen bin ich mir nicht ganz so sicher, ob es so enden würde.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FDP)

Georg Fahrenschon könnte von seiner DVD gleich mehrere Exemplare für sein Ministerium als Mitbringsel bestellen. Der 127minütige Film kommt aus Österreich - nicht aus Kärnten. Der Regisseur kommt aus Vorarlberg. Der Filmtitel heißt: "Die fetten Jahre sind vorbei". Die DVD ist für 6,99 Euro im Internet zu haben.

(Beifall bei der SPD)

Eine amerikanische Komödie aus dem Jahr 1992 hätte ich für Martin Zeil, den stellvertretenden Ministerpräsidenten. Die Handlung ist recht einfach erzählt. Sie dürfte Ihnen, Herr Zeil, aus Ihrer persönlichen Lebenswelt bekannt vorkommen. Ein berühmter selbstverliebter Mann braucht für seine Showeinlagen ein williges Opfer. Jerry Lewis und Dean Martin haben dies damals gespielt. Heute sind die Protagonisten andere. Im Internet ist die DVD ab 21 Euro zu haben. Der Film heißt "Der Prügelknabe". Viel Spaß damit über die Ferien.

(Beifall bei der SPD)

Der letzte Tipp für meine liebe Kollegin Margarete Bause: "Pippi Langstrumpf".

(Allgemeine Heiterkeit)

Sie ist rothaarig, weiblich, rebellisch - alles das passt. Jetzt aber, Margarete aufgepasst: Pippi Langstrumpf weiß, woher sie kommt, sie weiß, wo sie steht, sie weiß, wohin sie will, sie zeigt sich unbeeindruckt von vermeintlichen Autoritäten und sie kann echte Freunde von falschen Freunden unterscheiden. Deshalb sieben DVDs für Dich in der Spielfilmbox für 29,99 Euro.

(Allgemeiner Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich wünsche Ihnen eine schöne Sommerpause. Bleiben Sie gesund!

(Allgemeiner lebhafter Beifall)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. Ich darf jetzt Herrn Ministerpräsidenten ums Wort bitten.

Ministerpräsident Horst Seehofer: Sehr verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Zuruf von der CSU: Spiel mir das Lied vom Tod!
- Allgemeine Heiterkeit)

Ich bin immer selber glücklich, wenn meine Fraktion glücklich ist. Das ist nicht in jeder Stunde so.

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte auch zunächst an Sie, Frau Präsidentin, an das Präsidium, an den Ältestenrat, an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und an die fünf Landtagsfraktionen einschließlich der guten Geister, die hinter den Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern stehen, meinen Dank aussprechen.

Eine zweite Bemerkung: Für unser Tun gibt es immer nur eine objektive Messlatte. Ein Indikator ist schlicht und einfach die Frage: Wie geht es unserem Land? Daran können wir das messen, was wir hier in all den Tagen, Wochen und Monaten tun. Alles, was im Parlament geschieht, ist wichtig, aber unter dem Wichtigen gibt es auch besonders Wichtiges.

Als Erstes darf ich mir erlauben, festzustellen, dass es unserem Freistaat Bayern in allen seinen Regionen herausragend, exzellent gut geht. Sie brauchen die Lage unseres Landes nur an der Arbeitsmarktlage, an der Beschäftigungslage messen. Ich möchte nur festhalten - auch das ist ein Produkt unseres gemeinsamen Handelns -, dass die wirtschaftliche Lage des Freistaates Bayern, gemessen an der Zahl der Beschäftigten und der Arbeitsmarktlage, in seiner gesamten Geschichte noch nie so gut war wie in diesen Tagen.

(Beifall bei der CSU, der FDP und Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Mich freut es auch, dass wir entgegen dem Ruf, den der Freistaat Bayern außerhalb seiner Grenzen manchmal hat, ein ausgesprochen weltoffenes Land sind. Das drückt sich in der Zahl der Menschen aus, die hier ihre Heimat, oftmals auch ihre zweite Heimat gefunden haben. In der Bundesrepublik Deutschland gibt es kein anderes Bundesland, wo die Zuwanderung aus Deutschland und auch aus Gebieten außerhalb Deutschlands per saldo seit der Deutschen Einheit bis in unsere Tage hinein so groß war wie in Bayern. Ich begegne wie Sie auch vielen Menschen, die mir immer wieder sagen, dass sie natürlich viele äußere Umstände, wie zum Beispiel die schöne Landschaft, nach Bayern geführt haben und dass sie hier auch eine Chance auf Wohlstand zu haben glauben. An erster Stelle steht bei diesen Menschen aber immer das Wohlbefinden. Das ist eine ganz andere Dimension als nur das Materielle, der Wohlstand. Soweit meine erste Bemerkung. Dahinter verbirgt sich Vieles von dem, worüber wir heute diskutiert haben - von der Bildungspolitik bis hin zu den Berufsschulen.

Das Zweite, was ich in diesem halben Jahr für wichtig gehalten habe, waren die Arbeit und das Ergebnis des Untersuchungsausschusses, den wir zu Beginn der Legislaturperiode eingesetzt haben. Ich glaube, dass die Zusage, es solle Transparenz herrschen und Aufklärung stattfinden, gehalten worden ist. Die Tatsache, dass ein Parlament in der Lage ist, Vorgänge vorurteilsfrei auszuleuchten und zu bewerten, war auch ein Beitrag dazu, dass wir wieder mehr Vertrauen bei der Bevölkerung gewinnen konnten.

Das dritte Erlebnis in diesem Halbjahr war der Tag der Franken, den das Plenum vor einigen Jahren eingeführt hat. Auch den möchte ich heute erwähnen. Ich habe bisher jeden Tag der Franken besucht. Heuer war er in Bad Kissingen. Die Beteiligung der Bevölkerung war ungewöhnlich stark. Der Tag der Franken hatte zwei Teile, einen Festakt und eine Begegnung auf dem Marktplatz. Ich will es heute noch einmal in der Öffentlichkeit wiederholen, dass die Franken insgesamt an diesem Tag ihre Kultur in einer sehr sympathischen Weise dargestellt haben. Gefreut hat mich als Ministerpräsident natürlich das Zusammengehörigkeitsgefühl der Franken mit dem Freistaat Bayern. Das war ein sehr schönes Erlebnis.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Dieses Ereignis soll auch ermuntern, am Tag der Franken festzuhalten. Wie immer gibt es auch hier Überlegungen, ob diese Veranstaltung noch zeitgemäß ist, aber sie ist so in Ordnung.

Viertens erscheint mir noch einmal eine Bemerkung zur olympischen Bewerbung angebracht. Meine Damen und Herren, ich will hier schon noch einmal festhalten - das entspricht auch der großen Mehrheit in diesem Hause -, dass die Bewerbung der Landeshauptstadt München, von Garmisch-Partenkirchen und Königssee sowohl aufgrund ihrer Konzeption als auch ihrer Präsentation - ich war selbst in Durban dabei, aber das gilt auch für die Wochen und Monate zuvor - exzellent war. Dafür möchte ich mich bei dieser Gelegenheit bei allen Beteiligten und Verantwortlichen bedanken. Auch wenn wir am Schluss nicht ganz oben auf dem Treppchen standen, möchte ich auf der Grundlage meiner Eindrücke aus Südafrika vermerken, dass die Bewerbung Münchens hinsichtlich der Konzeption und der Präsentation - vom Bundespräsidenten über Franz Beckenbauer und Katharina Witt bis hin zum Oberbürgermeister der Landeshauptstadt - eine positive Werbung für unsere bayerische Heimat war.

(Allgemeiner Beifall)

Von dieser Stelle aus möchte ich den Südkoreanern gratulieren. Meine Damen und Herren, zur Bewerbung gehört - ich hoffe, dass war jedem von Anfang an klar -, dass man wie bei jedem Wettbewerb nicht unbedingt der Erste sein muss. Gelegentlich ist es eine durchaus respektable Leistung, sich unter den Ersten zu befinden.

Hinsichtlich weiterer Bewerbungen möchte ich für unsere Staatsregierung sagen, dass diese mit Klugheit beraten werden müssen. Wir sollten respektieren, dass der Sport das erste Wort hat. Der Deutsche Olympische Sportbund muss sich zunächst einmal eine Meinung bilden. Das ist nicht ganz einfach. Für den Fall der Fälle sind wir mit dem Ziel einer Meinungsbildung hier im Plenum wieder am Zuge.

Meine Damen und Herren, mir liegt eine epochale Entscheidung am Herzen, die in den letzten Wochen gefallen ist. Das ist die Energiewende. Obwohl man viele Diskussionen über die Einzelheiten führen kann, möchte ich dennoch festhalten, dass es mit Blick auf die Grundzüge große Übereinstimmungen gegeben hat. Ich setze darauf, dass wir die Umsetzung dieser epochalen Wende in unserem Vaterland und im Freistaat Bayern mit einer beim Wirtschaftsministerium angesiedelten Energieagentur begleiten werden. Seitens des Landtags, wenn ich auf dem jüngsten Stand bin, wird uns eine Kommission begleiten, die wir alle tragen und die wir brauchen, um die notwendigen Schritte zur Umsetzung zu leisten.

Allein diese fünf Punkte zeigen, welche herausragenden Ereignisse, neben dem Besuch des Bundespräsi-

dentem, sich hier ereignet haben. Das soll andere Themen, die in diesem Hohen Hause diskutiert und beraten worden sind, in ihrer Bedeutung nicht mindern. Das waren jedoch die großen herausragenden Ereignisse der ersten Hälfte des Jahres 2011.

Lieber Herr Rinderspacher, ich nehme Ihre Empfehlung für den Film "Ich - Einfach unverbesserlich" für 14,11 Euro, wenn ich mich richtig erinnere, an, da ich nicht die Absicht habe, mich zu verbessern.

(Lachen bei der SPD)

In dem Sinne, wie Sie es gemeint haben, möchte ich mich nicht verbessern. Im Leben kann man immer dazulernen. Jetzt wissen Sie, wie ich das meine. Aufgrund meines Geizes würde ich schon erwarten, dass Sie mir dieses Präsent zuleiten.

(Allgemeine Heiterkeit)

Das wäre mir sehr recht. Steuerrechtlich brauchen Sie keine Angst zu haben. Ich gebe Ihr Präsent als geldwerten Vorteil an. Es wäre schön, wenn die DVD im Laufe der Woche bei mir zu Haus einginge.

(Allgemeine Heiterkeit)

Ich gebe an dieser Stelle keine Buchtipps. Ich werde mich in meinem Urlaub einem nicht brandneuen, jedoch trotzdem aktuellen Buch widmen: "Deutschland 2030: Wie wir in Zukunft leben" von Horst W. Opaschowski. Wie werden wir leben? Wie wird sich Deutschland im Jahre 2030 positionieren? Ich lese das Buch deshalb - das möchte ich an dieser Stelle sagen -, weil Herr Opaschowski ein ähnliches Buch nach der Deutschen Einheit für unsere jetzige Zeit verfasst hat. Es ist erstaunlich, wie sich seine vorhergesagten gesellschaftlichen Grundströmungen bewahrt haben. Das habe ich ihm auch selbst gesagt. Seine Vorhersagen habe ich in meiner Politik - ohne Quellenangabe - immer berücksichtigt. Das Buch von Opaschowski enthält nicht nur Prognosen, sondern auch Wahrheiten. Ich habe das Buch gerade angelesen und komme deshalb zu dem Ergebnis, dass es, obwohl schon im Jahre 2008 veröffentlicht, brandaktuell ist.

Meine Damen und Herren, ich wünsche Ihnen Möglichkeiten zum Krafttanken. Ich wünsche mir, dass Sie frisch und gesund wiederkommen. Ich denke, dass uns im Hinblick auf die Bundes- und Europapolitik ein ungewöhnlich arbeitsreiches zweites Halbjahr bevorsteht. Das sagt mir mein Gefühl. Das zweite Halbjahr wird nahtlos an die Komplexität, Aktualität und die Bedeutung des ersten Halbjahres anknüpfen. Ich nenne nur das Stichwort Demografie. In der zweiten Hälfte

des Jahres 2011 müssen wir Antworten auf viele Fragen geben.

Meine Damen und Herren, insgesamt war es ein gutes Halbjahr für den Freistaat Bayern. Im Parlament war es durchaus anspruchsvoll und interessant. Frau Präsidentin, wenn Sie erlauben, habe ich eine Bitte zum Abschluss, weil ich seit ungefähr 32 Jahren die deutsche und bayerische Politik an vorderster Front mitgestalte. Herr Kollege Rinderspacher, meine Bitte ist nicht kritisch, sondern kommt aus tiefster Überzeugung und mit Verweis auf meine Lebenserfahrung. Die Debatten über die Stellung des Politikers, sein Image und sein Ansehen sind schon in den 70er-, 80er- und 90er-Jahren geführt worden. Wir befinden uns auf einer ständigen Rutschbahn. Auch in diesem Jahrzehnt sind derartige Debatten geführt worden. Ich möchte allen Fraktionen sagen: Wir bewirken gemeinsam sehr viel Positives in diesem Land und leisten sehr viel. Aus diesem Grund sollten wir unser Handeln nicht immer entschuldigen, sondern mit viel mehr Selbstbewusstsein darauf schauen.

(Anhaltender allgemeiner Beifall)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Ministerpräsident, ich bedanke mich für Ihre guten Wünsche und die Stärkung unseres Selbstbewusstseins. Dafür sind wir Ihnen besonders dankbar.

Neben Ihrer noch anstehenden Arbeit wünsche ich Ihnen eine gute Erholung und Gesundheit. Vor allen Dingen denke ich an diejenigen Kolleginnen und Kollegen, die heute nicht bei uns sein können, da sie krank sind. Wir wünschen ihnen eine gute Besserung. Wir hoffen, dass sie im Herbst wieder bei uns sind. Dabei denke ich insbesondere an Frau Kollegin Matschl. Wir wünschen ihr eine gute Besserung. Denken Sie auch an Ihre Familien und Freunde. Jetzt kommt die Zeit, in der wir uns unseren Lieben etwas stärker zuwenden können. Die Zeit, die wir nicht haben, können wir nie wieder nachholen.

Ich möchte das Ergebnis der letzten namentlichen Abstimmung bekanntgeben. Es ging um die Neueinstellung von Lehrkräften. Für den Dringlichkeitsantrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER auf Drucksache 16/9259 haben 69 mit Ja und 86 mit Nein gestimmt. Damit wurde der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 8)

Damit schließe ich endgültig die Sitzung. Ich danke Ihnen allen.

(Allgemeiner Beifall - Schluss: 14.19 Uhr)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 13.07.2011 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Plan B für den Fall des Scheiterns des Projekts 2. Münchner S-Bahn-Röhre (Drucksache 16/8525)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ackermann Renate	X		
Aiwanger Hubert	X		
Arnold Horst		X	
Aures Inge		X	
Bachhuber Martin		X	
Prof. Dr. Barfuß Georg	X		
Prof. (Univ Lima) Dr. Bauer Peter	X		
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Bause Margarete	X		
Dr. Beckstein Günther			
Dr. Bernhard Otmar			
Dr. Bertermann Otto		X	
Dr. Beyer Thomas		X	
Biechl Annemarie		X	
Biedefeld Susann			
Blume Markus		X	
Bocklet Reinhold			
Breitschwert Klaus Dieter			
Brendel-Fischer Gudrun		X	
Brunner Helmut			
Dr. Bulfon Annette		X	
Dechant Thomas		X	
Dettenhöfer Petra		X	
Dittmar Sabine		X	
Dodell Renate		X	
Donhauser Heinz			
Dr. Dürr Sepp	X		
Eck Gerhard		X	
Eckstein Kurt		X	
Eisenreich Georg		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen	X		
Fahrenschon Georg			
Felbinger Günther	X		
Dr. Fischer Andreas		X	
Dr. Förster Linus		X	
Franke Anne	X		
Freller Karl		X	
Füracker Albert		X	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul			
Gehring Thomas	X		
Glauber Thorsten	X		
Goderbauer Gertraud			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Görlitz Erika		X	
Dr. Goppel Thomas		X	
Gote Ulrike	X		
Gottstein Eva	X		
Güll Martin		X	
Güller Harald		X	
Guttenberger Petra		X	
Hacker Thomas		X	
Haderthauer Christine			
Halbleib Volkmar		X	
Hallitzky Eike	X		
Hanisch Joachim	X		
Hartmann Ludwig	X		
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.			
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim			
Dr. Herz Leopold	X		
Hessel Katja		X	
Dr. Heubisch Wolfgang			
Hintersberger Johannes		X	
Huber Erwin			
Dr. Huber Marcel			
Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Huml Melanie		X	
Imhof Hermann		X	
Jörg Oliver		X	
Jung Claudia			
Kamm Christine	X		
Karl Annette			
Kiesel Robert		X	
Dr. Kirschner Franz Xaver		X	
Klein Karsten		X	
Kobler Konrad		X	
König Alexander		X	
Kohnen Natascha			
Kränzle Bernd		X	
Kreuzer Thomas			
Ländner Manfred		X	
Graf von und zu Lerchenfeld Philipp		X	
Lorenz Andreas		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Prof. Männle Ursula		X	
Dr. Magerl Christian			
Maget Franz			
Matschl Christa			
Meißner Christian		X	
Dr. Merk Beate			
Meyer Brigitte		X	
Meyer Peter	X		
Miller Josef		X	
Müller Ulrike	X		
Mütze Thomas			
Muthmann Alexander			
Naaß Christa		X	
Nadler Walter		X	
Neumeyer Martin		X	
Nöth Eduard		X	
Noichl Maria		X	
Pachner Reinhard		X	
Dr. Pauli Gabriele	X		
Perlak Reinhold		X	
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard	X		
Pointner Mannfred	X		
Pranghofer Karin		X	
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. Rabenstein Christoph		X	
Radwan Alexander		X	
Reichhart Markus	X		
Reiß Tobias		X	
Richter Roland		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus		X	
Ritter Florian			
Rohde Jörg		X	
Roos Bernhard		X	
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin	X		
Rupp Adelheid			
Sackmann Markus			
Sandt Julika			
Sauter Alfred		X	
Scharfenberg Maria	X		
Schindler Franz		X	
Schmid Georg		X	
Schmid Peter			
Schmitt-Bussinger Helga		X	
Schneider Harald			
Schöffel Martin		X	
Schopper Theresa	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer Angelika		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schuster Stefan		X	
Schweiger Tanja	X		
Schwimmer Jakob			
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl			
Sibler Bernd			
Sinner Eberhard		X	
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin		X	
Dr. Spaenle Ludwig		X	
Sprinkart Adi			
Stachowitz Diana		X	
Stahl Christine			
Stamm Barbara			
Stamm Claudia	X		
Steiger Christa		X	
Steiner Klaus		X	
Stewens Christa			
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Strehle Max		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold		X	
Dr. Strohmayer Simone			
Taubeneder Walter		X	
Tausendfreund Susanna	X		
Thalhammer Tobias		X	
Tolle Simone			
Unterländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl			
Wägemann Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika		X	
Dr. Weiß Bernd			
Dr. Weiß Manfred		X	
Dr. Wengert Paul		X	
Werner Hans Joachim		X	
Werner-Muggendorfer Johanna		X	
Widmann Jutta			
Wild Margit		X	
Will Renate		X	
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wörner Ludwig		X	
Zacharias Isabell			
Zeil Martin		X	
Zeitler Otto			
Zellmeier Josef		X	
Dr. Zimmermann Thomas		X	
Gesamtsumme	32	106	0

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 14.07.2011 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Hans-Ulrich Pfaffmann, Christa Steiger u. a. und Fraktion SPD, der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ Lima) Dr. Peter Bauer u. a. und Fraktion FREIE WÄHLER; Finanzierung der Altenpflegeschulen nachhaltig sichern! (Drucksache 16/9255)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ackermann Renate	X		
Aiwanger Hubert	X		
Arnold Horst	X		
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. Dr. Barfuß Georg		X	
Prof. (Univ Lima) Dr. Bauer Peter	X		
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Bause Margarete	X		
Dr. Beckstein Günther		X	
Dr. Bernhard Otmar		X	
Dr. Bertermann Otto		X	
Dr. Beyer Thomas	X		
Biechl Annemarie		X	
Biedefeld Susann			
Blume Markus		X	
Bocklet Reinhold		X	
Breitschwert Klaus Dieter		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
Brunner Helmut			
Dr. Bulfon Annette			
Dechant Thomas		X	
Dettenhöfer Petra		X	
Dittmar Sabine	X		
Dodell Renate		X	
Donhauser Heinz		X	
Dr. Dürr Sepp	X		
Eck Gerhard		X	
Eckstein Kurt			
Eisenreich Georg			
Dr. Fahn Hans Jürgen	X		
Fahrenschon Georg		X	
Felbinger Günther	X		
Dr. Fischer Andreas		X	
Dr. Förster Linus	X		
Franke Anne	X		
Freller Karl			
Füracker Albert			
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul			
Gehring Thomas	X		
Glauber Thorsten			
Goderbauer Gertraud			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Görlitz Erika		X	
Dr. Goppel Thomas		X	
Gote Ulrike	X		
Gottstein Eva	X		
Güll Martin	X		
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Hacker Thomas		X	
Haderthauer Christine		X	
Halbleib Volkmar	X		
Hallitzky Eike	X		
Hanisch Joachim	X		
Hartmann Ludwig	X		
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.		X	
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim		X	
Dr. Herz Leopold	X		
Hessel Katja		X	
Dr. Heubisch Wolfgang			
Hintersberger Johannes		X	
Huber Erwin		X	
Dr. Huber Marcel		X	
Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Huml Melanie			
Imhof Hermann		X	
Jörg Oliver		X	
Jung Claudia	X		
Kamm Christine	X		
Karl Annette	X		
Kiesel Robert		X	
Dr. Kirschner Franz Xaver		X	
Klein Karsten		X	
Kobler Konrad			X
König Alexander		X	
Kohnen Natascha	X		
Kränzle Bernd		X	
Kreuzer Thomas		X	
Ländner Manfred		X	
Graf von und zu Lerchenfeld Philipp		X	
Lorenz Andreas		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Prof. Männle Ursula		X	
Dr. Magerl Christian	X		
Maget Franz	X		
Matschl Christa			
Meißner Christian		X	
Dr. Merk Beate		X	
Meyer Brigitte		X	
Meyer Peter	X		
Miller Josef		X	
Müller Ulrike	X		
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander	X		
Naaß Christa	X		
Nadler Walter		X	
Neumeyer Martin		X	
Nöth Eduard		X	
Noichl Maria	X		
Pachner Reinhard		X	
Dr. Pauli Gabriele	X		
Perlak Reinhold	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard			
Pointner Mannfred	X		
Pranghofer Karin	X		
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radwan Alexander		X	
Reichhart Markus	X		
Reiß Tobias		X	
Richter Roland		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritter Florian	X		
Rohde Jörg		X	
Roos Bernhard	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin	X		
Rupp Adelheid	X		
Sackmann Markus			
Sandt Julika			
Sauter Alfred		X	
Scharfenberg Maria	X		
Schindler Franz	X		
Schmid Georg		X	
Schmid Peter			
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schneider Harald	X		
Schöffel Martin		X	
Schopper Theresa	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer Angelika		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schuster Stefan	X		
Schweiger Tanja	X		
Schwimmer Jakob			
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl			
Sibler Bernd		X	
Sinner Eberhard		X	
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig		X	
Sprinkart Adi	X		
Stachowitz Diana	X		
Stahl Christine	X		
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia	X		
Steiger Christa	X		
Steiner Klaus		X	
Stewens Christa		X	
Stierstorfer Sylvia			
Stöttner Klaus		X	
Strehle Max		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Dr. Strohmayer Simone			
Taubeneder Walter		X	
Tausendfreund Susanna	X		
Thalhammer Tobias		X	
Tolle Simone			
Unterländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl	X		
Wägemann Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst		X	
Weikert Angelika	X		
Dr. Weiß Bernd			
Dr. Weiß Manfred		X	
Dr. Wengert Paul	X		
Werner Hans Joachim			
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Widmann Jutta			
Wild Margit	X		
Will Renate		X	
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wörner Ludwig			
Zacharias Isabell			
Zeil Martin		X	
Zeitler Otto			
Zellmeier Josef		X	
Dr. Zimmermann Thomas		X	
Gesamtsumme	69	88	1

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 14.07.2011 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Karsten Klein, Dr. Franz Xaver Kirschner, Dr. Andreas Fischer u. a. und Fraktion FDP; Maßnahmen zur Steuervereinfachung umsetzen (Drucksache 16/9256)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ackermann Renate		X	
Aiwanger Hubert		X	
Arnold Horst		X	
Aures Inge		X	
Bachhuber Martin	X		
Prof. Dr. Barfuß Georg	X		
Prof. (Univ Lima) Dr. Bauer Peter		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried	X		
Bause Margarete		X	
Dr. Beckstein Günther	X		
Dr. Bernhard Otmar	X		
Dr. Bertermann Otto	X		
Dr. Beyer Thomas		X	
Biechl Annemarie	X		
Biedefeld Susann			
Blume Markus	X		
Bocklet Reinhold	X		
Breitschwert Klaus Dieter	X		
Brendel-Fischer Gudrun	X		
Brunner Helmut	X		
Dr. Bulfon Annette	X		
Dechant Thomas	X		
Dettenhöfer Petra	X		
Dittmar Sabine		X	
Dodell Renate	X		
Donhauser Heinz	X		
Dr. Dürr Sepp		X	
Eck Gerhard	X		
Eckstein Kurt			
Eisenreich Georg	X		
Dr. Fahn Hans Jürgen			
Fahrenschon Georg	X		
Felbinger Günther		X	
Dr. Fischer Andreas	X		
Dr. Förster Linus		X	
Franke Anne		X	
Freller Karl			
Füracker Albert			
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul			
Gehring Thomas		X	
Glauber Thorsten		X	
Goderbauer Gertraud	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Görlitz Erika	X		
Dr. Goppel Thomas	X		
Gote Ulrike		X	
Gottstein Eva		X	
Güll Martin		X	
Güller Harald		X	
Guttenberger Petra	X		
Hacker Thomas	X		
Haderthauer Christine	X		
Halbleib Volkmar		X	
Hallitzky Eike		X	
Hanisch Joachim			X
Hartmann Ludwig		X	
Heckner Ingrid	X		
Heike Jürgen W.	X		
Herold Hans	X		
Dr. Herrmann Florian	X		
Herrmann Joachim	X		
Dr. Herz Leopold		X	
Hessel Katja	X		
Dr. Heubisch Wolfgang			
Hintersberger Johannes	X		
Huber Erwin	X		
Dr. Huber Marcel	X		
Dr. Hünnerkopf Otto	X		
Huml Melanie			
Imhof Hermann	X		
Jörg Oliver	X		
Jung Claudia		X	
Kamm Christine		X	
Karl Annette		X	
Kiesel Robert	X		
Dr. Kirschner Franz Xaver	X		
Klein Karsten	X		
Kobler Konrad	X		
König Alexander	X		
Kohnen Natascha		X	
Kränzle Bernd			
Kreuzer Thomas	X		
Ländner Manfred	X		
Graf von und zu Lerchenfeld Philipp	X		
Lorenz Andreas	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Prof. Männle Ursula	X		
Dr. Magerl Christian		X	
Maget Franz		X	
Matschl Christa			
Meißner Christian	X		
Dr. Merk Beate	X		
Meyer Brigitte	X		
Meyer Peter		X	
Miller Josef	X		
Müller Ulrike		X	
Mütze Thomas		X	
Muthmann Alexander		X	
Naaß Christa		X	
Nadler Walter	X		
Neumeyer Martin	X		
Nöth Eduard	X		
Noichl Maria		X	
Pachner Reinhard	X		
Dr. Pauli Gabriele	X		
Perlak Reinhold		X	
Pfaffmann Hans-Ulrich		X	
Prof. Dr. Piazolo Michael		X	
Pohl Bernhard			X
Pointner Mannfred		X	
Pranghofer Karin		X	
Pschierer Franz Josef	X		
Dr. Rabenstein Christoph		X	
Radwan Alexander	X		
Reichhart Markus		X	
Reiß Tobias	X		
Richter Roland	X		
Dr. Rieger Franz	X		
Rinderspacher Markus		X	
Ritter Florian		X	
Rohde Jörg	X		
Roos Bernhard		X	
Rotter Eberhard	X		
Rudrof Heinrich	X		
Rüth Berthold	X		
Dr. Runge Martin		X	
Rupp Adelheid			
Sackmann Markus			
Sandt Julika			
Sauter Alfred	X		
Scharfenberg Maria		X	
Schindler Franz		X	
Schmid Georg	X		
Schmid Peter			
Schmitt-Bussinger Helga		X	
Schneider Harald		X	
Schöffel Martin	X		
Schopper Theresa		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer Angelika	X		
Schreyer-Stäblein Kerstin	X		
Schuster Stefan		X	
Schweiger Tanja		X	
Schwimmer Jakob			
Seidenath Bernhard	X		
Sem Reserl			
Sibler Bernd	X		
Sinner Eberhard	X		
Dr. Söder Markus	X		
Sonnenholzner Kathrin		X	
Dr. Spaenle Ludwig			
Sprinkart Adi		X	
Stachowitz Diana		X	
Stahl Christine		X	
Stamm Barbara	X		
Stamm Claudia		X	
Steiger Christa		X	
Steiner Klaus	X		
Stewens Christa	X		
Stierstorfer Sylvia	X		
Stöttner Klaus	X		
Strehle Max	X		
Streibl Florian		X	
Strobl Reinhold		X	
Dr. Strohmayer Simone		X	
Taubeneder Walter	X		
Tausendfreund Susanna		X	
Thalhammer Tobias	X		
Tolle Simone			
Unterländer Joachim	X		
Dr. Vetter Karl		X	
Wägemann Gerhard	X		
Weidenbusch Ernst	X		
Weikert Angelika		X	
Dr. Weiß Bernd			
Dr. Weiß Manfred	X		
Dr. Wengert Paul		X	
Werner Hans Joachim		X	
Werner-Muggendorfer Johanna		X	
Widmann Jutta		X	
Wild Margit		X	
Will Renate	X		
Winter Georg	X		
Winter Peter	X		
Wörner Ludwig		X	
Zacharias Isabell			
Zeil Martin	X		
Zeitler Otto			
Zellmeier Josef	X		
Dr. Zimmermann Thomas	X		
Gesamtsumme	94	70	2

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 14.07.2011 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Georg Schmid, Reserl Sem, Albert Füracker u. a. und Fraktion CSU, der Abgeordneten Tobias Thalhammer, Thomas Dechant, Dr. Andreas Fischer u. a. und Fraktion FDP; Wald- und Forstwirtschaft haben zentrale Bedeutung bei der Energiewende (Drucksache 16/9257)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ackermann Renate		X	
Aiwanger Hubert		X	
Arnold Horst		X	
Aures Inge		X	
Bachhuber Martin	X		
Prof. Dr. Barfuß Georg	X		
Prof. (Univ Lima) Dr. Bauer Peter		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried	X		
Bause Margarete		X	
Dr. Beckstein Günther	X		
Dr. Bernhard Otmar	X		
Dr. Bertermann Otto	X		
Dr. Beyer Thomas		X	
Biechl Annemarie	X		
Biedefeld Susann			
Blume Markus	X		
Bocklet Reinhold	X		
Breitschwert Klaus Dieter			
Brendel-Fischer Gudrun	X		
Brunner Helmut	X		
Dr. Bulfon Annette	X		
Dechant Thomas	X		
Dettenhöfer Petra	X		
Dittmar Sabine		X	
Dodell Renate	X		
Donhauser Heinz			
Dr. Dürr Sepp		X	
Eck Gerhard			
Eckstein Kurt			
Eisenreich Georg	X		
Dr. Fahn Hans Jürgen		X	
Fahrenschon Georg			
Felbinger Günther		X	
Dr. Fischer Andreas	X		
Dr. Förster Linus		X	
Franke Anne		X	
Freller Karl	X		
Füracker Albert			
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul			
Gehring Thomas		X	
Glauber Thorsten		X	
Goderbauer Gertraud	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Görlitz Erika	X		
Dr. Goppel Thomas	X		
Gote Ulrike		X	
Gottstein Eva		X	
Güll Martin		X	
Güller Harald		X	
Guttenberger Petra	X		
Hacker Thomas	X		
Haderthauer Christine	X		
Halbleib Volkmar		X	
Hallitzky Eike		X	
Hanisch Joachim		X	
Hartmann Ludwig		X	
Heckner Ingrid	X		
Heike Jürgen W.	X		
Herold Hans	X		
Dr. Herrmann Florian	X		
Herrmann Joachim			
Dr. Herz Leopold		X	
Hessel Katja	X		
Dr. Heubisch Wolfgang			
Hintersberger Johannes	X		
Huber Erwin	X		
Dr. Huber Marcel			
Dr. Hünnerkopf Otto	X		
Huml Melanie			
Imhof Hermann	X		
Jörg Oliver	X		
Jung Claudia		X	
Kamm Christine		X	
Karl Annette		X	
Kiesel Robert	X		
Dr. Kirschner Franz Xaver	X		
Klein Karsten	X		
Kobler Konrad	X		
König Alexander	X		
Kohnen Natascha		X	
Kränzle Bernd			
Kreuzer Thomas	X		
Ländner Manfred	X		
Graf von und zu Lerchenfeld Philipp	X		
Lorenz Andreas	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Prof. Männle Ursula	X		
Dr. Magerl Christian		X	
Maget Franz		X	
Matschl Christa			
Meißner Christian	X		
Dr. Merk Beate	X		
Meyer Brigitte	X		
Meyer Peter			
Miller Josef	X		
Müller Ulrike		X	
Mütze Thomas		X	
Muthmann Alexander		X	
Naaß Christa		X	
Nadler Walter	X		
Neumeyer Martin	X		
Nöth Eduard	X		
Noichl Maria		X	
Pachner Reinhard	X		
Dr. Pauli Gabriele		X	
Perlak Reinhold		X	
Pfaffmann Hans-Ulrich		X	
Prof. Dr. Piazolo Michael		X	
Pohl Bernhard		X	
Pointner Mannfred		X	
Pranghofer Karin		X	
Pschierer Franz Josef			
Dr. Rabenstein Christoph		X	
Radwan Alexander	X		
Reichhart Markus		X	
Reiß Tobias	X		
Richter Roland	X		
Dr. Rieger Franz	X		
Rinderspacher Markus		X	
Ritter Florian		X	
Rohde Jörg	X		
Roos Bernhard		X	
Rotter Eberhard	X		
Rudrof Heinrich	X		
Rüth Berthold	X		
Dr. Runge Martin		X	
Rupp Adelheid		X	
Sackmann Markus			
Sandt Julika			
Sauter Alfred	X		
Scharfenberg Maria		X	
Schindler Franz		X	
Schmid Georg	X		
Schmid Peter			
Schmitt-Bussinger Helga		X	
Schneider Harald		X	
Schöffel Martin	X		
Schopper Theresa		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer Angelika	X		
Schreyer-Stäblein Kerstin	X		
Schuster Stefan		X	
Schweiger Tanja		X	
Schwimmer Jakob			
Seidenath Bernhard	X		
Sem Reserl			
Sibler Bernd			
Sinner Eberhard	X		
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin		X	
Dr. Spaenle Ludwig	X		
Sprinkart Adi		X	
Stachowitz Diana		X	
Stahl Christine		X	
Stamm Barbara	X		
Stamm Claudia		X	
Steiger Christa		X	
Steiner Klaus	X		
Stewens Christa			
Stierstorfer Sylvia	X		
Stöttner Klaus	X		
Strehle Max	X		
Streibl Florian		X	
Strobl Reinhold		X	
Dr. Strohmayer Simone		X	
Taubeneder Walter	X		
Tausendfreund Susanna		X	
Thalhammer Tobias	X		
Tolle Simone			
Unterländer Joachim	X		
Dr. Vetter Karl		X	
Wägemann Gerhard	X		
Weidenbusch Ernst	X		
Weikert Angelika		X	
Dr. Weiß Bernd			
Dr. Weiß Manfred	X		
Dr. Wengert Paul		X	
Werner Hans Joachim		X	
Werner-Muggendorfer Johanna		X	
Widmann Jutta		X	
Wild Margit		X	
Will Renate	X		
Winter Georg	X		
Winter Peter	X		
Wörner Ludwig		X	
Zacharias Isabell			
Zeil Martin			
Zeitler Otto			
Zellmeier Josef	X		
Dr. Zimmermann Thomas	X		
Gesamtsumme	84	74	0

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 14.07.2011 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Maria Noichl, Horst Arnold u. a. und Fraktion SPD; Wald und Forstwirtschaft nachhaltig in die Energiewende mit einbeziehen (Drucksache 16/9271)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ackermann Renate	X		
Aiwanger Hubert		X	
Arnold Horst	X		
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. Dr. Barfuß Georg		X	
Prof. (Univ Lima) Dr. Bauer Peter		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Bause Margarete	X		
Dr. Beckstein Günther			
Dr. Bernhard Otmar		X	
Dr. Bertermann Otto		X	
Dr. Beyer Thomas	X		
Biechl Annemarie		X	
Biedefeld Susann			
Blume Markus		X	
Bocklet Reinhold		X	
Breitschwert Klaus Dieter			
Brendel-Fischer Gudrun		X	
Brunner Helmut			
Dr. Bulfon Annette			
Dechant Thomas		X	
Dettenhöfer Petra		X	
Dittmar Sabine	X		
Dodell Renate		X	
Donhauser Heinz			
Dr. Dürr Sepp	X		
Eck Gerhard			
Eckstein Kurt			
Eisenreich Georg		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen		X	
Fahrenschon Georg			
Felbinger Günther		X	
Dr. Fischer Andreas		X	
Dr. Förster Linus	X		
Franke Anne			
Freller Karl		X	
Füracker Albert			
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul			
Gehring Thomas	X		
Glauber Thorsten		X	
Goderbauer Gertraud		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Görlitz Erika		X	
Dr. Goppel Thomas		X	
Gote Ulrike	X		
Gottstein Eva		X	
Güll Martin	X		
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Hacker Thomas		X	
Haderthauer Christine		X	
Halbleib Volkmar	X		
Hallitzky Eike	X		
Hanisch Joachim		X	
Hartmann Ludwig	X		
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.		X	
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim			
Dr. Herz Leopold		X	
Hessel Katja		X	
Dr. Heubisch Wolfgang			
Hintersberger Johannes		X	
Huber Erwin		X	
Dr. Huber Marcel			
Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Huml Melanie		X	
Imhof Hermann		X	
Jörg Oliver		X	
Jung Claudia		X	
Kamm Christine	X		
Karl Annette	X		
Kiesel Robert		X	
Dr. Kirschner Franz Xaver		X	
Klein Karsten		X	
Kobler Konrad		X	
König Alexander		X	
Kohnen Natascha	X		
Kränzle Bernd			
Kreuzer Thomas		X	
Ländner Manfred		X	
Graf von und zu Lerchenfeld Philipp		X	
Lorenz Andreas		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Prof. Männle Ursula		X	
Dr. Magerl Christian	X		
Maget Franz	X		
Matschl Christa			
Meißner Christian		X	
Dr. Merk Beate			
Meyer Brigitte		X	
Meyer Peter			
Miller Josef		X	
Müller Ulrike		X	
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander		X	
Naaß Christa	X		
Nadler Walter		X	
Neumeyer Martin		X	
Nöth Eduard		X	
Noichl Maria	X		
Pachner Reinhard		X	
Dr. Pauli Gabriele			
Perlak Reinhold	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Prof. Dr. Piazolo Michael		X	
Pohl Bernhard		X	
Pointner Mannfred		X	
Pranghofer Karin	X		
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radwan Alexander		X	
Reichhart Markus		X	
Reiß Tobias		X	
Richter Roland		X	
Dr. Rieger Franz			
Rinderspacher Markus	X		
Ritter Florian	X		
Rohde Jörg		X	
Roos Bernhard	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin	X		
Rupp Adelheid	X		
Sackmann Markus			
Sandt Julika			
Sauter Alfred		X	
Scharfenberg Maria	X		
Schindler Franz	X		
Schmid Georg		X	
Schmid Peter			
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schneider Harald	X		
Schöffel Martin		X	
Schopper Theresa	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer Angelika			
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schuster Stefan	X		
Schweiger Tanja		X	
Schwimmer Jakob			
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl			
Sibler Bernd		X	
Sinner Eberhard		X	
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig		X	
Sprinkart Adi	X		
Stachowitz Diana	X		
Stahl Christine	X		
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia	X		
Steiger Christa	X		
Steiner Klaus		X	
Stewens Christa		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Strehle Max		X	
Streibl Florian		X	
Strobl Reinhold			
Dr. Strohmayer Simone	X		
Taubeneder Walter		X	
Tausendfreund Susanna	X		
Thalhammer Tobias		X	
Tolle Simone			
Unterländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl		X	
Wägemann Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst		X	
Weikert Angelika	X		
Dr. Weiß Bernd			
Dr. Weiß Manfred		X	
Dr. Wengert Paul	X		
Werner Hans Joachim	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Widmann Jutta		X	
Wild Margit	X		
Will Renate		X	
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wörner Ludwig	X		
Zacharias Isabell			
Zeil Martin			
Zeitler Otto			
Zellmeier Josef		X	
Dr. Zimmermann Thomas		X	
Gesamtsumme	51	101	0

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 14.07.2011 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Georg Schmid, Reserl Sem, Joachim Unterländer u. a. und Fraktion CSU, der Abgeordneten Jörg Rohde, Brigitte Meyer und Fraktion FDP; Arbeitsmarktpolitische Instrumente zeitgerecht weiterentwickeln (Drucksache 16/9273)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ackermann Renate			X
Aiwanger Hubert			X
Arnold Horst			X
Aures Inge			X
Bachhuber Martin	X		
Prof. Dr. Barfuß Georg	X		
Prof. (Univ Lima) Dr. Bauer Peter			X
Prof. Dr. Bausback Winfried	X		
Bause Margarete			X
Dr. Beckstein Günther	X		
Dr. Bernhard Otmar	X		
Dr. Bertermann Otto	X		
Dr. Beyer Thomas			X
Biechl Annemarie	X		
Biedefeld Susann			
Blume Markus	X		
Bocklet Reinhold	X		
Breitschwert Klaus Dieter			
Brendel-Fischer Gudrun	X		
Brunner Helmut			
Dr. Bulfon Annette			
Dechant Thomas	X		
Dettenhöfer Petra	X		
Dittmar Sabine			X
Dodell Renate	X		
Donhauser Heinz			
Dr. Dürr Sepp			
Eck Gerhard	X		
Eckstein Kurt			
Eisenreich Georg	X		
Dr. Fahn Hans Jürgen			X
Fahrenschon Georg	X		
Felbinger Günther			X
Dr. Fischer Andreas	X		
Dr. Förster Linus			X
Franke Anne			X
Freller Karl	X		
Füracker Albert			
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul			
Gehring Thomas			X
Glauber Thorsten			X
Goderbauer Gertraud	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Görlitz Erika	X		
Dr. Goppel Thomas	X		
Gote Ulrike			X
Gottstein Eva			X
Güll Martin			X
Güller Harald			X
Guttenberger Petra	X		
Hacker Thomas	X		
Haderthauer Christine	X		
Halbleib Volkmar			X
Hallitzky Eike			X
Hanisch Joachim			X
Hartmann Ludwig			X
Heckner Ingrid	X		
Heike Jürgen W.	X		
Herold Hans	X		
Dr. Herrmann Florian	X		
Herrmann Joachim	X		
Dr. Herz Leopold			X
Hessel Katja	X		
Dr. Heubisch Wolfgang			
Hintersberger Johannes	X		
Huber Erwin	X		
Dr. Huber Marcel	X		
Dr. Hünnerkopf Otto	X		
Huml Melanie	X		
Imhof Hermann	X		
Jörg Oliver	X		
Jung Claudia			X
Kamm Christine			X
Karl Annette			X
Kiesel Robert	X		
Dr. Kirschner Franz Xaver	X		
Klein Karsten	X		
Kobler Konrad	X		
König Alexander	X		
Kohnen Natascha			X
Kränzle Bernd			
Kreuzer Thomas	X		
Ländner Manfred	X		
Graf von und zu Lerchenfeld Philipp	X		
Lorenz Andreas	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Prof. Männle Ursula	X		
Dr. Magerl Christian			X
Maget Franz			X
Matschl Christa			
Meißner Christian	X		
Dr. Merk Beate	X		
Meyer Brigitte	X		
Meyer Peter			
Miller Josef	X		
Müller Ulrike			X
Mütze Thomas			X
Muthmann Alexander			X
Naaß Christa			X
Nadler Walter			
Neumeyer Martin	X		
Nöth Eduard	X		
Noichl Maria			X
Pachner Reinhard	X		
Dr. Pauli Gabriele			X
Perlak Reinhold			
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Prof. Dr. Piazolo Michael			X
Pohl Bernhard			X
Pointner Mannfred			X
Pranghofer Karin			X
Pschierer Franz Josef	X		
Dr. Rabenstein Christoph			
Radwan Alexander	X		
Reichhart Markus			X
Reiß Tobias	X		
Richter Roland			
Dr. Rieger Franz	X		
Rinderspacher Markus			X
Ritter Florian			X
Rohde Jörg	X		
Roos Bernhard			X
Rotter Eberhard	X		
Rudrof Heinrich	X		
Rüth Berthold	X		
Dr. Runge Martin			X
Rupp Adelheid			X
Sackmann Markus			
Sandt Julika			
Sauter Alfred	X		
Scharfenberg Maria			X
Schindler Franz			
Schmid Georg	X		
Schmid Peter			
Schmitt-Bussinger Helga			X
Schneider Harald			X
Schöffel Martin	X		
Schopper Theresa			X

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer Angelika	X		
Schreyer-Stäblein Kerstin	X		
Schuster Stefan			X
Schweiger Tanja			X
Schwimmer Jakob			
Seidenath Bernhard	X		
Sem Reserl			
Sibler Bernd	X		
Sinner Eberhard	X		
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin			X
Dr. Spaenle Ludwig	X		
Sprinkart Adi			X
Stachowitz Diana			X
Stahl Christine			X
Stamm Barbara	X		
Stamm Claudia			X
Steiger Christa			X
Steiner Klaus	X		
Stewens Christa	X		
Stierstorfer Sylvia	X		
Stöttner Klaus	X		
Strehle Max	X		
Streibl Florian			X
Strobl Reinhold			X
Dr. Strohmayer Simone			X
Taubeneder Walter	X		
Tausendfreund Susanna			X
Thalhammer Tobias	X		
Tolle Simone			
Unterländer Joachim	X		
Dr. Vetter Karl			X
Wägemann Gerhard	X		
Weidenbusch Ernst	X		
Weikert Angelika			X
Dr. Weiß Bernd			
Dr. Weiß Manfred	X		
Dr. Wengert Paul			X
Werner Hans Joachim			X
Werner-Muggendorfer Johanna			X
Widmann Jutta			X
Wild Margit			X
Will Renate	X		
Winter Georg	X		
Winter Peter	X		
Wörner Ludwig			X
Zacharias Isabell			
Zeil Martin			
Zeitler Otto			
Zellmeier Josef	X		
Dr. Zimmermann Thomas	X		
Gesamtsumme	88	0	69

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 14.07.2011 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Hans-Ulrich Pfaffmann, Christa Steiger u. a. und Fraktion SPD; Arbeitsmarktpolitik an den Herausforderungen der Zeit orientieren - Weichen für gute Arbeit, Vollbeschäftigung und Fachkräftesicherung stellen! (Drucksache 16/9258)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ackermann Renate	X		
Aiwanger Hubert	X		
Arnold Horst	X		
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. Dr. Barfuß Georg		X	
Prof. (Univ Lima) Dr. Bauer Peter	X		
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Bause Margarete	X		
Dr. Beckstein Günther		X	
Dr. Bernhard Otmar		X	
Dr. Bertermann Otto		X	
Dr. Beyer Thomas	X		
Biechl Annemarie		X	
Biedefeld Susann			
Blume Markus		X	
Bocklet Reinhold		X	
Breitschwert Klaus Dieter			
Brendel-Fischer Gudrun		X	
Brunner Helmut			
Dr. Bulfon Annette		X	
Dechant Thomas		X	
Dettenhöfer Petra		X	
Dittmar Sabine	X		
Dodell Renate		X	
Donhauser Heinz			
Dr. Dürr Sepp			
Eck Gerhard		X	
Eckstein Kurt			
Eisenreich Georg		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen	X		
Fahrenschon Georg		X	
Felbinger Günther	X		
Dr. Fischer Andreas		X	
Dr. Förster Linus	X		
Franke Anne	X		
Freller Karl		X	
Füracker Albert			
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul			
Gehring Thomas	X		
Glauber Thorsten	X		
Goderbauer Gertraud		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Görlitz Erika		X	
Dr. Goppel Thomas		X	
Gote Ulrike	X		
Gottstein Eva	X		
Güll Martin	X		
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Hacker Thomas			
Haderthauer Christine		X	
Halbleib Volkmar	X		
Hallitzky Eike	X		
Hanisch Joachim	X		
Hartmann Ludwig	X		
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.		X	
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim		X	
Dr. Herz Leopold	X		
Hessel Katja		X	
Dr. Heubisch Wolfgang			
Hintersberger Johannes		X	
Huber Erwin		X	
Dr. Huber Marcel		X	
Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Huml Melanie		X	
Imhof Hermann		X	
Jörg Oliver		X	
Jung Claudia	X		
Kamm Christine	X		
Karl Annette	X		
Kiesel Robert		X	
Dr. Kirschner Franz Xaver		X	
Klein Karsten		X	
Kobler Konrad		X	
König Alexander		X	
Kohnen Natascha	X		
Kränzle Bernd			
Kreuzer Thomas		X	
Ländner Manfred		X	
Graf von und zu Lerchenfeld Philipp		X	
Lorenz Andreas		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Prof. Männle Ursula		X	
Dr. Magerl Christian	X		
Maget Franz	X		
Matschl Christa			
Meißner Christian		X	
Dr. Merk Beate		X	
Meyer Brigitte		X	
Meyer Peter			
Miller Josef		X	
Müller Ulrike	X		
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander	X		
Naaß Christa	X		
Nadler Walter			
Neumeyer Martin		X	
Nöth Eduard		X	
Noichl Maria	X		
Pachner Reinhard		X	
Dr. Pauli Gabriele	X		
Perlak Reinhold			
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard			X
Pointner Mannfred	X		
Pranghofer Karin	X		
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. Rabenstein Christoph			
Radwan Alexander		X	
Reichhart Markus	X		
Reiß Tobias		X	
Richter Roland			
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritter Florian	X		
Rohde Jörg		X	
Roos Bernhard	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin	X		
Rupp Adelheid	X		
Sackmann Markus			
Sandt Julika			
Sauter Alfred		X	
Scharfenberg Maria	X		
Schindler Franz			
Schmid Georg		X	
Schmid Peter			
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schneider Harald			
Schöffel Martin		X	
Schopper Theresa	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer Angelika		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schuster Stefan	X		
Schweiger Tanja	X		
Schwimmer Jakob			
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl			
Sibler Bernd		X	
Sinner Eberhard		X	
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig		X	
Sprinkart Adi	X		
Stachowitz Diana	X		
Stahl Christine			
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia	X		
Steiger Christa	X		
Steiner Klaus		X	
Stewens Christa		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Strehle Max		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Dr. Strohmayer Simone	X		
Taubeneder Walter		X	
Tausendfreund Susanna	X		
Thalhammer Tobias		X	
Tolle Simone			
Unterländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl	X		
Wägemann Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst		X	
Weikert Angelika	X		
Dr. Weiß Bernd			
Dr. Weiß Manfred		X	
Dr. Wengert Paul	X		
Werner Hans Joachim	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Widmann Jutta			
Wild Margit	X		
Will Renate		X	
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wörner Ludwig	X		
Zacharias Isabell			
Zeil Martin			
Zeitler Otto			
Zellmeier Josef		X	
Dr. Zimmermann Thomas		X	
Gesamtsumme	65	88	1

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 14.07.2011 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Eva Gottstein u. a. und Fraktion FREIE WÄHLER; Neueinstellung von Lehrkräften (Drucksache 16/9259)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ackermann Renate	X		
Aiwanger Hubert	X		
Arnold Horst	X		
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. Dr. Barfuß Georg		X	
Prof. (Univ Lima) Dr. Bauer Peter	X		
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Bause Margarete	X		
Dr. Beckstein Günther		X	
Dr. Bernhard Otmar			
Dr. Bertermann Otto		X	
Dr. Beyer Thomas	X		
Biechl Annemarie		X	
Biedefeld Susann			
Blume Markus		X	
Bocklet Reinhold		X	
Breitschwert Klaus Dieter			
Brendel-Fischer Gudrun		X	
Brunner Helmut			
Dr. Bulfon Annette		X	
Dechant Thomas		X	
Dettenhöfer Petra		X	
Dittmar Sabine	X		
Dodell Renate		X	
Donhauser Heinz			
Dr. Dürr Sepp			
Eck Gerhard		X	
Eckstein Kurt			
Eisenreich Georg		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen	X		
Fahrenschon Georg		X	
Felbinger Günther	X		
Dr. Fischer Andreas		X	
Dr. Förster Linus	X		
Franke Anne	X		
Freller Karl		X	
Füracker Albert			
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul			
Gehring Thomas	X		
Glauber Thorsten	X		
Goderbauer Gertraud		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Görlitz Erika		X	
Dr. Goppel Thomas		X	
Gote Ulrike	X		
Gottstein Eva	X		
Güll Martin	X		
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Hacker Thomas		X	
Haderthauer Christine			
Halbleib Volkmar	X		
Hallitzky Eike	X		
Hanisch Joachim	X		
Hartmann Ludwig	X		
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.		X	
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim		X	
Dr. Herz Leopold	X		
Hessel Katja		X	
Dr. Heubisch Wolfgang		X	
Hintersberger Johannes		X	
Huber Erwin		X	
Dr. Huber Marcel		X	
Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Huml Melanie			
Imhof Hermann		X	
Jörg Oliver		X	
Jung Claudia	X		
Kamm Christine	X		
Karl Annette	X		
Kiesel Robert		X	
Dr. Kirschner Franz Xaver		X	
Klein Karsten		X	
Kobler Konrad		X	
König Alexander		X	
Kohnen Natascha	X		
Kränzle Bernd			
Kreuzer Thomas		X	
Ländner Manfred		X	
Graf von und zu Lerchenfeld Philipp		X	
Lorenz Andreas		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Prof. Männle Ursula		X	
Dr. Magerl Christian	X		
Maget Franz	X		
Matschl Christa			
Meißner Christian			
Dr. Merk Beate		X	
Meyer Brigitte		X	
Meyer Peter	X		
Miller Josef		X	
Müller Ulrike	X		
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander	X		
Naaß Christa	X		
Nadler Walter			
Neumeyer Martin			
Nöth Eduard		X	
Noichl Maria	X		
Pachner Reinhard		X	
Dr. Pauli Gabriele	X		
Perlak Reinhold			
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard	X		
Pointner Mannfred	X		
Pranghofer Karin	X		
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. Rabenstein Christoph			
Radwan Alexander		X	
Reichhart Markus	X		
Reiß Tobias		X	
Richter Roland			
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritter Florian	X		
Rohde Jörg		X	
Roos Bernhard	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin	X		
Rupp Adelheid	X		
Sackmann Markus			
Sandt Julika			
Sauter Alfred		X	
Scharfenberg Maria	X		
Schindler Franz			
Schmid Georg		X	
Schmid Peter			
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schneider Harald	X		
Schöffel Martin		X	
Schopper Theresa	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer Angelika		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schuster Stefan	X		
Schweiger Tanja	X		
Schwimmer Jakob			
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl			
Sibler Bernd		X	
Sinner Eberhard		X	
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig		X	
Sprinkart Adi			
Stachowitz Diana	X		
Stahl Christine	X		
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia	X		
Steiger Christa	X		
Steiner Klaus		X	
Stewens Christa		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Strehle Max		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Dr. Strohmayer Simone	X		
Taubeneder Walter		X	
Tausendfreund Susanna	X		
Thalhammer Tobias		X	
Tolle Simone			
Unterländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl	X		
Wägemann Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst		X	
Weikert Angelika	X		
Dr. Weiß Bernd			
Dr. Weiß Manfred		X	
Dr. Wengert Paul			
Werner Hans Joachim	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Widmann Jutta	X		
Wild Margit	X		
Will Renate		X	
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wörner Ludwig	X		
Zacharias Isabell			
Zeil Martin		X	
Zeitler Otto			
Zellmeier Josef		X	
Dr. Zimmermann Thomas		X	
Gesamtsumme	69	86	0